

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	17
Stadt & Region	19
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Unternehmen	27

VERBÄNDE



Thema: 60 Jahre DNR	28
DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	34
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Natur-Interpretation:	
Bildung in Nationalparks	
Schwerpunkt: Internet	

THEMEN DES MONATS

Abfallrecht

Müll muss Rohstoff werden

Der Entwurf für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz weist zahlreiche Lücken auf

Seite 2

Meerespolitik

Wie gut ist „gut“?

Ozeanaktivisten und ängstliche Bremsen rangeln um Regeln für den Schutz der Meere

Seite 4

Nachhaltige Entwicklung

Eine Verfassung für das „gute Leben“

Das neue ecuadorianische Grundgesetz markiert einen entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel

Seite 6

Interview: Biodiversität

„Ökosysteme haben einen Wert“

Moralappelle bringen dem Naturschutz wenig, wichtig sind die ökonomischen Vorteile, die für ihn sprechen

Seite 17

Abfallrecht

Müll muss Rohstoff werden

Der Entwurf für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz weist zahlreiche Lücken auf

Abfall ist der Rohstoff der Zukunft, sagt die Entsorgungswirtschaft, setzt aber hauptsächlich auf Verbrennung. Es fehlen klare gesetzliche Vorgaben, um Vermeidung, Produktaufarbeitung und Recycling zum Massengeschäft zu machen. Ein neues Gesetz soll das ändern, doch der Entwurf ist höchstens mittelmäßig. ■ VON BENJAMIN BONGARDT, NABU

■ Anspruch und Wirklichkeit klaffen im deutschen Abfallrecht weit auseinander. So müssen Abfälle zwar so hochwertig wie möglich verwertet werden, jedoch nur soweit dies wirtschaftlich zumutbar ist. Genau solche Formulierungen sollten der Vergangenheit angehören, wenn im Dezember 2010 das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz im Bundesgesetzblatt erscheint. Bis dahin werden sich Bundestag und Bundesrat entschieden haben, ob Abfall in Deutschland tatsächlich das Zeug zum Werk- und Rohstoff hat oder bloß Brennstoff für Kraftwerke mit Rauchgasfiltern bleibt.

Das Kreislaufwirtschaftsrecht, das „Grundgesetz der Branche“, wird nicht oft erneuert. Große Änderungen fanden bisher 1972, 1986 und 1996 statt. Geändert wird das Gesetz jetzt, weil die neue EU-Abfallrahmenrichtlinie dies vorschreibt. Schon während deren Novellierung kamen aus Deutschland mäßigende Stimmen, um nichts am deutschen Status quo verändern zu müssen. In den nächsten Monaten kommt es deshalb darauf an, die Landes- und Bundespolitik spüren zu lassen, dass eine Mehrheit in diesem Land sich für

klare Verbesserungen bei Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling ausspricht. Werden anspruchsvolle Ziele durch die Hintertür wieder verwässert wie bei der derzeitigen Gesetzeslage, verspielt die Politik leichtfertig umweltpolitisches Vertrauen.

Gesundshrumpfen fürs Klima

Einige Geschäftszweige der Entsorgungswirtschaft müssten mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz an Bedeutung verlieren, wenn Klima- und Ressourcenschutz wirklich ernst genommen werden. So dürften Kommunen immer weniger Abfall aus der grauen Tonne in herkömmlichen Müllverbrennungsanlagen beseitigen. Kommunen, die diese Restabfälle nicht selbst verbrennen, schicken sie in eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage, wo vor allem der enthaltene Bioabfall abgetrennt wird. Der brennbare Rest wandert in Ersatzbrennstoffkraftwerke. Diese verbrennen vorsortierte Abfälle mit hohem Brennwert, um Energie zu erzeugen. Man spricht hier von energetischer Verwertung – trotz zum Teil schlechterer Filtertechnologie als in Müllverbrennungsanlagen. In diesen rein privatwirtschaftlich betriebenen Kraftwerken landen auch Gewerbeabfälle. Etwa 40 Ersatzbrennstoffwerke sind in den letzten fünf Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen, der größte Betreiber ist Eon. Die in einer NABU-Studie prognostizierten Überkapazitäten bei den beiden Formen der Verbrennung sind bereits durch die Realität bestätigt worden. Die Branche müsste hier schrumpfen, stattdessen wird munter weiter investiert. Um Anlagen wirtschaftlich betreiben zu können, müssen sie ausgelastet sein.

Überkapazitäten drücken daher die Annahmepreise nach unten. So wird es immer billiger sein, Wertstoffe zu verbrennen, als sie zu recyceln oder aufzuarbeiten. Jede zusätzliche Kapazität verhindert das ressourcen- und klimaschonendere Recycling. Auch weil man für die Energie aus verfeuertem Müll Geld bekommt und nicht Gas und Kohle einkaufen muss, stiehlt die Verbrennung dem Recycling die Show, obwohl Letzteres die umweltfreundlichere Verwertung ist. Nachhaltige Rohstoffwirtschaft sieht anders aus. Branchenexperten fordern schon eine Abwrackprämie für kommunale und private Müllöfen.

Gesetzesentwurf fast ohne Vorgaben

Seit März liegt ein Gesetzesvorschlag aus dem Bundesumweltministerium vor. Es ist das Verdienst von Politik und Umweltverbänden, dass sich die kreislaufwirtschaftliche Diskussion um drei wichtige, nicht gegeneinander ausspielbare Themen dreht: den Schutz vor Schadstoffen, den Klimaschutz und die Schonung der natürlichen Ressourcen. Mit dem derzeitigen Gesetzesentwurf ist Deutschland jedoch auf dem besten Weg ins europäische Mittelmaß. So fehlen etwa ausreichend konkrete Vorgaben, welcher Anteil der einzelnen Abfallstoffströme, vom Papier bis zu Kunststoffen, stofflich verwertet, also recycelt werden muss.

Aus Umweltsicht ist das Ziel klar. Die fünfstufige Abfallhierarchie (siehe Kasten) muss ohne Ausnahmeregelungen Gültigkeit erlangen. Entscheidend für die oberste Stufe, die Vermeidung, ist, die Abfallmenge pro Person und Jahr zu senken. So muss sich der Staat etwa zum Ziel setzen, diese jeweils um fünf Prozent zurückzufahren.

Abfallhierarchie

Die fünf Stufen der Behandlung in der EU-Abfallrahmenrichtlinie nach Priorität:

- ▶ Vermeidung
- ▶ Vorbereitung zur Wiederverwendung
- ▶ Recycling/Kompostierung
- ▶ energetische Verwertung/Verfüllung
- ▶ Beseitigung

Damit würde sich das Haushaltsabfallaufkommen pro Person von 453 Kilogramm im Jahr 2008 auf 271 Kilogramm im Jahr 2018 senken lassen. Man hätte einen Richtwert, an dem Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung, ökologische Produktion und Beschaffung ausgerichtet werden können. Auch eine Steuer auf Getränkeverpackungen, die abhängig ist von Materialart und -menge, passt in diesen Instrumentenmix der Vermeidung und würde gleichzeitig den Siegeszug der umweltschädlichen Einwegplastikflasche bremsen.

Einzelne Recyclingquoten fordern

Umweltpolitisch wird es darauf ankommen, die stoffliche Verwertung gegenüber der energetischen besserzustellen und damit auch wirtschaftlich auszubauen. Ausbaufähig ist sie sowohl bei Bioabfällen und Wertstoffen im Hausmüll als auch bei den Gewerbeabfällen. Die Begründung hierfür ist nicht nur in der Abfallrahmenrichtlinie zu finden. Es ist effizienter und damit klimafreundlicher, Wertstoffe zu recyceln, als diese aus Primärmaterial neu herzustellen.⁽¹⁾ Obendrein werden Rohstoffe dadurch geschont. Die Verbrennung vernichtet dagegen die veredelten Stoffe und macht eine an der Abfallhierarchie orientierte Nutzung unter Berücksichtigung ihrer Qualität unmöglich.

Umsetzbar wird all dies durch Recyclingquoten für die einzelnen Stoffströme. 80 Gewichtsprozent bis 2015 sind hier ein Richtwert, den auch die Entsorgungswirtschaft befürwortet. Wichtig ist aber, dass die Quote nicht für alle Stoffe zusammen gilt, denn sonst machen die schweren Abfälle wie Bioabfall, Glas und Metalle ein Recycling der leichten Fraktionen wie Kunststoffe überflüssig. Im Entwurf ist davon kaum etwas zu lesen.

Klimaschutz fehlt im Gesetz

Im derzeitigen Gesetzesvorschlag fehlt auch das Wort Klimaschutz, obwohl die Branche durch das Deponierungsverbot aus dem Jahr 2005 sich auf einem guten Weg befindet. Würde die Branche der Fünfstufenhierarchie folgen, könnte sie

weit mehr als zehn Millionen Tonnen CO₂ einsparen.⁽²⁾ Um den Klimaschutz im Gesetz zu verankern, sollte es im neuen Paragraphen 14 heißen: „Eine Beeinträchtigung liegt dann vor, wenn durch das gewählte Abfallbehandlungsverfahren im Vergleich zu einem anderen Verfahren über den gesamten Lebenszyklus des Stoffs betrachtet mehr Treibhausgase emittiert werden.“ So wäre auch das Recycling bessergestellt.

Das neue Gesetz muss zur Getrennsammlung sowohl von Haus- als auch Gewerbemüll verpflichten. Nur das gewährleistet die optimale Verwertung durch eine hohe Qualität der einzelnen Stoffe. Zu nennen sind hier besonders Bioabfälle, Papier, Kunststoffe, Glas, Textilien, Holz und Metalle. Eine entsprechende Verpflichtung für das Stichtjahr 2015 ist im Gesetzesentwurf nur mit Einschränkungen zu finden, die sie fast gänzlich wirkungslos machen. Und das, obwohl die EU-Richtlinie dies vorgibt und sogar eine Studie des Wirtschaftsministeriums sich aus finanziellen und ökologischen Gründen für eine Getrennterfassung ausspricht.⁽³⁾

Die Umsetzung der genannten Vorschläge erfordert umweltpolitisches Rückgrat und Gestaltungswillen. Das Argument, dass Neuerungen die Gefahr der Rechtsunsicherheit bergen, sollte die Politik nicht beirren. Im Gegenteil stellen neue ambitionierte Vorgaben erst klar, wie sich die Entsorgungsbranche künftig innerhalb eindeutiger Leitplanken positionieren muss.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/muellundabfall10-01
- ▶ (2) www.kurzlink.de/bmu-abfall-klima2010
- ▶ (3) www.kurzlink.de/bmwi-abfstudie09.pdf (4,8 MB)

Dr. Benjamin Bongardt ist Referent für Umweltpolitik in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin und zuständig für die Themen Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Er studierte Geografie, Soziale Ökologie und Klimatologie.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 /
2849841610,
E-Mail: benjamin.
bongardt@nabu.de,
[www.nabu.de/
kreislaufwirtschaft](http://www.nabu.de/kreislaufwirtschaft)



Komplexe Welt, einfach erklärt

Wie lösen wir die Probleme unserer Zeit in einer Welt, die chaotischer, überfüllter, vernetzter und veränderlicher ist als je zuvor? Mit einfachen Erläuterungen, Praxisnähe und einer Prise Humor erklärt dieses Buch, wie komplexe Systeme funktionieren, und wie wir in der Firma, der Politik oder im Engagement für eine bessere Welt zu klugen Entscheidungen kommen. So leicht war es noch nie, die Welt zu durchschauen – und zu verändern!

D. H. Meadows

Die Grenzen des Denkens

Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können

238 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-199-8



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Meerespolitik

Wie gut ist „gut“?

Ozeanaktivisten und ängstliche Bremser rangeln um Regeln für den Schutz der Meere

Die EU-Rahmenrichtlinie für Meere schreibt einen „guten Umweltzustand“ für die europäischen Gewässer ab 2020 vor. Doch was das genau bedeutet, daran scheiden sich die Geister. Umweltverbände fordern verbindliche und anspruchsvolle Beschlüsse, ihre Gegenspieler wollen die Meere weiter als Müllkippe nutzen. ■ VON STEPHAN LUTTER, WWF

Seit im Juli 2008 die neue Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ⁽¹⁾ der EU in Kraft getreten ist, schwappt wie eine salzige Woge die quälende Frage durch Amtsstuben, interministerielle und internationale Arbeitsgruppen, was unter einem „guten Umweltzustand“ (GUZ) zu verstehen ist. Die Richtlinie schreibt den EU-Mitgliedstaaten nämlich vor, bis 2020 Maßnahmen umzusetzen, die geeignet sind, den GUZ in ihren Meerestgewässern zu erreichen. Die Richtlinie enthält dazu elf sogenannte Deskriptoren (siehe Kasten). Um die nähere Auslegung mittels Indikatoren und Attributen bemüht sich schon seit rund einem Jahr ein ganzer Schwarm von Fachleuten. Die Zeit drängt, da die Richtlinie auch festlegt, dass sich Mitgliedstaaten und EU-Kommission bis zum 15. Juli auf solche Kriterien einigen müssen. In dem sogenannten Komitologieverfahren redet auch das Europäische Parlament noch ein Wörtchen mit. Erst dann sind die Mitgliedstaaten gehalten, bis 2012 zu ermitteln, wie weit ihre Gewässer vom GUZ entfernt sind.

Kriterienkatalog lässt Spielräume

Zwar sind die seit Januar dieses Jahres vorliegenden Kriterien ein Ergebnis wissenschaftlicher Arbeitsgruppen (task groups) unter der Ägide des Internationalen Rates für Meeresforschung und des Gemeinsamen Forschungszentrums der EU. Doch in den Arbeitsgruppen der Kommission wird an den unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zu diesen Vorschlägen erneut deutlich, wer den Meeresschutz mehr oder weniger ernst nimmt und wer Kosten für Schutzmaßnahmen einsparen will oder eine bestimmte Klientel bedient.

Es gibt sogar Stimmen, die den heutigen Zustand der Meere in einigen Punkten für gut befinden. Das Hickhack um den GUZ ist dabei kein Streit um Neptuns Bart. Hier wird für die nächsten zehn Jahre vorgezeichnet, wie ambitioniert Programme zum Schutz von Nordsee, Atlantik, Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer aufgelegt und umgesetzt werden müssen – bis hin zu möglichen Beschwerdeverfahren und Klagen gegen faule Mitgliedstaaten vor dem Gerichtshof der EU.

Umweltschützer pochen auf Verbindlichkeit und strikte Ziele

Die Naturschutzverbände ⁽²⁾ wollen in diesem Prozess den Messpegel möglichst hoch legen. Sie möchten dafür sorgen, dass anspruchsvolle Beschlüsse, Maßnahmen und Standards, wie sie bereits von der Nordseeschutzkonferenz und regionalen Meeresschutzabkommen wie OSPAR erarbeitet wurden, in verbindliches und strafbewehrtes EU-Recht übergehen. Überdies muss die MSRL mit Vorschriften anderer europäischer Regelwerke wie der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) oder der Chemikalienverordnung REACH vernetzt werden. Ambitionierte Formulierungen für die GUZ-Deskriptoren 1, 3, 4 und 6 können als ökologischer Hebel für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU dienen, die ebenfalls bis 2012 geplant ist.

Der Verlauf der Gezeitenlinie zwischen Verbänden und Behörden, zwischen aktiven Befürwortern und ängstlichen Bremsern des Meeresschutzes bei den Mitgliedstaaten und ihrer Wirtschaft soll an einigen Fallbeispielen verdeutlicht werden.

Der Seeteufel steckt im Detail

Das Kind ist schon mit Verabschiedung der MSRL ins Meer gefallen: GUZ-Deskriptor 8 für Schadstoffe stellt das Vorsorge-, Minimierungs- und Emissionsprinzip gründlich auf den Kopf und fällt hinter internationale Abkommen aus den 1990er-Jahren zurück, die ein Ende des Eintrags gefährlicher Stoffe ins Meer bis 2020 anstrebten. Stattdessen gibt er Wind auf die Segel aller Staaten und Industrien, die schon immer beim Immissionsprinzip (Auffüllprinzip) bleiben wollten und so viel Chemie einleiten möchten, dass die Fludern gerade noch keine Pickel bekommen.

Die GUZ-Deskriptoren zu biologischer Vielfalt und Lebensräumen (1.), Fischbeständen (3.), Nahrungsnetzen (4.) und Meeresboden (6.) können nur gesamtheitlich und in ihren Wechselbeziehungen behandelt werden. Dazu müssten aber auch die großen EU-Fischereinationen ihr Schubladendenken aufgeben und kommerzielle Speisefischbestände wie Kabeljau oder Thunfisch als Teil des Ökosystems statt nur als Wirtschaftsgut betrachten.

Im Gegensatz zum „günstigen Erhaltungszustand“ in der FFH-Richtlinie und dem „guten ökologischen Zustand“ der WRRL kennt die MSRL nur „gut“ oder „schlecht“. Das erschwerte es, die Richtung zu beschreiben, in die sich ein Meeresökosystem oder seine Teile unter diversen menschlichen Eingriffen oder als Folge von Schutzmaßnahmen bewegen.

Vielen vorgeschlagenen Kriterien für den GUZ mangelt es an klaren strategischen Zielen, die die gewünschte Richtung der Veränderungen im Ökosystem erkennen lassen. Stattdessen hat die Fest-

schreibung eines gewünschten Zustands Vorrang. Kaum beeinflusste Meeresgebiete mit ursprünglichem „sehr gutem“ Zustand sind zwar rar geworden, können in küsternen Zonen und Teilen der Tiefsee aber noch eingegrenzt werden. Sie müssen unbedingt als Referenzgebiete dienen.

Ebenso sollten von vermeidbaren menschlichen Einwirkungen freie Referenzgebiete in Randmeeren wie Nord- und Ostsee eingerichtet werden, um den Weg zum GUZ sichtbar zu machen. Besonders augenfällig ist diese Notwendigkeit bei Deskriptor 6 zur Integrität des Meeresbodens: In der Nordsee gibt es kaum noch Weichböden, die nicht von Bodenschleppnetzen und Baumkurren durchpflügt wurden. Bestenfalls mit lückenhaften historischen Bezugsdaten kann der natürliche Zustand

der Lebensgemeinschaften dort beschrieben werden kann. Der von den Verbänden vorgetragene Idee von Referenzgebieten widersetzt sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten bisher notorisch, obwohl sogar die Richtlinie selbst Meeresschutzgebiete als wichtiges Instrument hervorhebt.

Ökologische Prozesse und Schlüsselfunktionen aufwerten

Die Vorschläge strotzen vor statischen Zustandsgrößen. Wichtiger wäre es jedoch, für die GUZ-Deskriptoren 1 und 4 komplexe Prozesse zu definieren, die auf eine Verschlechterung oder Verbesserung in der jeweiligen Meeresregion hinweisen. So gilt zum Beispiel die Dynamik hin zu Kleinfischbeständen und Vermehrung von

Quallen in Meeren gemäßigter Breiten als Anzeichen für massiven Fischereidruck die Nahrungskette hinunter, oft unterstützt durch übermäßigen Nährstoffeintrag und gegebenenfalls Klimawandel.

Während sich nachweislich zwei Drittel unserer Fischbestände außerhalb „sicherer biologischer Grenzen“ befinden, wird wie beim jährlichen Fangquotenpoker bereits darum gefeilscht, wie viele Fischbestände prozentual in einer Meeresregion gesund sein müssen – nicht etwa alle, wie von den Verbänden gefordert –, damit der GUZ nach Deskriptor 3 als erreicht gilt.

Ob es schließlich in der EU bald weniger traumatisierte Delfine und mehr Schweinswale ohne Gehörschäden geben wird, hängt davon ab, ob sich bei der Definition von GUZ-Deskriptor 11 zu Energie und Unterwasserlärm überholtes Grenzwertdenken durchsetzt – oder ob kumulative Wirkungen berücksichtigt werden, etwa durch die Erstellung von Lärmkarten nach dem Vorbild von Großstädten, in denen alle Lärmquellen erfasst sind: aus Schifffahrt, Offshoreindustrie, seismischen Tests und militärischen Sonaren.

Der „gute Umweltzustand“ in der Meeresstrategie richtlinie

Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU enthält elf qualitative Deskriptoren zur Festlegung des „guten Umweltzustandes“ (Art. 3 Nr. 5, Art. 9 Abs. 1 und 3 sowie Art. 24):

1. Die biologische Vielfalt wird erhalten. Qualität und Vorkommen von Lebensräumen sowie Verbreitung und Häufigkeit der Arten entsprechen den vorherrschenden physiografischen, geografischen und klimatischen Bedingungen.
2. Nicht heimische Arten, die sich durch menschliche Tätigkeit ansiedelten, kommen in für die Ökosysteme nicht abträglichen Umfang vor.
3. Alle kommerziell befischten Fisch- und Schalentierbestände liegen innerhalb sicherer biologischer Grenzen, Alters- und Größenverteilung zeugen von guter Gesundheit des Bestandes.
4. Alle bekannten Bestandteile der Nahrungsnetze weisen eine normale Häufigkeit und Vielfalt auf. Ihr Niveau sichert den langfristigen Bestand der Art und ihre volle Reproduktionskapazität.
5. Die vom Menschen verursachte Eutrophierung ist auf ein Minimum reduziert. Das betrifft insbesondere deren negative Auswirkungen wie Ver-

lust der biologischen Vielfalt, Verschlechterung des Zustands der Ökosysteme, schädliche Algenblüten und Sauerstoffmangel am Meeresgrund.

6. Der Meeresgrund ist in einem Zustand, der Struktur und Funktionen der Ökosysteme sichert und insbesondere auf benthische Ökosysteme keine nachteiligen Wirkungen hat.
7. Dauerhafte Veränderungen der hydrografischen Bedingungen haben keine nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresökosysteme.
8. Aus den Konzentrationen an Schadstoffen ergibt sich keine Verschmutzungswirkung.
9. Schadstoffe in zum Verzehr bestimmtem Fisch und anderen Meeresfrüchten überschreiten nicht die durch EU-Recht oder andere einschlägige Regelungen festgelegten Konzentrationen.
10. Eigenschaften und Mengen der Abfälle im Meer haben keine schädlichen Auswirkungen auf die Küsten- und Meeresumwelt.
11. Die Einleitung von Energie und Unterwasserlärm wirkt sich nicht nachteilig auf die Meeresumwelt aus.

Anmerkungen

- (1) Richtlinie 2008/56/EG, www.kurzlink.de/RL-2008/56/EG
- (2) Dieser Artikel spiegelt gemeinsame Positionen der deutschen Naturschutzorganisationen BUND, Deepwawe, Greenpeace, IFAW, NABU, WDCS und WWF wieder, die im Jahr 2009 in Form einer Allianz drei Workshops zur Definition des GUZ abgehalten und Ergebnisse den Behörden und Ministerien zur Verfügung gestellt haben. Zusätzlich fließen Erfahrungen ihrer europäischen Dachverbände ein, wie sie in den Arbeitsgruppen von EU-Kommission und Mitgliedstaaten in Brüssel gesammelt wurden. Ein Reader der Verbände sowie Kopien der bei der EU-Kommission eingereichten Kommentare zu den vorgeschlagenen GUZ-Kriterien können beim Autor angefordert werden.

Der Biologe Stephan Lutter ist beim WWF in Hamburg für internationale Meerespolitik und Meeresschutz zuständig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 /
530200-122,
Fax -112, E-Mail:
stephan.lutter@wwf.de,
www.wwf.de/meere



Nachhaltige Entwicklung

Eine Verfassung für das „gute Leben“

Das neue ecuadorianische Grundgesetz markiert einen entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel

Ecuador hat in seiner neuen Verfassung das Prinzip des Buen Vivir, des „guten Lebens“, an zentraler Stelle verankert. Das stellt den Entwicklungsbegriff infrage – auch in seiner nachhaltigen Variante. Buen Vivir könnte den weltweiten Debatten über Transformationen eine zukunftsfähige Richtung geben. ■ VON ALBERTO ACOSTA, FLACSO

Das das vorherrschende Entwicklungsprinzip nicht für die ganze Welt fortgesetzt werden kann, wird immer deutlicher. Angesichts der globalen Umweltveränderungen fordern immer mehr Stimmen tiefgreifende Transformationen. Das endlose materielle Wachstum könnte sonst in kollektivem Selbstmord enden. Auf einen möglichen Ausweg weisen die

neuen lateinamerikanischen Verfassungen hin, die seit 2008 in Ecuador und seit 2009 in Bolivien in Kraft sind. Eine der zentralen Debatten in der Verfassungsgebenden Versammlung von Ecuador betraf die Kritik an den bisherigen Entwicklungskonzepten. Während der Erarbeitung der neuen Verfassung kam von der Seite der historisch ausgeschlossenen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Vorschlag, eine andere Gesellschaft auf der Grundlage des „Buen Vivir“ aufzubauen. Dieses Konzept geht von der Anerkennung lokaler und globaler kultureller Werte aus und weist damit auf die Fehler und Grenzen der gängigen Entwicklungskonzepte hin. Dahinter steht die Frage, ob eine Entwicklung möglich ist, die sich vom Kapitalismus unterscheidet und die von Menschenrechten und Rechten der Natur als Fundament für eine solidarische Ökonomie geprägt ist.

sächlich beinhaltet und was es vom westlichen Wohlstandsbegriff unterscheidet, ist es hilfreich, die Weltanschauungen der indigenen Nationalitäten heranzuziehen. Das bedeutet nicht, die Modernisierung der Gesellschaft zu negieren: Viele wertvolle technologische Fortschritte können in die Logik des Buen Vivir aufgenommen werden. Es geht vor allem um einen konstruktiven Dialog von traditionellem Wissen und Erfahrungsreichtum mit dem „universellen“ Gedankengut in einem kontinuierlichen Prozess der Dekolonisierung des Denkens.⁽¹⁾

In den indigenen Gesellschaften existiert das Konzept der Entwicklung nicht in der Form wie in den westlichen Ansätzen. Die Idee eines linearen Prozesses von einem Ausgangszustand zu einem späteren Zustand wird nicht geteilt und damit auch nicht die Vorstellung von Unterentwicklung, die überwunden werden müsste. In der indigenen Weltsicht ist der soziale Fortschritt eine Kategorie, die ständig konstruiert und reproduziert wird. Dabei geht es um das Leben selbst. In dieser holistischen Sicht und wegen der Vielfalt von Elementen, die ein Buen Vivir ermöglichen, sind materielle Güter nicht die einzigen Determinanten. Es gibt andere Werte mit großer Bedeutung: Wissen und Erfahrungen, soziale und kulturelle Anerkennung, ethische und spirituelle Werte in der Beziehung zwischen Gesellschaft und Umwelt, die Vision der Zukunft. Buen Vivir scheint durch die Praktiken und Botchaften der westlichen Moderne an Raum verloren zu haben. Doch es leistet, ohne den Fehler einer falschen Idealisierung zu begehen, einen wichtigen Beitrag, indem es uns einlädt, andere Erfahrungen und Praktiken aufzunehmen.

Buen Vivir – Sumak Kawsay

Der spanische Begriff „Buen Vivir“ – oder „Sumak Kawsay“ in Quechua – bedeutet „gut leben“ und stellt ein neues Konzept aus dem lateinamerikanischen Kontext über anzustrebende Entwicklungsziele und Lebensstile dar.

Das Konzept des Buen Vivir wurde mit höchster Priorität in den neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien verankert. Dabei geht es um soziale, wirtschaftliche und ökologische Rechte und Garantien. In der bolivianischen Verfassung von 2009 wird Buen Vivir unter den Werten und Zielen des Staates angeführt. Auch die Bildung und die Wirtschaft sollen dem Erreichen dieses Ziels dienen.

Die 2008 in Kraft getretene Verfassung von Ecuador verankert das „Regime des guten Lebens“ in einem von neun Unterabschnitten. Sie schreibt „Rechte des guten Lebens“ fest, darunter Rechte auf Wasser, Nahrung, Information, Kommunikation, Arbeit und Bildung. Auch für die Wirtschaftsordnung wurde das Konzept übernommen. Zur Messung des Buen Vivir sollen eigene Indikatoren erstellt werden. Buen Vivir wird in der Verfassung von Ecuador über 20-mal angeführt.

Bruch mit der linearen Vorstellung von Entwicklung

Der Buen-Vivir-Vorschlag wurde in der Verfassungsgebenden Versammlung und in der ecuadorianischen Gesellschaft sehr unterschiedlich aufgenommen. Einige Mitglieder der Versammlung verstanden Buen Vivir als unbekümmertes, passives Dolce Vita. Andere vertraten aus Angst um den Verlust ihrer Privilegien die Meinung, Buen Vivir bedeute die Rückkehr zur Steinzeit. Einige, die für dieses zentrale Prinzip der neuen Verfassung stimmten, waren sich der weitreichenden Bedeutung ihrer Entscheidung gar nicht bewusst – und ein paar OpponentInnen aus einer „autistischen“ Linken hielten an traditionellen, praxisfernen Konzepten fest.

Um zu verstehen, was Buen Vivir tat-

Dass eine kleine Gruppe von Menschen einen luxuriösen Lebensstil pflegt, während die Mehrheit dafür arbeiten muss, ist völlig inakzeptabel. Es ist jedoch die Realität des gegenwärtigen Entwicklungsregimes. Der Kapitalismus hat eine hohe Produktivität und wichtige technologische Fortschritte ermöglicht und in einigen Ländern auch zur Verringerung der Armut geführt. Doch es gibt zu viele, die nicht davon profitieren. Nicht die produzierten Dinge sollten den Ausschlag geben, sondern das, was diese Dinge zum Leben der Menschen beitragen. Aus dieser Perspektive kann man die gefeierte „nachhaltige Entwicklung“ als Etappe des Übergangs zu einem neuen Paradigma akzeptieren, das Gleichberechtigung, Freiheit und ökologische Nachhaltigkeit einschließt.

Ein neues Konzept von Entwicklung sollte die Ausweitung der individuellen und kollektiven Fähigkeiten beinhalten, die entdeckt und gefördert werden müssen. Der Staat muss die Defizite des Marktes korrigieren. Diese Entwicklung setzt Gleichheit und Gleichberechtigung voraus, deshalb ist sie nur mit Demokratie möglich – nicht nur einem einfachen Wahlritual – und mit Meinungsfreiheit.

Die Natur wird zum Rechtssubjekt

Die Grenzen der Lebensstile, die auf der endlosen Anhäufung materieller Güter beruhen, werden immer deutlicher. Die natürlichen Ressourcen dürfen nicht nur als Grundlage für Wirtschaftswachstum oder als bloßes Objekt der Entwicklungspolitik gesehen werden. Wir sollten akzeptieren, dass die Natur als soziale Konstruktion neu interpretiert werden muss. Nach der vorherrschenden Sichtweise existieren die Menschen außerhalb der Natur. So konnte die Natur unterworfen und manipuliert, zur natürlichen Ressource und zum Naturkapital gemacht werden, das ausgebeutet werden muss.

In der neuen Verfassung Ecuadors wird die Natur dagegen als Rechtssubjekt konzipiert.⁽²⁾ Für viele ist das inakzeptabel. Doch in der Geschichte war jede Erweiterung von Rechten zuvor undenkbar. So galten Zivilrechte für Sklaven und für Frauen zunächst

als absurd – sie mussten erkämpft werden. Auch die hier beschriebenen Veränderungen lassen sich nicht leicht durchsetzen, vor allem, weil sie Privilegien von mächtigen Sektoren antasten. Um die Natur aus der Rolle eines Eigentumsobjekts zu befreien, ist politischer Druck notwendig. Das ist entscheidend.

Aus dem Konzept der Natur als Rechtssubjekt leitet die neue Verfassung grundlegende Bestimmungen ab. So wird der Zugang zu Wasser als Menschenrecht definiert, was seine Privatisierung verhindert. Nahrungssicherheit soll zu einer zentralen Achse der Agrarpolitik werden und beinhaltet den Schutz der Böden. Auch die Notwendigkeit der Energiesouveränität, ohne die Nahrungssicherheit zu gefährden, wurde in der Verfassung verankert.

Grundlage für eine solidarische Ökonomie

Der zentrale Wert in einer von Buen Vivir geleiteten Wirtschaftsordnung ist Solidarität. Es werden nicht mehr individuelle Gewinne auf fragwürdige Weise addiert, um den Fortschritt zu messen. Der Markt ist nicht die Lösung, ebensowenig der Staat.

Der Erfolg der Wirtschaft ist nicht lediglich eine Frage von physischen Ressourcen. Entscheidend sind die Fähigkeiten der Menschen zur Organisation, Partizipation und Innovation. Die neue Wirtschaftsordnung sieht ein öffentliches Monopol über die strategischen Ressourcen und ihre nachhaltige Nutzung vor. Sie beinhaltet staatliche, öffentliche, private, gemischte und genossenschaftliche Sektoren. Das Fundament vor allem aus kollektiven ProduzentInnen und EigentümerInnen soll erweitert werden. Dazu muss die Mitverwaltung in allen Unternehmen gefördert werden.

Alle haben das gleiche Recht auf ein würdevolles Leben, das Gesundheit, Nahrung, Unterkunft, eine gesunde Umwelt, Bildung, Arbeit und Freizeit sowie soziale Sicherheit einschließt. Das kann nur durch Umverteilung von Reichtum finanziert werden, nicht allein durch Gewinne aus Sektoren wie der Erdölförderung. Die Grundrechte müssen auch in schlechten Zeiten gewährleistet sein.

Erst jetzt, mit der Umsetzung der neuen Verfassung, hat der wirkliche Veränderungsprozess begonnen. Die Zivilgesellschaft muss nun beispielsweise verhindern, dass neue Gesetze den historisch bedeutsamen Inhalt der Verfassung aushöhlen.

Die Verfassung öffnet vor allem die Tür für Diskussionen über alternative Entwicklungsmodelle. Indem sie sich vom traditionellen Konzept der Gesetze als Quelle des Rechts abwendet, wird sie zum juristischen Ausgangspunkt, unabhängig von den traditionellen Visionen. Es sollte also niemanden überraschen, wenn die neue Magna Carta Konflikte auslöst – sowohl mit den traditionellen RechtsberaterInnen als auch mit jenen, die es gewohnt sind, Recht in Funktion ihres Denkens – und vor allem ihrer Interessen – zu behalten.

Ecuador steht vor der Aufgabe, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu schaffen, „die den Antikapitalismus ohne Planwirtschaftsbürokratie und mit politischem Pluralismus inkorporiert“, wie es der argentinische Ökonom Claudio Katz ausdrückt. Eine Gesellschaft, in der jeder und jede gleiche Chancen hat, in der das Individuelle und das Kollektive in Harmonie miteinander und mit der Natur koexistieren und in der die ökonomische sich mit der ethischen Rationalität und mit dem Gemeinsinn versöhnt.

Anmerkungen

- ▶ (1) Deutschsprachige Literatur zu Buen Vivir: www.de.wikipedia.org/wiki/Buen_vivir
- ▶ (2) Gudynas, E.: Politische Ökologie. Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: Juridikum 4/2009, S. 214–218. www.kurzlink.de/ecuador-bolivien.pdf

Übersetzung: Almut Schilling Vacaflo. Stark gekürzte Fassung von: Acosta, A.: Das Buen Vivir. Die Schaffung einer Utopie. In: Juridikum 4/2009, S. 219–223. www.kurzlink.de/acosta.pdf

Der ecuadorianische Ökonom Alberto Acosta ist Professor beim Sozialforschungsverbund FLACSO in Quito. Er war Energieminister und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung seines Landes.

Kontakt: Tel. +593 (0)2 / 323-8888, Fax -7960,
E-Mail: flacso@flacso.org.ec,
www.albertoacosta.info



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrottrichtlinie**Prozent statt pro Kopf**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) hat im Februar über die Novellierung der Elektroschrottrichtlinie (WEEE) debattiert. Das im Entwurf enthaltene Prozentziel für eingesammelte Altgeräte bis 2016 liegt laut dem Vorschlag der EU-Kommission bei 65 Prozent des Gesamtgewichts der Menge der Neugeräte, die in den jeweils drei vorangegangenen Jahren auf den Markt gebracht wurden. Parlamentsberichterstatte Karl-Heinz Florenz (CDU) will ein Zwischenziel bei 45 Prozent bis 2013 einführen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) sowie weitere Abgeordnete im ENVI fordern Nachbesserungen. Das 65-Prozent-Ziel reiche nicht aus, da es sich auf alle Geräte beziehe und schwere Geräte wie Kühlschränke bevorzuge. Besser seien Ziele für Produktgruppen.

Zurzeit gilt ein Pro-Kopf-Sammelziel für Altgeräte von vier Kilogramm jährlich. Nach einer Studie der Bonner United Nations University (UNU) entspricht das geplante Prozentziel knapp elf Kilogramm pro Kopf im Jahr 2013 und mehr als 16 im Jahr 2016 in der EU plus Norwegen und der Schweiz; in Deutschland wären es sogar zwölf und über 18 Kilogramm pro Kopf für die genannten Jahre.

Die Überarbeitung der WEEE-Richtlinie soll in den nächsten Monaten abgeschlossen werden. Für den 4. Mai ist die Abstimmung im ENVI geplant, Mitte Juni soll die erste Lesung im Parlamentsplenum stattfinden. Der EU-Umweltministerrat hatte auf seiner Sitzung im Oktober letzten Jahres erstmals über den WEEE-Vorschlag und die eng verwandte Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Substanzen in Elektronikgeräten (RoHS) debattiert. [jg]

- ▶ UNU-Studie: www.kurzlink.de/weee-studie2010
- ▶ EEB, Abfallexperte Stephane Arditi, Brüssel, Tel. +32(0)2 / 2891097, E-Mail: stephane.arditi@eeb.org, www.eeb.org

Organische Abfälle**Biomüllquote in Arbeit?**

■ Die EU-Kommission hält konkrete Ziele für das Getrennsammeln organischer Abfälle für ökologisch und ökonomisch gerechtfertigt. Das meldete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Demnach stellte eine Kommissionsprecherin auf einer Konferenz im Februar in Barcelona erste Ergebnisse einer Folgenabschätzung vor, die die Kommission erarbeitet hat. Die noch unveröffentlichten Vorschläge sollen Normen für Qualitätskompost enthalten. Neben Vermeidungsstrategien soll die Bedeutung für den Klimaschutz und die Verbesserung der Böden durch ein kluges Management von organischen Abfällen hervorgehoben werden. Strittig ist laut ENDS, ob es EU-weite Ziele geben wird, da viele Mitgliedstaaten nationale oder lokale Regelungen bevorzugen.

Die EU-Kommission hatte im letzten Jahr ein Grünbuch zur Biomüllbewirtschaftung vorgelegt und im März 2009 eine öffentliche Konsultation dazu abgeschlossen. Der EU-Umweltministerrat hatte die Kommission im Juni aufgefordert, nach einer Folgenabschätzung „gegebenenfalls“ 2010 einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten (umwelt aktuell 08/09.2009, S. 8). [jg]

- ▶ Konferenz: www.biowaste.eu

Schwermetalle**Cadmium und Blei bleiben**

■ Die EU-Kommission hat eine Ausnahme zum Verwendungsverbot von Cadmium in der Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Substanzen in Elektronikgeräten (RoHS) im Amtsblatt veröffentlicht. Für Cadmium in farbkonvertierenden LED-Bildschirmen gebe es bisher keine technisch durchführbare Alternative. In Fahrzeugen darf zudem weiter Blei verwendet werden: Bestimmte Lötmitte seien alternativlos. Die Ausnahme soll 2012 beziehungsweise 2014 überprüft werden. [jg]

- ▶ EU-Amtsblatt L 49/32 (Cadmium), L 48/12 (Blei)

Chemikalien**Hormone in kleineren Dosen**

■ In Getränkedosen von Sprite, Red Bull, Schöfferhofer, Nescafé und weiteren Abfüllern hat ein vom BUND beauftragtes Labor hormonell wirksame Chemikalien nachgewiesen. In den Epoxidlacken der Innenbeschichtungen fanden sich je Dose zwischen 0,3 und 8,3 Mikrogramm Bisphenol A (BPA). Akute Gesundheitsschäden seien beim Trinken zwar nicht zu befürchten, es steige jedoch die Gesamtschadstoffbelastung des Menschen.

BPA wirkt ähnlich wie das Hormon Östrogen und führt bei Tierversuchen schon in geringer Konzentration zu Organmissbildungen, Beeinträchtigungen der Gehirnentwicklung und Fruchtbarkeitsschäden. Beim Menschen sind laut BUND Zusammenhänge zwischen einer BPA-Belastung und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Sexualstörungen sowie Diabetes festgestellt worden.

Der Umweltverband forderte Hersteller von Dosen und anderen Lebensmittelverpackungen auf, auf Bisphenol-A-haltige Materialien zu verzichten. Die Bundesregierung müsse den Einsatz BPA-haltiger Kunststoffe wie Polycarbonat, Epoxidlacken und -harzen bei Gegenständen, die mit Lebensmitteln oder der Haut in Kontakt kommen, verbieten. Auch auf europäischer Ebene müsse mehr getan werden. So solle die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA eine verschärfte Risikobeurteilung von Bisphenol A beschließen.

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) forderte eine Offenlegungspflicht für alle Inhaltsstoffe und sämtliche toxikologischen Daten von Kunststoffprodukten. Nur so könnten sich KonsumentInnen vor Giften schützen. Die CBG verlangte ebenfalls ein Verbot gefährlicher Stoffe wie Bisphenol A und Weichmacher in Lebensmittelverpackungen, Spielzeug und Kleidung. Die Bayer AG ist einer der größten Kunststoffhersteller der Welt. [jg]

- ▶ BUND, Chemieexpertin Patricia Cameron, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-468, E-Mail: patricia.cameron@bund.net, www.bund.net/chemie
- ▶ CBG, Düsseldorf, www.cbgnetwork.org

EU-Biozidverordnung**Gesetz soll mehr Stoffe und mehr Tierschutz enthalten**

■ Nach dem Vorschlag der EU-Abgeordneten Christa Klaß (CDU) soll die überarbeitete EU-Biozidverordnung künftig auch Substanzen verbieten, die die Umwelt schädigen. Das berichtet der Informationsdienst ENDS Europe Daily. Der Entwurf der EU-Kommission sieht nur das Verbot von gesundheitsgefährdenden Stoffen vor. Die EU-UmweltministerInnen hatten zum Schutz der Umwelt strengere Ausschlusskriterien für Biozidsubstanzen gefordert.

Die Mitglieder des Umweltausschusses im EU-Parlament konnten sich Ende Februar aber nicht über die Details der neuen Verordnung einigen. So ging dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dan Jørgensen der Vorschlag von Berichterstatterin Klaß nicht weit genug. Auch das Zulassungsverfahren für Biozide ist umstritten. Klaß plädierte dafür, dass alle Biozidprodukte, auch sogenannte risikoarme, ein EU-weites Genehmigungsverfahren durchlaufen sollen. Umweltverbände wollen zunächst eine klare Definition, was ein risikoarmes Biozid ist. Sie befürchten, dass sonst viele gefährliche Stoffe als unbedenklich eingestuft werden.

Parallel debattierte der Umweltausschuss des deutschen Bundestages über den Vorschlag für die neue EU-Biozidregelung. Der Deutsche Tierschutzbund forderte die Abgeordneten in Brüssel und Berlin auf, den Tierschutz stärker zu berücksichtigen. Der Grundsatz, überall dort, wo es möglich ist, auf Tierversuche zu verzichten, fehle an vielen Stellen im Gesetz. Tierversuche könnten die Unbedenklichkeit von Bioziden auch gar nicht nachweisen. Stattdessen sollten Alternativmethoden eingesetzt und Schädlinge mit ungiftigen Vorsorgemaßnahmen ferngehalten werden.

In der EU-Gesetzgebung werden unter Bioziden alle nicht landwirtschaftlichen Pestizide verstanden. [mbu, jg]

- ▶ Vorschläge der Berichterstatterin Christa Klaß:
www.kurzlink.de/biozide-klass.pdf
- ▶ www.tierschutzbund.de/3937.html

EU-Chemikalienpolitik**Konsultation zu Giftstoffen**

■ Die Europäische Chemikalienagentur ECHA hat eine öffentliche Konsultation für acht Stoffe gestartet, die als besonders besorgniserregend gelten und damit einem speziellen Zulassungsverfahren nach der EU-Chemikalienverordnung REACH unterliegen. 45 Tage lang, bis zum 22. April, können interessierte Gruppen Kommentare abgeben.

Bei den Substanzen handelt es sich unter anderem um Borsäure (reprotoxisch), Natriumchromat (krebserzeugend), Trichlorethen (keimzellmutierend) und Ammoniumchromat (umweltgefährlich). Vorgeschlagen wurden die Stoffe von Deutschland, Frankreich und Dänemark. Bisher stehen 29 Substanzen auf der „Kandidatenliste“ in dem entsprechenden Anhang XV der REACH-Verordnung. Umweltverbände haben Schattenlisten mit mittlerweile rund 500 Stoffen erstellt, die ihrer Meinung nach verboten und durch ungefährliche Alternativen ersetzt werden müssen.

Die ECHA hat inzwischen einen ersten Bericht zu den Fortschritten bei der Umsetzung von REACH veröffentlicht. Bisher wurden 35 von 406 eingereichten Dossiers geprüft. Der Fortschrittsbericht soll regelmäßig angepasst werden. [jg]

- ▶ www.echa.eu (Consultations)

EU-Industrieemissionen**IVU-Richtlinie im Parlament**

■ Ende April findet die zweite Lesung zur IVU-Richtlinie über Industrieemissionen im Umweltausschuss der EU-Parlaments (ENVI) statt. Die Ausschussmitglieder hatten Mitte März in zweiter Lesung über die IVU-Richtlinie beraten. Grundlage dafür war der geänderte Entwurf des Berichterstatters Holger Kraemer von der liberalen ALDE-Fraktion. Der FDP-Politiker hatte im Januar unter anderem bekräftigt, dass er keine Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Industrieanlagen vorschlagen wird.

Zu den entscheidenden Punkten für die Umweltverbände gehören die Einführung eines europäischen Sicherheitsnetzes, um die bisherige Praxis großzügiger Ausnahmeregelungen in einigen Mitgliedstaaten einzudämmen, sowie die unbedingte Orientierung an der besten verfügbaren Technik bei jeder Genehmigung von Neuanlagen. Zudem sollen nach Meinung der Verbände auch für kleinere Industrieanlagen strenge Umweltauflagen gelten.

Die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments ist für Juli geplant. [mbu, jg]

- ▶ Position der Mitgliedstaaten zum Gesetzentwurf:
www.kurzlink.de/ivu-ratspos-1
- ▶ Änderungsvorschläge Kraemer-Bericht:
www.kurzlink.de/envi-aenderungen-ivu

Klärschlamm**Gifte haben viele Fürsprecher**

■ Strenge Normen für den Gehalt von Giftstoffen in Klärschlamm dürften politisch schwer durchsetzbar sein, berichtet der Umweltdienst ENDS Europe Daily. In ersten Reaktionen auf eine mögliche Neuregelung der EU-Gesetze zu Klärschlamm hätten sich Mitgliedstaaten und Interessengruppen gegen höhere Standards für Schwermetalle und Krankheitserreger ausgesprochen. Nur eine leichte Anpassung nach oben wollten die EU-Länder hinnehmen. Zu strenge Auflagen oder ein Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammnutzung würden zu einem Ansteigen der Verbrennung oder Deposition führen. Dennoch müsse Klärschlamm als Abfall deklariert werden und nicht als Produkt. Die EU-Kommission plant eine Überarbeitung der Richtlinie zu Klärschlamm von 1986.

In Deutschland ist der Schwermetallgehalt im Klärschlamm laut Bundesumweltministerium im letzten Jahrzehnt deutlich zurückgegangen. Der letzte nationale Klärschlammbericht, der laut EU-Vorschrift alle drei Jahre nach Brüssel geschickt werden muss, stammt aus dem Jahr 2007. [jg]

- ▶ www.bmu.de/abfallwirtschaft/doc/40230.php

Ozonwerte**Hoher Niedrigrekord 2009**

■ In der letzten Dekade waren die Ozonwerte nie so niedrig wie im Sommer 2009. Das meldet die in Kopenhagen ansässige Europäische Umweltagentur (EEA). Der Stundenhöchstwert von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) wurde trotzdem an einem Fünftel der etwa 2.000 Messstellen überschritten. In Griechenland, Portugal, Italien, Bulgarien, Rumänien, Spanien, Frankreich und Großbritannien wurden auch Werte über $240 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen. Kein Mitgliedstaat blieb unter dem anvisierten Langzeitwert von durchschnittlich $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ innerhalb von acht Stunden.

Das erste Mal seit dem Start der EU-weiten Beobachtungen gab es laut EEA keine Überschreitung der 300-Mikrogramm-Marke und keine paneuropäische Ozonwelle, bei der die Werte in allen Ländern gleichzeitig zu hoch lagen. Den höchsten Ozonwert meldete Frankreich mit $284 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die Ozonwerte werden seit 1997 von April bis September beobachtet. Auch 2007 und 2008 lagen sie im Vergleich sehr niedrig. Der heiße Sommer 2003 wies bisher die höchsten Werte auf. [jg]

► Bericht: www.kurzlink.de/eea-ozonwerte2009

Luftverschmutzung**Aufschub für Köln und Leipzig**

■ Im Ballungsraum Köln sowie in Aachen, Warstein, Grevenbroich und Leipzig dürfen die Feinstaubwerte noch bis zum 11. Juni 2011 überschritten werden. Das hat die EU-Kommission beschlossen. Damit erhält Deutschland mehr Zeit für die Einhaltung der EU-Vorschriften über Luftqualität, die eigentlich seit 1. Januar 2005 gelten und für die 2008 bestimmte Ausnahmeregelungen beschlossen wurden. Für die Gebiete in Nordrhein-Westfalen und Sachsen hatte Deutschland Fristverlängerung beantragt. Die EU-Feinstaubrichtlinie schreibt eine Tageshöchstgrenze von 50 Mikrogramm Feinstaub je Kubikmeter Luft vor, die an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden darf. Im Jahresdurchschnitt darf die Belastung höchstens 40 Mikrogramm pro Kubikmeter betragen.

Schon im Juli letzten Jahres hatte die EU-Kommission für zehn deutsche Städte Ausnahmen gewährt, darunter die Ballungsräume München, Augsburg und Bremen sowie die Städte Düsseldorf, Dortmund, Wuppertal, Hagen, Cottbus, Weimar und Aschersleben.

Der neue EU-Umweltkommissar Janez Potočnik betonte, Luftverschmutzung habe stark negative Auswirkungen auf

die Gesundheit. Mitgliedstaaten, die eine Fristverlängerungen beantragten, müssten eindeutig nachweisen, dass sie wirksame Maßnahmen treffen, um die EU-Normen nach Ablauf der Frist einzuhalten. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/259)

Klimaanlagen im Auto**UBA gegen Tetrafluorpropen**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau hat vor der Verwendung des teilfluorierten Kohlenwasserstoffs HFKW-1234yf (Tetrafluorpropen) als Kältemittel in Pkw-Klimaanlagen gewarnt. Stattdessen solle Kohlendioxid in Form des Kältemittels R744 eingesetzt werden. Neue Studien hätten gezeigt, dass Tetrafluorpropen ein Sicherheitsrisiko berge. Bei Entzündung entstünden die sehr giftige, stark ätzende Flusssäure sowie deren Dämpfe, die unter Umständen explosiv seien. Ohnehin sei R744 preiswerter und klimafreundlicher und solle das zurzeit verwendete HFC-134a ersetzen. Das UBA forderte die Autoindustrie auf, CO₂-Klimaanlagen zur Serienreife zu bringen. [jg]


► www.uba.de

UNDISZIPLINIERT!

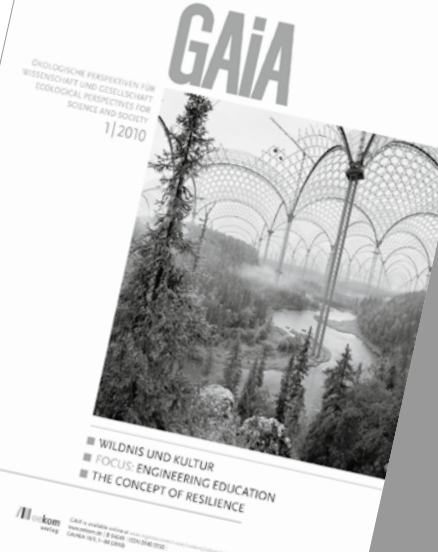
FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
1/2010

■ WILDNIS UND KULTUR
■ FOCUS: ENGINEERING EDUCATION
■ THE CONCEPT OF RESILIENCE

Lichtverschmutzung**Helle Not**

■ Die Naturfreunde Internationale und zahlreiche österreichische Umweltverbände haben einen Aufruf gegen Lichtverschmutzung verabschiedet. Darin wird die Optimierung der Beleuchtung im Außenraum gefordert, um Fauna und Flora vor künstlichen Lichtquellen zu schützen. Naturschutzfachlich besonders sensible Lebensräume müssten vor Lichtmissionen geschützt werden. Darüber hinaus gebe es neben der Blendwirkung weitere gravierende gesundheitliche Störungen für Menschen, die unter Dauerlicht litten. Abgesehen davon habe jeder Mensch das Recht, den Sternenhimmel und unbeeinträchtigte Nachtlandschaften als Teil der Natur zu erleben. Das Positionspapier enthält insgesamt sieben Forderungen. [jg]

- ▶ www.nfi.at (News)
- ▶ www.hellenot.org

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Elektroschrott**Müllberge in Indien und China**

■ Elektroschrott aus alten Computern und Handys bedroht nach UN-Angaben immer stärker die Gesundheit von Menschen in Schwellenländern. Schuld seien nicht nur Altgeräte aus Europa, Nordamerika und Japan, die unter oft katastrophalen Bedingungen weiterverwertet werden, sondern auch die wachsenden Müllberge aus den Ländern selbst. So werde sich der Verkauf von Elektrogeräten in China, Indien und Südafrika bis 2020 voraussichtlich verdoppeln bis verfünffachen. Der Chef des UN-Umweltprogramms Achim Steiner forderte, die Entsorgung in den Schwellenländern zu verbessern, um Bevölkerung und Umwelt zu schützen. [ms]

- ▶ Studie: www.unep.org/newscentre (Press Releases – 22 February)

Staudämme**Baustopp in Türkei, Baustart in Sibirien und Brasilien**

■ Ein türkisches Provinzgericht hat den Bau eines Staudamms in der Schwarzmeerregion vorerst gestoppt, weil seiner Ansicht nach keine Gesamtplanung für das Einzugsgebiet des Flusses Abu-Çağlayan vorlag. Die Planung sei unzureichend und berücksichtige auch nicht die Meinungen der Anwohner und Interessengruppen. Nach Ansicht des Gerichts müssen Umweltbelange bei der Planung ausdrücklich berücksichtigt werden. Eine solche Argumentation ist ein Novum in der türkischen Rechtsprechung und könnte Auswirkungen auf die Regierungspläne für weitere 1.400 Staudämme im ganzen Land haben. Auch der Dauerstreit um den geplanten Ilisu-Damm am Tigris könnte eine neue Wendung nehmen, denn dessen ökologischen Auswirkungen seien nie umfassend untersucht worden, sagte Heike Drillisch von GegenStrömung, der Ilisu-Kampagne in Deutschland.

Die Planung neuer Dämme in Brasilien und Sibirien fassen Kritiker mit der Formel „Neue Dämme, alte Probleme“ zusammen. Ende Februar genehmigte Brasiliens Regierung den Bau des zweitgrößten Wasserkraftwerks des Landes, Belo Monte. Umweltverbände, katholische Geistliche und Indigenenverbände laufen Sturm gegen das Projekt. Sie befürchten die Vertreibung von bis zu 20.000 Menschen, die Zerstörung riesiger Tropenwälder und explodierende Kosten.

Ähnlich stellt sich die Lage im mittle-sibirischen Ewenkien dar. Dort plant die Regierung ein 20-Gigawatt-Wasserkraftwerk – eines der weltweit größten. Nach Berechnungen von Kritikern müssten etwa eine Million Hektar Wald geflutet und rund 17.000 Menschen umgesiedelt werden. Vor allem die ethnische Minderheit der Ewenken würde ihren angestammten Lebensraum verlieren, warnte die Gesellschaft für bedrohte Völker. [ms]

- ▶ Ilisu-Kampagne: www.gegenstroemung.org
- ▶ Gesellschaft für bedrohte Völker: www.gfbv.de

Finanzmärkte**EU-Parlament für Finanztransaktionssteuer**

■ Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission aufgefordert, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu prüfen. Eine entsprechende Resolution verabschiedeten die Abgeordneten am 10. März. Danach soll die Kommission bis zum nächsten G20-Gipfel im Juni Vorschläge für eine derartige Steuer unterbreiten. Falls andere Staaten nicht mitziehen sollten, müsste die EU nach Ansicht des Parlaments auch bereit sein, eine solche Steuer im Alleingang einzuführen. Die Resolution wurde mit 536 zu 80 Stimmen angenommen.

Eine solche Tobinsteuer, wie sie nach dem US-Ökonomen James Tobin auch genannt wird, soll spekulative Geschäfte auf den Finanzmärkten eindämmen und damit das Risiko von Krisen vermindern. Dafür würde nach Ansicht der deutschen Initiative „Steuer gegen Armut“ bereits eine Steuer in Höhe von 0,1 Prozent ausreichen. Der willkommene Nebeneffekt wären Einnahmen in Milliardenhöhe, die allerdings sinken würden, wenn die Finanztransaktionen deutlich reduziert werden sollten.

Die Idee zu einer solchen Steuer stammt bereits aus den 1970er-Jahren. Sie wurde zu Beginn des letzten Jahrzehnts vor allem durch das globalisierungskritische Netzwerk Attac populär gemacht, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, bei der Regierungen Hunderte Milliarden Euro zur Rettung angeschlagener Banken investiert haben, scheint nun zu einem Umdenken zu führen. Immer mehr Politiker sprechen sich dafür aus, nun auch die Banken an der Finanzierung dieser Rettungsaktionen zu beteiligen und dafür eine spezielle Steuer zu erheben. Die EuropaparlamentarierInnen werden dabei allerdings nur am Rande mitreden dürfen, da Fragen der Steuerpolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und dem Einstimmigkeitsprinzip im EU-Ministerrat unterliegen. [ms]

- ▶ www.steuergegenarmut.de
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Tobin-Steuer

KLIMA & ENERGIE

Klimapolitik

Neue EU-Klimastrategie bleibt (fast) die alte

■ EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard hat Anfang März eine neue Klimastrategie vorgelegt. Danach bleibt die EU auch nach der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen bei ihren zuvor bekannt gegebenen Zielen und Zusagen.

Grundsätzlich hält die EU an dem Ziel fest, durch ein verbindliches internationales Klimaabkommen die globale Erwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dass dies bereits auf der Konferenz Ende dieses Jahres in Mexiko erreicht werden könne, sei aber unwahrscheinlich, sagte Hedegaard. Ein realistischer Termin sei die folgende Konferenz ein Jahr später in Südafrika. Hedegaard wird die EU-Delegation bei den künftigen Klimagipfeln leiten.

Zu den europäischen Klimazielen äußerte sich Hedegaard vorsichtig. Sie bestätigte, dass die EU ihre Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent senken wolle – um 30 Prozent, falls andere Industriestaaten mitziehen. Neu ist, dass die EU-Kommission bis Ende Juni einen Fahrplan zu dem 30-Prozent-Ziel vorlegen will. Anschließend will sie sich damit beschäftigen, wie eine Emissionsreduktion von mehr als 80 Prozent bis 2050 erreichbar ist.

Die internationalen CO₂-Märkte sollen weiterentwickelt werden. Die EU strebt laut Hedegaard eine Reform des Clean Development Mechanism und eine Ausweitung des Emissionshandels an. Bis 2015 soll es einen einheitlichen Handel unter den OECD-Staaten geben, bis 2020 einen weltweiten. Die Kommission bestätigte die letztjährigen Beschlüsse des Ministerrates zur Klimaschutzfinanzierung in Entwicklungsländern: 2010 bis 2012 wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten zusammen jährlich 2,4 Milliarden Euro zahlen. [ms]

► Strategie: www.kurzlink.de/eu-strategy-climate

Internationale Klimapolitik

UN überprüft Weltklimarat

■ UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat Anfang März eine Gruppe von nationalen Wissenschaftsakademien beauftragt, die Klimaforschung des Weltklimarates IPCC zu überprüfen. Damit reagierten die Vereinten Nationen auf die Fehler im Klimabericht von 2007. Der Bericht hatte beispielsweise eine unwissenschaftliche Prognose übernommen, wonach die Himalaja-Gletscher bis 2035 abschmelzen werden. Allerdings betreffe keiner der gefundenen Fehler die Haupt-Schlussfolgerungen des Klimaberichts von 2007, sagte Ban vor Journalisten in New York.

Den Prüfauftrag erhielt das Inter Academy Council (IAC) mit Sitz in Amsterdam, dem 15 Präsidenten nationaler Akademien der Wissenschaften angehören. [mv]

► IAC: www.interacademycouncil.net

Klimapolitik

EU-Kommission für CO₂-Steuer

■ Die EU-Kommission will im April oder Mai einen Gesetzesvorschlag zur Einführung einer Steuer auf CO₂-Emissionen vorlegen. Sie soll für die Sektoren gelten, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind – vor allem Verkehr und Landwirtschaft. Die CO₂-Steuer wäre Teil der derzeit zu überarbeitenden Energiesteuerrichtlinie und würde zusätzlich zu den bestehenden Energiesteuern erhoben. Nach einem Richtlinienentwurf der Kommission, der im letzten Herbst durchgesickert war, sollen die Mitgliedstaaten ab 2013 Steuern auf den Ausstoß von CO₂ erheben, und zwar mindestens einen Cent pro Kilogramm CO₂ für Schweröl, Kerosin und Erdgas sowie einen bis drei Cent für Kraftstoffe.

Der neue EU-Kommissar für Steuern, Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, Algirdas Šemeta, kündigte bei seiner Antrittsrede Anfang März an, sich für eine ökologische Steuerpolitik einzusetzen und dabei auch die Bestimmungen im europäischen Steuersystem zu identifizieren, die

für die Umwelt schädliche Anreize für Unternehmen und Bürger schaffen.

Ob die Pläne der Kommission Chancen auf eine Realisierung haben, ist ungewiss, da beispielsweise Großbritannien einer Harmonisierung im Steuersektor traditionell ablehnend gegenübersteht. [ms]

► Antrittsrede: www.kurzlink.de/speech-semeta

Gasversorgung und Stromnetze

EU fördert Milliardenprojekte

■ Der neue EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat Anfang März Zuschüsse für 31 europäische Gas- und zwölf Stromprojekte angekündigt. Knapp 1,4 Milliarden Euro stehen dabei für Gasleitungsvorhaben und 910 Millionen Euro für Stromverbundprojekte bereit. Das ist der zweite Finanzierungsbeschluss, den die Kommission im Rahmen ihres vier Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets fasst. Die ersten Milliarden waren an CO₂-Speicher- und Offshorewindprojekte gegangen, wobei Letztere den weitaus kleineren Anteil erhielten.

Mit 200 Millionen Euro geht der größte Teilbetrag an die umstrittene Nabucco-Pipeline, die Gas aus Zentralasien 3.300 Kilometer weit über die Türkei nach Wien bringen soll. Die Leitung soll ab 2014 etwa zehn Prozent des europäischen Gasbedarfs decken. Umweltschützer kritisieren vor allem die jahrzehntelange Festlegung auf das klimaschädliche Erdgas.

Die geförderten Stromprojekte dienen vorrangig dem Ausbau der Energienetze. „Die Energie- und Klimaziele Europas machen große und risikoreiche Infrastrukturinvestitionen mit langen Amortisierungszeiten erforderlich“, sagte Oettinger. Es seien wichtige Schlüsselvorhaben ausgewählt worden, die auf ein besser abgestimmtes Energieversorgungsnetz zielen.

Nach Angaben der Kommission sind die geplanten Investitionen gleichzeitig der erste Schritt zur Umsetzung der EU-2020-Strategie (siehe S. 22). [mv]

► Liste der Projekte: www.kurzlink.de/projekte-liste

Biomasseenergie**Nachhaltigkeitskriterien bleiben unverbindlich**

■ Die EU-Kommission hält nichts von rechtsverbindlichen Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse, die der Wärme- und Stromerzeugung dient. Dies ist die Hauptaussage eines Berichts, den die Kommission Ende Februar EU-Parlament und Ministerrat in Brüssel vorgelegt hat. Nach Einschätzung der Kommission liegt der Fall anders als bei Biomasse, aus der Kraftstoffe gewonnen werden und für die verbindliche Kriterien gelten. Der Grund seien die geringen Umweltrisiken bei der Energiegewinnung aus Biomasse in Europa. Beispielsweise verliere die EU insgesamt keine Waldflächen. Laut Bericht stammen etwa 90 Prozent der Biomasse aus der Waldbewirtschaftung und aus Neben- und Abfallprodukten der Industrie.

Dennoch empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, bestimmte Nachhaltigkeitskriterien einzuhalten. So sollte die Nutzung von Biomasse aus der Umwandlung von alten Wäldern in Agrarland sowie aus Gebieten mit hoher Biodiversität verboten sein. Zudem schlug die Kommission eine Methode zur Berechnung der Treibhausgasemissionen vor, die sicherstellen soll, dass die Energieproduktion aus Biomasse im Vergleich zu fossilen Energieträgern mindestens 35 Prozent an Treibhausgasen einspart. Für Neuanlagen soll dieser Prozentsatz bis 2018 auf 60 Prozent steigen. 2011 will die Kommission überprüfen, ob die Kriterien ausreichen, um die Risiken zu minimieren.

Mit dem Bericht kam die Kommission ihrer Verpflichtung aus der Erneuerbare-Energien-Richtlinie nach, die Rat und Parlament Ende 2008 im Rahmen des Klima- und Energiepakets verabschiedet hatten.

Ein Bündnis von Umweltorganisationen kritisierte, dass die unterschiedliche Behandlung von Biomasse falsche Anreize und unfaire Wettbewerbsbedingungen schaffe. Vor allem aber unterlaufe die Kommission damit ihre eigenen Bemühungen zum Waldschutz, so die Umwelt-NGOs, denn um langfristig den erwarteten

Bedarf an Bioenergie zu decken, müsse die EU mit steigenden Importen rechnen. [mv]

- ▶ Bericht: www.kurzlink.de/biomasse-bericht
- ▶ Folgenabschätzung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/biomasse-bericht-ii
- ▶ NGO-Bewertung: www.kurzlink.de/fern-brief

Energieeffizienz**IT-Branche stellt eigenen Aktionsplan vor**

■ Mehrere Branchenverbände der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) haben Ende Februar auf einer Konferenz der EU-Kommission in Brüssel einen Dreijahresplan für Energieeffizienz vorgelegt. Damit reagierten die Verbände auf Empfehlungen der Kommission vom vergangenen Oktober, mit denen diese die Branche zu einem energieeffizienten, CO₂-armen Wirtschaften bewegen will. Trotz des Drängens der Kommission hat sich der IKT-Sektor in seinem Effizienzplan noch keine ambitionierten Ziele gesetzt, um den steigenden Energieverbrauch unter Kontrolle zu bringen.

Nach den Empfehlungen der Kommission soll die IKT-Branche ihre eigenen CO₂-Emissionen messen und einsparen und darüber hinaus weitere Sektoren wie den Gebäude- und den Verkehrssektor mit intelligenten Technologien bei der Drosselung der Emissionen unterstützen.

Parallel zur Konferenz fanden in Brüssel die ersten Diskussionen im Industrieausschuss des EU-Parlaments über den Bericht zum Empfehlungspapier der Kommission statt. Die liberale EU-Abgeordnete Patrizia Toia forderte vor allem einen verbindlichen Zeitplan für die Verbesserung der Energieeffizienz durch den IKT-Sektor sowie eine einheitliche Definition von intelligenten Stromzählern. [mv]

- ▶ Energieeffizienzplan: www.kurzlink.de/ikt-plan
- ▶ Empfehlungen der EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-empfehlungen
- ▶ Berichtsentwurf des Industrieausschusses: www.kurzlink.de/ep-bericht-ikt

Informationsrecht**Umweltverbände verklagen EU-Kommission**

■ Vier Umweltverbände haben Anfang März die EU-Kommission wegen der Vorenthaltung von wissenschaftlichen Dokumenten verklagt. Die Papiere sollen Informationen über die negativen Auswirkungen einer gesteigerten Biokraftstoffnachfrage der EU auf die Umwelt und die Lebensmittelpreise enthalten. Tim Gabriel von ClientEarth, einer der Organisationen, bedauerte, dass „die Kommission Informationsrechte bei einer so entscheidenden Sache wie der Forschung, die unserer Klimapolitik zugrunde liegt, verleugnet“.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll der Anteil regenerativer Energien im Verkehr bis 2020 zehn Prozent betragen. Das soll hauptsächlich durch den Einsatz von Biokraftstoffen erreicht werden. Vor der Verabschiedung der Richtlinie Ende 2008 war die EU-Kommission wegen der von Kritikern vorausgesagten verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen einer erhöhten Biospritnachfrage massiv unter Beschuss geraten.

Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro (EEB) sagte, die bisher herausgegebenen Dokumente ließen darauf schließen, dass die Kommission die Untersuchungsergebnisse so präsentieren wolle, dass ihre zuvor getroffenen Entscheidungen nicht infrage gestellt würden. Nach eigenen Angaben hält die Kommission derzeit 140 Dokumente zurück.

Gleichzeitig beschwerte sich auch der Europäische Bürgerbeauftragte Nikiforos Diamandouros bei der EU-Kommission. Dem Ombudsmann geht es um drei Briefe von Porsche an den ehemaligen Wirtschaftskommissar Günter Verheugen. Diese hatte Diamandouros auf Anfrage der Umweltorganisation Friends of the Earth während der Debatte über den Richtlinienvorschlag zu CO₂-Grenzwerten für Pkw angefordert. Diamandouros erklärte, die unkooperative Haltung der Kommission könne zu einem Vertrauensverlust der Bürger in diese Institution führen und die Möglichkeiten des Ombudsmanns und des

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energiezukunft

Konflikte, Preisrisiken und verheerende Klimawirkungen leiten das Ende der fossilen Energieträger ein. Die Kernkraft ist dabei keine Alternative, sie verlagert nur Risiken statt sie abzubauen.

Dieses Handbuch zeigt, dass die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer nur im globalen Zusammenspiel von Effizienztechnologien und erneuerbaren Energien die Zukunft unserer Energieversorgung sichern und Gerechtigkeit und Entwicklungschancen schaffen können.

P. Henicke, S. Bodach

Energierévolution

Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung

221 Seiten, 19,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-205-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

 **oekom**
Die guten Seiten der Zukunft

Europäischen Parlaments untergraben, die Kommission effektiv zu überwachen.

Mit einem Sonderbericht hat Diamandouros nun das Parlament auf die Pflichtverletzung und die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Kommission aufmerksam gemacht. Es ist das erste Mal, dass ein Ombudsmann diesen Schritt geht. [mv]

- ▶ www.clientearth.de
- ▶ www.kurzlink.de/bericht-ombudsmann

Stromnetze

Vattenfall verkauft Netz

■ Der schwedische Staatskonzern Vattenfall hat Mitte März sein Tochterunternehmen 50Hertz und damit sein Hochspannungsnetz für 818 Millionen Euro an den belgischen Netzbetreiber Elia und den australischen Fonds Industry Funds Management verkauft. Nach Eon, das sein Netz Ende 2009 verkauft hatte, reagierte damit auch der zweite der vier deutschen Energiemonopolisten auf die Bestrebungen der EU-Kommission, die europäischen Strommärkte zu liberalisieren und die Produktion vom Netzbetrieb zu trennen, um für mehr Wettbewerb zu sorgen.

Die Pläne der Bundesregierung, wonach die Konzerne die Netze in eine Deutsche Netz AG einbringen sollten, sind damit allerdings nicht mehr durchzusetzen. [mv]

- ▶ EU-Energiepaket: www.ec.europa.eu/energy

Treibhausgase

Wirtschaftskrise ist der beste Klimaschützer

■ Der Treibhausgasausstoß ist in Deutschland 2009 mit 8,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr so stark gesunken wie noch nie. Gegenüber 1990 hat die Bundesrepublik ihre Emissionen danach um 28,7 Prozent gesenkt. Das geht aus Zahlen hervor, die das Umweltbundesamt (UBA) im März veröffentlichte. Im Industriebereich und

im verarbeitenden Gewerbe gingen die Emissionen in dem einen Jahr sogar um ein Fünftel zurück. Bundesumweltminister Norbert Röttgen führt den Rückgang der Emissionen allerdings vor allem auf die Wirtschaftskrise zurück. Um dauerhaften Klimaschutz zu garantieren, werde er den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung der Energieeffizienz weiter vorantreiben, kündigte der Minister an.

Im Weltmaßstab ist die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre jedoch trotz Wirtschaftskrise und Rückgang der Industrieproduktion auch 2009 angestiegen. Das zeigen Daten, die das Norwegische Polarinstitut und die Universität Stockholm im März veröffentlichten. [mv]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-grafiken

Internationale Klimafinanzierung

Deutschland recycelt alte Versprechen

■ Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Anfang März beschlossen, bis 2012 jährlich 420 Millionen Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen. Wie unter anderem die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch kritisierte, war der größte Teil der Gelder allerdings vor Jahren bereits in anderem Zusammenhang versprochen worden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte auf dem Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen zugesagt, neue und zusätzliche Mittel für Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Nach den jetzigen Plänen seien aber nur 70 der 420 Millionen als „frisches Geld“ anzusehen, sagte Christoph Bals von Germanwatch. „Das Recycling alter Versprechen trägt nicht zur Vertrauensbildung mit den Entwicklungsländern bei“, warnte der Klimaexperte. [mv]

- ▶ Germanwatch, Christoph Bals, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604920, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org

Energetische Gebäudesanierung**Haushaltsausschuss hebt Mittel nach Protesten an**

■ In letzter Minute hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Mittel für das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der bundeseigenen KfW-Bank Ende Februar doch noch angehoben. Der Ausschuss reagierte damit auf Proteste von Umweltorganisationen, Bauwerkerschaft und Bauwirtschaft. Nun stehen 2010 insgesamt 1,5 Milliarden und damit 400 Millionen Euro mehr als ursprünglich im Haushaltsentwurf vorgesehen zur Verfügung. Dafür werden allerdings 310 Millionen aus dem Jahr 2011 vorgezogen. Bei den restlichen 90 Millionen handelt es sich um Gelder, die 2009 übrig blieben.

In ihrem integrierten Energie- und Klimaprogramm hatte die Bundesregierung 2007 beschlossen, von 2009 bis 2011 jährlich 1,5 Milliarden Euro für das Förderprogramm bereitzustellen. Sie hatte, nachdem die für 2009 vorgesehenen 1,5 Milliarden schon im Sommer aufgebraucht waren, den Fördertopf auf 2,25 Milliarden Euro aufgestockt, das Geld aber ebenfalls aus den Jahren 2010 und 2011 vorgezogen.

Die SPD sprach von einer Mogelpackung, da nun für 2011 nicht mehr genügend Geld zur Verfügung stehe und es über eine entsprechende Aufstockung neue Haushaltsverhandlungen geben müsse. Der Bundesverband Bauwirtschaft forderte die Regierung auf, für eine verlässliche und kontinuierlich wirkende Förderung zu sorgen, da die Wirtschaftskrise die Branche erst 2011 richtig treffen werde.

2009 vergab die KfW-Bank insgesamt 8,9 Milliarden Euro. Nach ihren Angaben wurden dadurch 600.000 Arbeitsplätze gesichert und 1,5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Das KfW-Programm gibt Darlehen bis zu 75.000 Euro je Wohneinheit. Bauherren und Hausbesitzer müssen im Gegenzug Richtwerte zum Energiebedarf einhalten. [mv]

- DNR, Energieeffizienzexperte Klemens Gieles, Mainaschaff, Tel. +49 (0)6021 / 449949-11, www.energieeffizienz-jetzt.de

Atommüllendlagerung**Röttgen will Gorleben weiter erkunden**

■ Mit scharfer Kritik haben Atomkraftgegner auf das Vorhaben von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) reagiert, die Erkundung des Salzstocks Gorleben in Niedersachsen zur Eignung als Atommülllager nach zehnjährigem Stopp wieder aufzunehmen. Im Jahr 2000 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung ein Moratorium verhängt. Der Umweltverband BUND bezeichnete die Pläne als „reine Zeit- und Geldverschwendung“. Der drohende Einsturz des Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel zeige, dass schnellstmöglich an anderen Standorten und in anderen geologischen Formationen nach Möglichkeiten zur Atommüllentsorgung gesucht werden müsse.

Für die weitere Erkundung soll die Ende März auslaufende Genehmigung für den Rahmenbetriebsplan nach einfachem Bergrecht verlängert und nicht neu beantragt werden. Damit verweigere Röttgen die Bürgerbeteiligung, kritisierte der Umweltexperte der SPD-Fraktion Ulrich Kelber. Das aus den 1930er-Jahren stammende Bergrecht sieht keine Beteiligungsrechte für die Öffentlichkeit vor. Röttgen nannte die Vorwürfe „absurd“. Für die Errichtung und den Betrieb eines Endlagers in Gorleben müsse es zwangsläufig ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung geben.

Kelber kritisierte außerdem, dass nicht auf die Ergebnisse aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gewartet werde. Die SPD hatte zusammen mit den Grünen und der Linken die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses erwirkt. Dieser soll vor allem feststellen, ob die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung unter Helmut Kohl Gutachten missachtet hatte, um eine Entscheidung zugunsten von Gorleben als Endlager herbeizuführen. [mv]

- BUND, Atomexpertin Renate Backhaus, E-Mail: renate.backhaus@bund.net, www.bund.net

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Nährwertkennzeichnung**Verbraucherverwirrung vorprogrammiert?**

■ Möglicherweise müssen Kundinnen und Kunden künftig ein Wirrwarr an Nährwertinformationen auf Lebensmittelverpackungen entziffern. Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments votierte Mitte März für den Entwurf eines neuen Kennzeichnungssystems für Lebensmittel. Das Plenum des Europaparlaments soll im Mai darüber abstimmen. Auch die Mitgliedstaaten müssen noch ihr Votum im Ministerrat abgeben.

Vor zwei Jahren hatte die EU-Kommission neue Regeln für die Kennzeichnung von Nahrungsmitteln vorgeschlagen. Der Gesetzentwurf sollte Verbrauchern den Kauf gesunder Kost erleichtern, indem bereits auf der Verpackungsvorderseite Informationen über Energiegehalt, Fette, Kohlehydrate, Zucker und Salz sichtbar sind. Seitdem streiten Vertreter von Industrie, Politik und Verbraucherverbänden darüber, was genau wie und wo auf der Verpackung stehen soll.

Ein strittiger Punkt ist, ob die Nährwertangabe pro Portion oder pro 100 Gramm gemacht werden soll. Kritiker befürchten, dass Lebensmittelkonzerne die Portionsgröße danach bestimmen, was die Menschen zum Nutzen der Hersteller essen sollten, und nicht danach, was sie tatsächlich konsumieren. Die Frage, ob die Nährwerte mit einer Kennzeichnung in den Ampelfarben dargestellt werden sollen, ist vermutlich vom Tisch.

Die Europäische Verbraucherorganisation BEUC plädiert für eine verbindliche Kennzeichnung anstelle der von der Industrie bevorzugten freiwilligen Selbstverpflichtung. [mbu]

- Webseite der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling
- BEUC, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7431590, E-Mail: consumers@beuc.eu, www.beuc.org

Herkunftskennzeichnung**Lebensmittel mit Gesicht**

■ Der Agrarausschuss des Europaparlaments hat sich Ende Februar für die Kennzeichnung von Qualitätslebensmitteln ausgesprochen, die komplett in der EU hergestellt werden. Außerdem soll bei allen Lebensmitteln die Angabe des Erzeugungsortes der Hauptzutat vorgeschrieben werden. [mbu]

- Empfehlung des Landwirtschaftsausschusses:
www.kurzlink.de/eu-qualitaetslabel

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Agrarhaushalt**Wer erhält die 56 Milliarden?**

■ Die EU-Landwirtschaftsminister haben Ende Februar die heiße Phase der Verhandlungen über die EU-Agrarmittel nach 2013 eingeleitet. Es geht um 56 Milliarden Euro, den größten Posten im EU-Haushalt. Deutschland und Frankreich wollen die Beihilfen für die Bauern beibehalten, marktliberalere Länder wie Großbritannien sind dagegen. Der neue EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș zeigte sich offen dafür, Marktstützungsinstrumente wie Interventionen fortzusetzen. Dies dürfe aber nur als Sicherheitsnetz dienen, sagte er. Das Herzstück sei der Wettbewerb.

Im Zuge der Neuregelung fordern das Umweltbundesamt (UBA) und die Grünen in Deutschland einen Klimapakt mit der Landwirtschaft. Unterstützung solle schon ab 2013 direkt an konkrete Umweltmaßnahmen geknüpft werden, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth. Deutsche Agrarbetriebe verursachten direkt und indirekt 13 Prozent der Treibhausgase und sollten in den Emissionshandel einbezogen werden, sagte Flasbarth. [mbu]

- Ergebnisse des Agrarministerrates:
www.kurzlink.de/agrarrat02.10.pdf
- www.umweltbundesamt.de

Gentechnikzulassung I**Grünes Licht für Amflora**

■ Die Europäische Kommission hat nach jahrelanger Prüfung dem Chemiekonzern BASF die Genehmigung erteilt, die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora kommerziell anzupflanzen. Aus der Genkartoffel soll nach Angaben von BASF Stärke gewonnen werden, vor allem für die Papierproduktion. Allerdings erlaubt die Kommission über die industrielle Nutzung hinaus auch, die Kartoffelabfälle als Futtermittel zu verwenden.

Das kritisieren Umweltverbände vehement. Greenpeace warf der Kommission vor, sie ignoriere die ökologischen und gesundheitlichen Risiken. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Arzneimittelbehörde schließen nicht aus, dass Amflora gesundheitsbedenkliche Antibiotikaresistenzen enthält. Dadurch könnten Medikamente gegen Tuberkulose in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden. Seit 2005 verbietet eine EU-Richtlinie, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen, die solche Resistenzen enthalten.

Die Sicherheitsbedenken seien von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) „ausgiebig berücksichtigt“ worden, sagte Gesundheitskommissar John Dalli. Dem widersprach der grüne Europaabgeordnete Martin Häusling. Dalli stelle die Interessen eines Unternehmens an einem Produkt über das Menschenrecht auf Gesundheit. Die Entscheidung der Kommission sei für die Bürger in Europa, die Gentechnik in der Nahrung zu 70 Prozent ablehnten, ein Schlag ins Gesicht.

Die Entscheidung über Amflora konnte die Kommission treffen, weil die EU-Agrarminister sich während des 13 Jahre dauernden Zulassungsverfahrens nicht geeinigt haben. Die Zulassungspolitik für gentechnisch veränderte Organismen in der Europäischen Union ist umstritten. [mbu]

- Beschluss der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/eu-amflorzulassung
- EU-Parlament, Martin Häusling, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2845820, E-Mail: martin.haeusling@europarl.europa.eu, www.martin-haeusling.de

Gentechnikzulassung II**Grüne Welle für Genpflanzen?**

■ Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa wird neu geregelt. Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA, die die Genehmigungsgutachten liefert, hat dazu zwei öffentliche Konsultationen gestartet. Zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zu den Wirkungen auf Nichtzielorganismen können bis Ende April Stellungnahmen abgegeben werden.

Im März hatte die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der die Zulassung genmanipulierter Pflanzen neu regeln soll. Unter anderem sollen die EU-Mitgliedstaaten selbst über den Anbau entscheiden können. Die bisherigen Richtlinien sind seit Langem in der Kritik, weil sie kaum verbindliche Vorgaben machen und Risiken nur unzulänglich prüfen. Ende 2008 hatten die EU-Umweltminister beschlossen, dass die EFSA-Richtlinien strenger werden müssen.

Gentechnikkritiker befürchten aber, dass den Konzernen Tür und Tor geöffnet wird. Die Zulassung von Genpflanzen werde beschleunigt, sagte Christoph Then von Testbiotech, dem Institut zur unabhängigen Folgenabschätzung in der Biotechnologie. Then befürchtet, dass der Vorschlag der Kommission die bestehenden gesetzlichen Regelungen verwässert. Diese seien am Vorsorgeprinzip ausgerichtet, während die EFSA-Richtlinien sich stark am Interesse der Industrie orientierten. Testbiotech kritisierte auch, dass die Kommission mit ihrem Gesetzentwurf vorgeprescht sei, während die EFSA noch an neuen Richtlinien zur Risikoabschätzung für Gesundheit und Umwelt arbeite. Das könne zu weiteren Unsicherheiten und Widersprüchen führen. Die Kommission hat den Entwurf bereits der WTO vorgelegt. Er soll im Mai unterzeichnet werden und im Juni in Kraft treten. [mbu]

- Konsultationen (Frist jeweils 30. April 2010):
www.efsa.europa.eu/de/calls/consultations.htm
- Gesetzentwurf der EU-Kommission (PDF, 66 S., 300 kB): www.kurzlink.de/efsaeregeln-neu
- Testbiotech, München, Tel. +49 (0)89 / 35899276, E-Mail: info@testbiotech.org, www.testbiotech.org

„Wir brauchen ein stärkeres Bewusstsein für den Wert der Ökosysteme und ihrer Leistungen“

Moralappelle und Alarmismus bringen im Naturschutz wenig. Gegen den Artenverlust helfen ein effektives Management von gut vernetzten Schutzgebieten und neue Landnutzungsmodelle mit Synergieeffekten. Vor allem muss auch der ökonomische Wert der „grünen Infrastruktur“ endlich anerkannt werden, sagt die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Beate Jessel.

umwelt aktuell: Frau Jessel, was 2006 der Stern-Report für die Klimapolitik geleistet hat, soll nun die sogenannte TEEB-Studie für den Biodiversitätsschutz bringen. Wird die Natur wirklich besser geschützt, wenn ein Preisschild dranhängt?

Beate Jessel: Unsere Erfahrungen haben doch gezeigt: Vor ökologischen Desastern zu warnen und an das Einsehen oder gar an ethische Verpflichtungen der Entscheidungsträger zu appellieren, hatte nur bescheidenen Erfolg. Die Natur als solche lässt sich natürlich nicht in Geld fassen. Wir können aber Aussagen für sinnvolle Teilbereiche machen. So wird der Wert der Bestäubung der wichtigsten Nahrungspflanzen durch Bienen und andere Insekten weltweit auf jährlich zwischen 30 und 153 Milliarden Euro geschätzt. Die Ökosystemleistungen der Korallenriffe haben der TEEB-Studie zufolge einen Wert von 170 Milliarden Euro im Jahr. Das sind ungeheure Summen, die zeigen: Investitionen in Ökosysteme lohnen sich. Das ist vielen Entscheidungsträgern nicht bekannt, die Naturschutz nur als Schönwetteraufgabe sehen.

Auf dem Land sinkt die Zahl der Arten, aber auch die der Bauernhöfe. Ihre Behörde fordert eine andere Agrarpolitik. Doch viele Politiker, Hersteller und Bürger setzen lieber auf billige Lebensmittel. Wo fangen wir an – beim Grundkurs Umweltbildung für alle?

Wir müssen mehrgleisig ansetzen. Den Politikern müssen wir klarmachen, dass die bisherige Agrar- und Subventionspolitik der Natur, der Marktwirtschaft und nicht zuletzt den kleineren Landwirtschaftsbetrieben geschadet hat. Die Landwirtschaft dient eben nicht nur zur Produktion von Nahrungsmitteln, sondern sie „produziert“ auch Biodiversität, sauberes Wasser, schöne Landschaften und andere Ökosystemleistungen. Solche Leistungen, die für die Gesellschaft wichtig sind, müssen in Zukunft stärker honoriert werden. Aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen verstehen, dass gesunde Lebensmittel nicht zum Schleuderpreis zu haben sind und dass sie mit dem Einkaufszettel auch über den Schutz der Biodiversität abstimmen. Von den Medien wünsche ich mir, dass sie helfen, die komplexen Sachverhalte zu vermitteln.

Monsanto & Co. entwickeln gentechnisch veränderte Energiepflanzen für Monokulturen – Sie wollen Biomasse lieber naturverträglich in der Region wachsen lassen. Wie soll das gehen bei den jetzigen Rahmenbedingungen?

Beim Ausbau der Bioenergienutzung müssen Naturschutzaspekte besser integriert werden, damit es nicht zu Entwicklungen kommt, die für den Biodiversitätsschutz, aber auch für den Klimaschutz kontraproduktiv sind. Zum Beispiel kann die Kombination von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Agrosystemen zu einer Erhöhung der biologischen Vielfalt führen. Auf wertvollen Naturschutzflächen, die zur Erhaltung eine Pflege brauchen, ist die energetische Nutzung des anfallenden Aufwuchses eine sinnvolle Möglichkeit, um eine Nutzungsaufgabe wie auch eine Intensivierung zu vermeiden. Wir müssen hier kreativ sein und auch neue Nutzungsformen in Betracht ziehen, um Synergien zwischen Biodiversitätsschutz und Klimaschutz zu fördern. Voraussetzung ist aber die ökonomische Tragfähigkeit. Die massive Ausweitung des Biomasseanbaus wegen der Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat vorgemacht, was in kürzester Zeit möglich ist, wenn die Politik entsprechende Anreize setzt.

Im Biodiversitätsjahr 2010 scheitert die EU mit ihrem Plan, den Artenverlust aufzuhalten. Andererseits ist das europäische Natura-2000-Programm durchaus erfolgreich. Was muss geschehen, damit dieses Schutzgebietsnetz wirklich die biologische Vielfalt sichert?

Wenn ein Ziel nicht erreicht wird, heißt das ja nicht, dass das Ziel verkehrt war, sondern dass der Weg dorthin noch nicht konsequent genug beschritten wird. Wir brauchen unbedingt hinreichend große und gut gemanagte Schutzgebiete, um den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen. Inzwischen sind über 15 Prozent der Landesfläche Deutschlands als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen – jetzt müssen wir uns auf ein effektives Management dieser Gebiete konzentrieren. Außerdem brauchen wir mehr Verbindungsachsen zwischen den Schutzgebieten und insgesamt eine größere Durchlässigkeit der Landschaften, damit die Arten wandern können.

Sie haben Landschaftsplanung in München und Potsdam gelehrt. Heute beraten Sie als allseits anerkannte staatliche Naturschutzexpertin die Bundesregierung. Sind Naturschutzverbände bei Ihrer Arbeit eher entbehrlich?

Wie kommen Sie denn darauf? Die Naturschutzverbände sind ein wesentlicher Kräftefaktor in der politischen Meinungsbildung. Von ihnen gehen wichtige Impulse aus. Außerdem wäre der Naturschutz ohne das große ehrenamtliche Engagement vieler Bürger gar nicht denkbar. Der amtliche Naturschutz ist auf die Mitarbeit der Verbände angewiesen.

Flächenverbrauch und Zerschneidung der Landschaft sind eine wichtige Ursache für schwindende Artenvielfalt. Wirtschaft und Verkehr sollen aber weiter wachsen. Wie lässt sich dieser Widerspruch auflösen?

Die Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr ist mit 103 Hektar am Tag tatsächlich immer noch sehr hoch. Wir brauchen mehr Bewusstsein dafür, dass es neben der technischen Infrastruktur auch eine grüne Infrastruktur gibt, in die sich zu investieren lohnt: Funktionierende Grünverbindungen in den Städten als wichtige Achsen für den Luftaustausch und als Teil von Lebensqualität, Lebensraumkorridore in der Landschaft, die auch Tieren Wanderungen und Austausch ermöglichen. Und da sind wir wieder beim Beginn unseres Gesprächs: Wir brauchen ein stärkeres Bewusstsein, dass es auch ökonomisch gesehen fast immer billiger ist, bestehende Lebensräume zu bewahren, als zerstörte wieder aufzubauen.

[Interview: Matthias Bauer]

Beate Jessel ist seit 2007 Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn. Zuvor war sie Professorin für Landschaftsplanung an der Universität Potsdam und der TU München.

Kontakt: Tel. +49 0)228 / 8491-0, Fax -9999, E-Mail: pbox-bfn@bfn.de, www.bfn.de



NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Biodiversitätsziel

Artensterben erhält Aufschub

■ In den nächsten zehn Jahren soll das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten in Europa gestoppt werden. Das beschlossen die EU-Umweltminister bei ihrem Treffen Mitte März in Brüssel. Ursprünglich wollten die Mitgliedstaaten dieses Ziel schon dieses Jahr erreichen. Das sei aber nicht mehr zu schaffen, so die Minister. Nun müssten die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt und die Gesetze verschärft werden. Der Verlust an Biodiversität schreite in „inakzeptablem Tempo“ fort und habe sehr ernste ökologische, ökonomische und soziale Folgen, warnte der Umweltrat. Laut einer Studie der Initiative zur Biodiversität TEEB richtet das Artensterben jährlich einen Schaden von 50 Milliarden Euro an.

Obwohl die künftigen Artenschutzziele nicht perfekt seien, zeigten sich die Umweltverbände Friends of the Earth (FoEE) und Europäisches Umweltbüro (EEB) zufrieden mit dem Beschluss. Nun müssten die Ziele in die EU-2020-Strategie (siehe S. 22) aufgenommen werden. Im bisherigen Textentwurf der EU-Kommission fehle das Biodiversitätsziel komplett. [mbu]

- ▶ Ergebnisse des Umweltministerrates: www.kurzlink.de/eu-biodiv-2020.pdf
- ▶ TEEB-Studie: www.teebweb.org
- ▶ EEB: www.eeb.org (Activities – Biodiversity)

Klimaschutz

Wälder gegen Klimawandel

■ Die EU-Kommission hat im März ein Grünbuch zu Möglichkeiten zum Schutz der Wälder und zur Information über Waldressourcen und den Zustand von Wäldern veröffentlicht. Das Grünbuch – in der EU eine Diskussionsgrundlage zum Anchieben politischer Prozesse – beschreibt die Herausforderungen für die

Wälder im Kampf gegen den Klimawandel, die verfügbaren Waldschutzinstrumente, die existierenden Informationssysteme und die politischen Optionen. Das Werk ist Teil der Folgemaßnahmen zum Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel vom April 2009 (umwelt aktuell 05.2009, S. 12).

Zwar sind in der EU die Mitgliedstaaten für die Waldpolitik zuständig. Die Kommission will deren Initiativen aber mit einer europäischen Aktion aufwerten. Mehr als 40 Prozent der EU sind mit Wald bedeckt. Die Wälder sichern Arbeitsplätze, Rohstoffe und erneuerbare Energien, schützen Böden, regulieren die Wasserversorgung und erhalten die biologische Vielfalt. Klimatologisch gesehen sind wachsende Wälder CO₂-Senken. Zudem regulieren Wälder das örtliche und das regionale Wetter und wirken so Extremereignissen entgegen.

Das Grünbuch soll auf einer von der spanischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten Waldschutzkonferenz im April in Valsain bei Madrid erörtert werden. Bis zum 31. Juli können Interessierte dazu Stellung nehmen. Zu dieser Konsultation veranstaltet die EU-Kommission während der Brüsseler Grünen Woche am 3. Juni einen Workshop. Nach Auswertung der Konsultation will die Kommission über weitere Initiativen entscheiden. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/207)

EU-Bodenrahmenrichtlinie

Kommission dringt auf verbindlichen Bodenschutz

■ Bei der geplanten EU-Bodenschutzrichtlinie hat es auch in diesem Jahr noch keine Fortschritte gegeben. Zwar bekräftigte die EU-Kommission vor dem Treffen des Umweltministerrates Mitte März noch einmal ihre Forderung nach bindenden Regeln. Nach wie vor blockieren aber Frankreich, Großbritannien, Österreich, Finnland und vor allem Deutschland die Pläne der Kommission. Beim Bodenschutz

sei Europa nicht zuständig, begründen die Länder ihren Widerstand.

Im und auf dem Erdboden lebt ein Viertel aller Lebewesen. Die biologische Vielfalt der Böden ist entscheidend für die Lieferung von Nahrungsmitteln, Baumaterialien, Trinkwasser und sauberer Luft. Wichtige Arzneimittel wie Penicillin und Streptomycin werden unter anderem aus der Erde gewonnen.

Einem neuen Bericht der EU-Kommission zufolge könnte falsche Landwirtschaft den Klimawandel verstärken. Auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Qualität des Grundwassers könnten beeinträchtigt werden. Umweltkommissar Janez Potočnik appellierte an die Mitgliedstaaten, eine solide Regelung zum Schutz dieser wertvollen Ressource nicht zu blockieren. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/soil/biodiversity.htm

Nationale Biodiversitätsstrategie

Bundesländer bremsen

■ In den meisten Bundesländern findet keine umfassende und ressortübergreifende Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt statt. Das geht aus einer Studie der Naturschutzverbände BUND und NABU hervor. Nur Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und das Saarland haben Landesstrategien zum Erhalt der Biodiversität.

Die 2007 verabschiedete Nationale Strategie umfasst 330 Ziele und 430 Maßnahmen für den Erhalt der Artenvielfalt. Ein großer Teil der Verantwortung für die Umsetzung liegt bei den Bundesländern. Je nach dem Umsetzungsstand der Maßnahmen gaben NABU und BUND in ihrer Studie eine Bewertung entsprechend den Ampelfarben ab. Kein Bundesland erreichte auch nur die Hälfte der möglichen Bewertungspunkte und damit ein Grün. Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Sachsen wurden mit Gelb bewertet, alle anderen Flächenländer mit Rot. Bewertet wurde unter anderem der

Anteil der ausgewiesenen Wildnis- und Naturschutzgebietsflächen, die Fläche zukünftiger Urwälder, die Fauna-Flora-Habitat-Gebiete sowie die Anzahl der fertiggestellten Managementpläne für die Schutzgebiete. [bv]

- ▶ NABU, Naturschutzexperte Magnus Wessel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1618, E-Mail: magnus.wessel@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/umsetzungbiodivstrat

Wälder

Grüne wollen Naturwalderbe

■ Die Grünen im Bundestag haben im Februar den Antrag gestellt, auf fünf Prozent der deutschen Waldfläche ein Naturwalderbe zu schaffen. Ziel ist der Schutz aller für Mitteleuropa typischen Wälder und der darin lebenden Arten. Die deutsche Biodiversitätsstrategie verfolgt unter anderem das Ziel, den Anteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung in Deutschland bis 2020 auf fünf Prozent der Fläche zu erhöhen. Da die Bundesregierung dazu bisher nichts unternommen habe, legten die Grünen einen konkreten Fahrplan zur Umsetzung des Fünfprozentsziels vor. [bv]

- ▶ Cornelia Behm MdB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 227-71566, Fax -76165, E-Mail: cornelia.behm@bundestag.de, www.cornelia-behm.de
- ▶ www.kurzlink.de/naturwalderbe-antrag

Biologische Vielfalt

Veranstaltungskalender

■ Das Bundesumweltministerium hat im Internet einen interaktiven Kalender mit Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010 eingerichtet. Von Vorträgen zu einzelnen Arten über Exkursionen und Expertenworkshops bis zu Mutter-Kind-Wildniscamps bietet er eine schnelle Übersicht und praktische Suchfunktionen. [bv]

- ▶ www.kalender.biologischevielfalt.de

Wolfsschäden

Sachsen darf entschädigen

■ Die EU-Kommission hat im Februar dem Bundesland Sachsen die Genehmigung erteilt, Landwirten Entschädigungen für durch Wölfe verursachte Schäden zu zahlen. Die Gewährung von Ausgleichszahlungen für solche Schäden ist in den EU-Beihilfavorschriften bisher nicht vorgesehen. Bis Ende 2013 stellt die Kommission dafür 200.000 Euro zur Verfügung.

Seit der natürlichen Wiederansiedlung des Wolfes in Sachsen sind auch Schäden an Nutztieren zu verzeichnen. Mit der Beihilfeentscheidung können diese Schäden und die damit zusammenhängenden Kosten etwa für neue Schutzzäune oder Bienenhäuser zu 80 Prozent ausgeglichen werden. Landwirte im wichtigsten Wolfsgebiet, der Lausitz, müssen aber zum Schutz der Nutztiere Vorsorgemaßnahmen wie Schutzzäune oder Herdenschutzhunde getroffen haben. Die Beihilferegelung gilt zurzeit nur für Schäden durch Wölfe, kann aber künftig auch bei durch Bären oder Luchse verursachten Schäden angewandt werden. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/187)

Amphibien

Laichwanderungen online

■ Seit 2002 dokumentiert der NABU bundesweit die Wanderung von Amphibien tagesaktuell im Internet. Mittlerweile veröffentlichen rund 400 Gruppen unterschiedlicher Verbände die Aktivitäten an ihren Krötenzäunen auf der Webseite. Die interaktive Datenbank informiert über Lage und Ausstattung der Schutzzäune sowie die Fangergebnisse. Für jeden Standort kann eine Betreuerliste eingefügt werden, um die Zaunbetreuung zu optimieren. Schutzzäunorganisatoren können ihren Zaunstandort selbstständig in die Datenbank eingeben und jederzeit aktualisieren. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/kroetenzaun-online

STADT & REGION

Flächenmanagement

Innenstadt-Baulückenbörse

■ Die Region Freiburg hat zusammen mit dem dortigen Öko-Institut und weiteren Partnern eine neue Form des Flächenmanagements entwickelt. Ein Internetportal zeigt freie Baugrundstücke im Innenstadtbereich der Teilnehmergemeinden. Das Forschungsprojekt „Praktiziertes Flächenmanagement in der Region Freiburg“ (PFIF) will statt Neubaugebieten auf der grünen Wiese freie Objekte und Flächen in den bereits bebauten Gebieten vermarkten. Neben der Baulückenbörse finden auch Dialoge der 13 Gemeinden statt, um gemeinsam Probleme im Umgang mit Gewerbeflächen zu beheben. [jg]

- ▶ www.pfif.info
- ▶ www.baulueckenboerse.de

Klimawandel

Kommunen werden aktiv

■ Das Umweltministerium von Nordrhein-Westfalen hat den Klimawandel im Ballungsraum zum Thema einer Tagung im März gemacht und Empfehlungen in einem Handbuch verarbeitet. Hitzeperioden und Starkregenereignisse betreffen dicht bebaute Innenstadtbereiche besonders empfindlich. Das Handbuch Stadtklima gibt Anregungen für die Vorsorge und macht Umsetzungsvorschläge.

Dass die Kommunen auch dem globalen Klimawandel etwas entgegensetzen können, zeigte die Fachkonferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium (BMU) Ende Februar zum dritten Mal ausgerichtet hat. [jg]

- ▶ Handbuch: www.kurzlink.de/handbuch-stadtklima
- ▶ Konferenz: www.kurzlink.de/dstgb-klimaschutz
- ▶ BMU: www.bmu-klimaschutzinitiative.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Katzenschutzverordnung

Kommunen sollen handeln

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat einen Entwurf für eine Katzenschutzverordnung erarbeitet und an die zuständige Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) übermittelt. Damit will der Verband zur Verbesserung des Katzenschutzes und zur Verringerung der schnell anwachsenden frei lebenden Katzenpopulation beitragen. Der siebenseitige Entwurf enthält Vorgaben zur Pflege und Haltung sowie Maßnahmen gegen die unkontrollierte Vermehrung frei lebender Katzen.

Unter anderem schlägt der Tierschutzbund eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen in den Kommunen vor. Eine bessere Aufklärung über die Folgen der unkontrollierten Fortpflanzung der Katzen soll der regelmäßigen „Katzenschwemme“ in den Tierheimen vorbeugen und die in den letzten Jahren gestiegene Zahl der Straßenkatzen wieder reduzieren. [at]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

EU-Kosmetikrichtlinie

Tierversuche gehen weiter

■ In der Europäischen Union wird die Giftigkeit von kosmetischen Produkten noch immer anhand von Tierversuchen festgestellt, obwohl die EU-Kosmetikrichtlinie dies seit einem Jahr ebenso verbietet wie den Verkauf von Kosmetika, die im Tierversuch getestet wurden. Darauf hat der Verein Ärzte gegen Tierversuche hingewiesen. Ausnahmeregelungen machten die Versuche möglich, die jedoch nach Ansicht der Ärztereinigung eher dazu dienen, Kosmetikerhersteller gegen Ersatzansprüche abzusichern als die Verbrauchersicherheit zu erhöhen. Statt der Tierversuche könnten die Hersteller auf über 8.000 bewährte Inhaltsstoffe zurückgreifen oder bereits existierende tierversuchsfreie Testverfahren verwenden, argumentierte Silke Bitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Organisation.

Seit 2004 tritt EU-weit eine stufenweise Einschränkung von Tierversuchen in Kraft. Bereits seit diesem Zeitpunkt gilt ein Verbot von Tierversuchen für kosmetische Fertigprodukte. [at]

► Ärzte gegen Tierversuche, München, Tel. +49 (0)89 / 3599349, Fax 35652127, www.aerzte-gegen-tierversuche.de

EU-Verbraucherpolitik

Minister gegen Käfighaltung und für Tierschutzlogo

■ Legehennen dürfen ab 2012 EU-weit nicht mehr in zu enge Käfige gezwängt werden. Beim Treffen der Agrarminister Ende Februar ist Polen mit seinem Antrag gescheitert, die Übergangsfrist für Legebatterien über 2011 hinaus zu verlängern. Das Verbot für Legebatterien gilt in Deutschland seit Januar, in Österreich bereits seit 2009. Auch in den übrigen EU-Ländern müssen nun bis Ende nächsten Jahres die ganz kleinen Käfige abgeschafft werden.

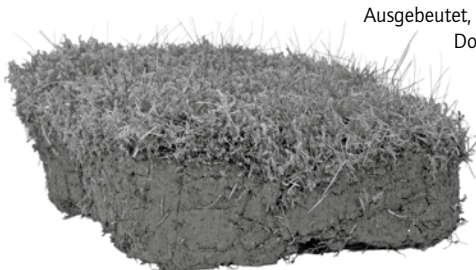
Die Minister diskutierten auch über eine freiwillige Kennzeichnung tierschutzgerecht erzeugter Lebensmittel. Dies soll Tierhaltern mit hohen Standards ermöglichen, für ihre Produkte besonders zu werben. Nach anfänglicher Skepsis zeichnete sich nun eine prinzipielle Befürwortung bei den EU-Mitgliedstaaten ab. Auch Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) begrüßte ein Tierschutzlogo. Allerdings äußerten auch mehrere Agrarminister Zweifel, ob sich angemessene Lebensmittelpreise auf diese Weise durchsetzen lassen. Der österreichische Minister Niki Berlakovich (ÖVP) sagte, ein neues Kennzeichen dürfe keine Konkurrenz für

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag

Peak Soil – Die unterschätzte Krise der Böden



Ausgebeutet, verseucht, zubetoniert – Böden stecken in mannigfaltigen Schwierigkeiten.

Doch nur wenigen ist bewusst, dass die Zerstörung der Böden Mensch und Natur in vergleichbarem Ausmaß gefährdet wie der Klimawandel.

Die Autor(innen) der *politischen ökologie*¹¹⁹ brechen eine Lanze für den Untergrund. Sie zeigen, warum der Boden ein Multitalent ist, erklären die vordringlichsten Probleme und legen dar, wie ein nachhaltiger Umgang mit unserer Lebensgrundlage aussehen kann.

„Warum behandelt der Mensch seine Lebensgrundlage wie Dreck?“

„Wie funktioniert Landgrabbing?“

„Was taugen politische Instrumente zum Bodenschutz?“

Mit Beiträgen von G. Bachmann, G. Broll, W. Blum, C. Opp, S. Lazar u.v.m.

„Peak Soil – politische ökologie Heft 119 | 73 Seiten | 14,90 EUR (zzgl. Versand)

„ISBN 978-3-86581-225-4 | **Erhältlich bei** www.oekom.de, kontakt@oekom.de“



die bereits bekannten Biosiegel darstellen. Seine liberale belgische Kollegin Sabine Laruelle warnte dagegen, eine freiwillige Kennzeichnung für Maßnahmen, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen, könne die anderen Produkte als unzureichend erscheinen lassen. Einig waren sich die Minister darüber, dass geeignete Indikatoren für das Wohlbefinden der Tiere entwickelt werden sollen.

Die konventionelle Landwirtschaft in Deutschland lehnt ein mögliches Tiereschutzlogo offenbar ab. Der Deutsche Landfrauenverband sprach von einer „neuen Siegel-Schwemme“, die die Verbraucher verunsichere. [mbu, zt]

- ▶ Ergebnisse des Agrarministerrates: www.kurzlink.de/agrarat02.10.pdf
- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Internationale Umweltpolitik

Röttgen und Kollegen bereiten UN-Reform vor

■ Beim Globalen Umweltministerforum (GMEF) Ende Februar auf der Insel Bali haben die VertreterInnen der Staaten sowie der Verwaltungsrat des UN-Umweltprogramms UNEP für eine institutionelle Verbesserung der globalen Umweltpolitik plädiert. Die EU und Brasilien setzten mit Unterstützung Chinas und der USA die Einrichtung einer Ministergruppe durch, die den Weg für eine grundlegende UN-Reform im Umweltbereich ebnen soll. Zu den Mitgliedern gehört der deutsche Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Die Ergebnisse sollen Bestandteil der UN-Nachfolgekonferenz „Rio+20“ zu nachhaltiger Entwicklung im Jahr 2012 sein. Ziel ist der Aufbau einer durchsetzungsfähigen Weltumweltorganisation.

Zu den weiteren Themen auf Bali zählte neben umweltfreundlichem Wirtschaften

auch der Schutz der biologischen Vielfalt. Hierzu soll eine internationale Wissenschaftsplattform eingerichtet werden. Am Rande behandelten die RegierungsvertreterInnen auch den Klimaschutz.

Im Vorfeld der GMEF hatten mehr als 140 Regierungen über Synergien zwischen den drei wichtigsten globalen Verträgen zu Abfall und Chemikalien, dem Baseler, dem Rotterdamer und dem Stockholmer Übereinkommen, debattiert. [jg]

- ▶ GMEF 2010: www.unep.org/gc/gcss-ix
- ▶ Rio+20-Gipfel: www.earthsummit2012.org

Umwelt und Gesundheit in Europa

Regierungen tun zu wenig für die Jungen und Schwachen

■ Obwohl in den letzten Jahrzehnten Fortschritte bei der Reduzierung von gesundheitsschädlichen Umweltrisiken erreicht wurden, sind umweltbedingte Belastungen nach wie vor vom sozialen Status und der Wohnregion abhängig. Dies ist das Ergebnis zweier Studien, die im Vorfeld der fünften Ministerkonferenz der europäischen Region zu Umwelt und Gesundheit veröffentlicht wurden. Zum Abschluss der Konferenz, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Mitte März im italienischen Parma organisierte, verabschiedeten die 53 Mitgliedstaaten eine Erklärung zum Abbau umweltbedingter Gesundheitsrisiken, darunter Luft- und Wasserverschmutzung, gefährliche Chemikalien sowie unzureichende Sanitäreinrichtungen. Bei der Umsetzung der darin vereinbarten Ziele wollen die MinisterInnen besonders auf den Schutz von Kindern und anderen schwachen Bevölkerungsgruppen vor Umweltgefahren achten.

Die Frauenumweltorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) machte auf der Konferenz auf fehlende Investitionen der europäischen Regierungen in den Gesundheitsschutz von Kindern trotz steigender Umweltbelastungen aufmerksam. Viel zu oft seien Kinder schlechter Innenraumluftqualität oder Chemika-

lienbelastungen ausgesetzt. Dabei gehe es auch anders. Beispielhafte Projekte, die zeigen sollen, wie die Umwelt im Sinne der Kinder verbessert werden kann, zeichnete die Organisation während der Konferenz mit einem Preis aus. [at]

- ▶ www.euro.who.int/parma2010
- ▶ WECF, München, Tel. +49 (0)89 / 2323938-0, E-Mail: wecf@wecf.eu, www.wecf.eu

Finanzpolitik

EU sagt umweltschädlichen Subventionen den Kampf an

■ Die EU-Kommission will offenbar Ernst machen mit dem Abbau umweltschädlicher Subventionen. Zumindest ist dies die Empfehlung einer Studie, die sie im Februar veröffentlicht hat. Die Mitgliedstaaten müssten, so das Fazit der Studie, die Finanzkrise nutzen, um umweltschädliche Subventionen massiv zu reduzieren. Die Gelegenheit dafür sei sehr günstig. Denn damit würde nicht nur die Umwelt entlastet, sondern auch Geld in die Staatskasse umgeleitet. In vielen Fällen hätte der Abbau von Subventionen sogar positive soziale Auswirkungen. Einige Länder, allen voran Frankreich, erwägen bereits ernsthafte Reformen in dieser Richtung.

Die Studie hat das Institute for European Environmental Policy in Kooperation mit der Beratungsfirma Ecologic erarbeitet. Mithilfe eines Modells der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untersuchen die Autoren an sechs Fallbeispielen, wie der Abbau von Subventionen wirkt. Einen Schwerpunkt legen sie dabei auf den Energie- und Verkehrsbereich.

Ein wesentliches Manko bleibt, dass die betroffenen Subventionen in der Regel Sache der Mitgliedstaaten sind. Die EU-Kommission kann nur empfehlen und anregen – die Entscheidungen fallen letztlich in den europäischen Hauptstädten. [ms]

- ▶ Studie: www.ec.europa.eu/environment/enveco/taxation (Environmental Harmful Subsidies)

Dürre in der spanischen Präsidentschaft

Die leichtesten Themen hat die spanische EU-Ratspräsidentschaft nicht auf der Agenda. Doch dass sogar der Wassermangel zu kurz kommt, ist kaum entschuldigbar. Ein Kommentar von Samuel Martín-Sosa Rodríguez von Ecologistas en Acción.

Zugegeben, der Start in ihre sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft war für Spaniens Regierung nicht leicht. Am Anfang des Jahres war Europa noch damit beschäftigt, die vielen strukturellen Änderungen durch den gerade in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag zu verstehen. Die neue EU-Kommission konnte erst Mitte Februar ihre Arbeit aufnehmen. Diverse zeitliche Verzögerungen lagen also quasi in der Natur der Sache. Zugegeben auch, dass die Präsidentschaft mit hoch gesteckten Zielen in ihre sechs Monate gestartet ist. Eine ehrgeizige europäische „Post-Kopenhagen-Strategie“, ein neues Biodiversitätsziel – nachdem das alte grandios gescheitert war – und der ambitionierte Versuch, die mehrfach gescheiterte Bodenschutzrichtlinie doch noch zum Leben zu erwecken: Das sind keine Peanuts. Und, ja, es gab bereits kleine Erfolge. Die Konferenz zu Biodiversität im Januar gilt als wichtiger Schritt auf dem Weg zu neuen europäischen Zielen. Die sogenannten Cibeles-Ziele, die dort verabschiedet wurden, fanden auch bei Umweltverbänden Zustimmung.

Doch die Bilanz zur Halbzeit nach den ersten drei Monaten fällt alles in allem mager aus. Zu viele Versprechungen blieben leere Worte, zu viel Papier verschwand unbeachtet in der Schublade. Nehmen wir den Klimabereich: Alle wissenschaftlichen Studien sagen uns, dass wir schnell handeln müssen. Europa muss seine Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent reduzieren – nicht um 20 oder eventuell 30 Prozent, wie die Mitgliedstaaten es momentan diskutieren. Oder nehmen wir die EU-2020-Strategie, mit der die Kommission eine Richtung für die wirtschaftliche Entwicklung der EU in den nächsten zehn Jahren aufzeigen will. Kaum ein Wort über Biodiversität, von Zielen gar nicht zu reden! Ebenso wenig liefert die 2020-Strategie absolute Obergrenzen für die Nutzung von Energie und Ressourcen – dabei müssten die EU und ihre weltweit tätigen Unternehmen ihren ökologischen Fußabdruck dringend verkleinern. Eine große Enttäuschung, doch die spanische Ratspräsidentschaft applaudiert und das Umweltministerium in Madrid äußert sich ausgesprochen positiv zum Entwurf.

Selbst bei dem ureigensten Thema Spaniens, Dürren und Wassermangel, scheint die Regierung sich irgendwie im falschen Film zu befinden. Versuchte sie doch – zum Glück erfolglos – die Richtlinie zur kommunalen Wasserversorgung, die einen sparsamen Umgang mit Wasser empfiehlt, aufzuweichen. Vermutlich werden wir in Kürze eine ähnliche Vorstellung bei der geplanten Konferenz zur Wasserversorgung im Mittelmeerraum erleben. So, wie sich die Ratspräsidentschaft im Moment präsentiert, steigt auch hier die Wahrscheinlichkeit, dass sie damit scheitert. Zumal etliche Nichtregierungsorganisationen aus den Mittelmeerstaaten sich gegen solche Versuche, die Agrarlobby auf Kosten der Umwelt zu bevorteilen, auflehnen werden.

Die spanischen und europäischen Nichtregierungsorganisationen haben die spanische Ratspräsidentschaft in den ersten drei Monaten kritisch – und häufig kopfschüttelnd – begleitet und sie werden auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht untätig bleiben. Einiges steht noch auf dem Programm, so etwa der EU-Lateinamerika-Gipfel Mitte Mai, bei dem Umweltorganisationen gemeinsam mit sozialen Verbänden und Gruppen einen Gegengipfel organisieren, um auf die potenziell verheerenden ökologisch-sozialen Effekte des bilateralen Freihandelsabkommens aufmerksam zu machen. Zur Jahresmitte übergibt Spanien die Ratspräsidentschaft an Belgien – auch die Umweltorganisationen werden den Staffelpstab rechtzeitig weiterreichen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Juliane Grüning.

Samuel Martín-Sosa Rodríguez ist bei der spanischen Umweltorganisation Ecologistas en Acción in Madrid zuständig für EU-Umweltpolitik und Internationales.

Kontakt:
Tel. + 34 (0)91 / 5226426,
E-Mail: internacional@ecologistasenaccion.org,
www.ecologistasenaccion.org

Wachstumsstrategie EU 2020

Ein Hauch von Grün

■ Die EU ist auf der Suche nach einer langfristigen Strategie, um die Folgen der jüngsten Wirtschaftskrise zu überwinden. Nachdem die bisherige Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 ihre Ziele verfehlt hat, legte die Kommission nun einen neuen Vorschlag mit dem Titel „EU 2020“ vor und schlägt damit deutlich leisere Töne an. Um die Erfolgswahrscheinlichkeit zu erhöhen, will die Kommission den Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Zielerreichung übertragen, selbst aber die Fortschritte jährlich überprüfen und den EU-Staaten Empfehlungen geben.

Die Kommission schlägt für die EU-2020-Strategie fünf Kernziele vor:

- ▶ 75 Prozent der Bevölkerung von 20 bis 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.
- ▶ Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden.
- ▶ Die 20-20-20-Ziele sollen erreicht werden (je 20 Prozent weniger CO₂, mehr Erneuerbare und mehr Energieeffizienz), mit einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 Prozent, falls andere Staaten mitmachen.
- ▶ Der Anteil der Schulabbrecher soll unter zehn Prozent sinken und 40 Prozent der jüngeren Erwachsenen sollen einen Hochschulabschluss haben.
- ▶ Die Zahl der Armutsgefährdeten soll um 20 Millionen sinken.

Um das zu erreichen, schlägt die Kommission sieben Leitinitiativen vor, die für die Mitgliedstaaten verbindlich sein sollen. Eine dieser Leitlinien soll „ressourcenschonendes Europa“ heißen und eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung anstreben. Dafür sollen erneuerbare Energien genutzt, die Energieeffizienz gefördert und das Verkehrswesen modernisiert werden. Viel konkreter wird die Kommission allerdings nicht.

Das Europäische Umweltbüro begrüßte, dass die Kommission sich mit dem Vorschlag in Richtung Nachhaltigkeit bewege. So habe sie die Bedeutung der Ressourceneffizienz erkannt und sich vom klassischen Wachstumsbegriff verabschiedet –

sie spricht stattdessen von „intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum“. Allerdings geht die Strategie dem EEB nicht weit genug. Einige wesentliche Elemente fehlten vollständig, etwa das Ziel, den Artenverlust zu stoppen, oder die Entwicklung eines sinnvollen Indikators zur Messung des Wohlstands anstelle des Bruttoinlandsprodukts. Auch konkrete Maßnahmen fehlten. Zudem sei das 20-20-20-Ziel nicht sehr ehrgeizig, denn zumindest 20 Prozent mehr erneuerbare Energien und 20 Prozent weniger Treibhausgase dürften nach heutigem Kenntnisstand problemlos erreichbar sein.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs soll die Strategie bei seinem Gipfel im Juni verabschieden. Ein erster Meinungsaustausch dazu fand Ende März statt. [ms]

- Offizielle Seite zur EU-2020-Strategie: www.ec.europa.eu/eu2020

Normung

Nicht ohne Zivilgesellschaft

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) und das Expertennetzwerk für umweltfreundliche Standardisierung ECOS haben einen Bericht der Evaluierungsgruppe Express zur EU-weiten Normung begrüßt. Express empfiehlt darin vor allem, Umweltaspekte besser zu berücksichtigen sowie unterschiedliche soziale Gruppen besser einzubeziehen und ihre Teilnahme zu fördern. Auch Prinzipien wie Offenheit, ausgeglichene Beteiligung und Transparenz gehören zu den Empfehlungen.

Schon seit Langem gibt es Kritik an den meist zugunsten von Unternehmen besetzten Standardisierungsgremien. Dabei ist für EEB und ECOS die Normensetzung in technischen Ausschüssen nicht immer die beste politische Lösung, da dort oft die Finanzstärke dominiert, nicht aber Umwelt- und Verbraucherschutzinteressen. [jg]

- Bericht: www.kurzlink.de/expressbericht
- EEB: www.eeb.org (News – February 25, 2010)
- ECOS: www.ecostandard.org

EU-Umweltrecht

Ausschuss will schwarze Liste

■ Die Gesetzgebung der EU zum Schutz von Umwelt und Gewässern sowie die Umsetzung der Abfallregelungen wird von einigen Mitgliedstaaten der EU offenbar auf die leichte Schulter genommen. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat deshalb die Kommission aufgefordert, Listen der säumigen Länder zu verteilen. Das berichtete der Informationsdienst EurActiv. Die EU-Abgeordneten wollten so den politischen Druck erhöhen. Die deutsche SPD-Abgeordnete Dagmar Roth-Behrendt wird mit den Worten zitiert, die Debatte um die Umsetzung der EU-Gesetze werde immer absurder. Die Mitgliedstaaten versuchten um jeden Preis eine Umsetzung zu vermeiden, obwohl sie die Gesetze selbst mitbestimmt hätten. [jg]

- Artikel EurActiv (News vom 26.02.2010)

Umweltnachrichten

Medien schweigen zu Giften

■ Auch in diesem Jahr hat es ein Umweltthema in die „Top Ten der vernachlässigten Nachrichtenthemen“ geschafft. Die Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) kürte zehn wichtige Themen, die 2009 in den Medien kaum vorkamen. Unter anderem bemängelt die INA die unzureichende Berichterstattung über umwelt- und gesundheitsschädliche Baustoffe. Obwohl krebserregende Stoffe wie Asbest verboten wurden, seien immer noch viele Substanzen, die gesundheitliche Beschwerden wie Atemwegserkrankungen oder Allergien auslösen können, in Verwendung, darunter Chemikalien in Wand- und Bodenbeschichtungen. Der bei Bau und Sanierung anfallende Müll werde somit zum Entsorgungsproblem. Dabei, so die Initiative, ließen sich alle Materialien durch ökologische und umweltverträgliche Stoffe wie Hanf oder Flachs ersetzen. [at]

- INA, Dr. Horst Pöttker, Dortmund, Tel. +49 (0)231 / 7552827, www.nachrichtenaufklaerung.de

VERKEHR & TOURISMUS

Treibhausgasemissionen

Verkehr kann mehr einsparen als gedacht

■ Wenn das Verkehrsaufkommen reduziert und die Fortbewegung auf umweltfreundliche Verkehrsträger verlagert wird, kann in Deutschland der verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß bis 2020 um bis zu 43 Prozent gesenkt werden. Das geht aus einem Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) vom März hervor. Auch eine bessere Fahrzeugeffizienz und gezielte Verbraucherinformationen führten demnach zu einer Minderung der Emissionen.

Während in fast allen Bereichen die CO₂-Emissionen seit 1990 deutlich sinken, leistet der Verkehrssektor nur einen geringen Beitrag zum Klimaschutz. Der Hauptgrund liegt im wachsenden Verkehrsaufwand. Im Güterverkehr erhöhten sich die Tonnenkilometer in den vergangenen 16 Jahren um 66 Prozent, im Personenverkehr stiegen die Personenkilometer um 26 Prozent. Das UBA schlägt in dem Bericht mögliche Maßnahmen und ihre Minderungspotenziale vor. [mbu]

- Bericht: www.klimaktiv.de/article99_9699.html

Pkw-Maut

Freibrief für Kilometerfresser

■ Die Vignette für Pkw, wie sie das Bundesverkehrsministerium erwägt, bleibt umstritten. Umweltorientierte Verkehrsverbände haben sich gegen die Einführung einer Gebührenmarke ausgesprochen. So bezeichnete der Bundesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), Michael Gehrman, die geplante Autobahnvignette als „Flatrate für Vielfahrer“. Zwar werde diese Milliarden in die Staatskasse spülen, habe aber eine negative Lenkungswirkung, sagte Gehrman. Die Vignette sei ungerecht, weil sie Vielfahrer bevorzuge. ►

Gehrmann forderte stattdessen ein Mautgesamt-konzept in Stufen. Zunächst müssen alle Lkw auf allen Straßen mautpflichtig sein, danach wären auch Fernbusse in die Mautverpflichtung einzubeziehen. Erst dann solle man über eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut nachdenken.

Die Allianz pro Schiene warnte die Bundesregierung vor einem „verkehrspolitischen Schnellschuss“. Die Vignette müsse im Zusammenhang mit den sogenannten geschlossenen Finanzierungskreisläufen gesehen werden, die das Verkehrsministerium derzeit prüfe, sagte Pro-Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege. Das Modell sieht vor, dass die Einnahmen aus der Lkw-Maut zwingend in den Straßenbau und nicht wie bisher in die Verkehrsinfrastruktur insgesamt zurückfließen. Bei dem Konzept gehe es lediglich um noch mehr Asphalt, kritisierte Flege. [mbu]

- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Lkw-Abgase

Niedrigere Grenzwerte für Kleinlaster ab 2012 gefordert

■ Umwelt- und Verkehrsverbände haben der Bundesregierung vorgeworfen, sie bremse den EU-Klimaschutz aus, indem sie die geplanten strengeren Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß von Kleinlastern und Transportern verschieben wolle. Das Thema stand Mitte März auf der Tagesordnung des Rates der Umweltminister. Nach der Diskussion sagte die deutsche Umweltstaatssekretärin Katherina Reiche, das Ziel von durchschnittlich 135 Gramm CO₂ pro Kilometer im Jahr 2020 sei nicht zu erreichen.

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht eine schrittweise Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes vor. Ab 2014 dürfen demnach 65 Prozent einer Flotte von leichten Nutzfahrzeugen im Schnitt maximal 175 Gramm CO₂ pro Kilometer

emittieren. Zwei Jahre später müssen dann alle Transporter für diese Emissionsbegrenzung gerüstet sein.

Statt den Klimaschutz gemäß Koalitionsvertrag voranzubringen, betreibe die Bundesregierung erneut Lobbypolitik für die Autoindustrie, kritisierte Werner Korn vom VCD-Bundesvorstand. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) forderte die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu beenden, damit die Grenzwerte bereits 2012 eingeführt werden können. Der CO₂-Grenzwert für Transporter und Kleinlaster ist Teil des sogenannten ganzheitlichen Ansatzes zur CO₂-Reduktion der EU im Verkehrsbereich. [mbu]

- ▶ Ergebnisse des Umweltministerrates: www.kurzlink.de/umweltrat03.10.pdf
- ▶ DUH, Tel. +49 (0)30 / 2589860, www.duh.de
- ▶ VCD, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, www.vcd.org

Statistik

Mehr Menschen in der Bahn, mehr Güter auf der Straße

■ Fast drei Viertel aller Güter wurden 2009 mit Lkws transportiert. Damit hat deren Marktanteil einen Höchststand erreicht. Das geht aus den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Der Marktanteil des Schienengütertransports ist danach 2009 nach fünf Wachstumsjahren erstmals um gut einen Prozentpunkt auf 16,2 Prozent gesunken.

Beim Personenverkehr ist die Entwicklung der Statistik zufolge genau gegenläufig. So wuchs die Zahl der Personenkilometer bei der Eisenbahn im Jahr 2008 um 4,3 Prozent, während der Pkw-Verkehr ein Minus von 1,6 Prozent verzeichnete.

Die Allianz pro Schiene forderte die Bundesregierung auf, die politischen Rahmenbedingungen zugunsten des Schienenverkehrs zu verändern. Für den Güterverkehr stehe das Ziel „Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene“ im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/statistik-gueter

WASSER & MEERE

Nitrat

Gewässer weniger belastet

■ Die Gewässer in der EU sind laut einem Bericht der EU-Kommission immer weniger belastet. Von 2004 bis 2007 ist danach die Nitratkonzentration in 70 Prozent der 27.000 Messstationen an Flüssen, Seen und Kanälen stabil geblieben oder zurückgegangen. Dem Bericht zufolge geht diese Entwicklung auf die europäischen Rechtsvorschriften gegen die Verschmutzung von Gewässern durch Nitrate aus der Landwirtschaft zurück. Allerdings gebe es in einigen Regionen noch immer hohe Nitratwerte im Grundwasser, insbesondere in Estland, Belgien und Spanien. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-nitratbelastung
- ▶ www.kurzlink.de/eu-factsheet-nitrat

Donau

Bewirtschaftungsplan

■ Regierungsvertreter aus 14 Ländern des Donaubeckens haben im Februar in Wien den Donau-Bewirtschaftungsplan bis 2015 unterzeichnet. Der Plan legt nach Vorgabe der Wasserrahmenrichtlinie Maßnahmen fest, um die Donau und ihre Nebenflüsse in einen guten ökologischen Zustand zu bringen und eine nachhaltige Wassernutzung im Einzugsgebiet zu erreichen. Die Umweltverbände WWF, BUND, LBV und Bund Naturschutz begrüßten den Plan und warnten zugleich vor weiten Baumaßnahmen zugunsten der Schifffahrt. Viele der geplanten Maßnahmen könnten das Flusssystem schädigen. Die für den Menschen wichtigen „Dienstleistungen der Natur“ erfasse der Plan dagegen nicht. Die Verbände übergaben eine Petition für umweltverträgliche Schifffahrtsprojekte mit über 100.000 Unterschriften. [bv]

- ▶ BUND, Georg Kestel, Tel. (0)175 / 5068367
- ▶ www.bund-naturschutz.de/brennpunkte/donau

Meeresverschmutzung

Plastikmüll obenauf

■ Im Nordatlantik haben US-ForscherInnen eine Zone mit hohem Aufkommen von Plastikmüll, einen sogenannten Müllstrudel, gefunden. Das berichtete der ORF. In dem Gebiet in der Karibik lag die Konzentration bei 200.000 Kunststoffteilchen je Quadratkilometer. Eine gründliche Untersuchung des gesamten Atlantiks steht aber noch aus.

Der NABU kritisierte die Untätigkeit der Politik und der Wirtschaft bei der Bekämpfung der Abfallberge. Allein die Nordsee werde jährlich mit mehr als 20.000 Tonnen Müll belastet. Hauptverantwortlich dafür sind nach einem Bericht des Umweltbundesamtes die kommerzielle Schifffahrt und die Fischerei.

Der hohe Anteil an Plastik im Oberflächenwasser ist für viele Meereslebewesen eine tödliche Gefahr. Durch Salzwasser und UV-Licht lösen sich giftige Chemikalien. Immer mehr unverdaulicher Müll wird auch von Vögeln und Fischen verschluckt, die dann mit vollem Magen verhungern. [jg]

- <http://science.orf.at/stories/1640327>
- NABU, Meeresexperte Dr. Kim Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1626, www.nabu.de/themen/meere/plastik

Meere

Meeresschutzplan Klima

■ Angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels, der Versauerung der Meere, der Degradierung der Meeresökosysteme und der Überfischung fordert der Bundesvorstand der Naturfreunde Deutschlands einen Meeresschutzplan Klima. Dieser soll den Schutz der Meere und die Regulierung der Fischerei in einem einheitlichen Vertragswerk zusammenführen. Jede Überschreitung der Fangquoten müsse mit harten Sanktionen bestraft werden. [bv]

- NaturFreunde, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-60, Fax -80, www.naturfreunde.de

Ostsee

Raumordnungsplan in Kraft

■ Seit Ende des Jahres ist die Verordnung über die Raumordnung in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Ostsee und damit auch der Raumordnungsplan für das Gebiet in Kraft. Der Raumordnungsplan der AWZ der Nordsee liegt bereits seit September vor.

Mit dem Raumordnungsplan werden die in der AWZ existierenden vielfältigen Nutzungsansprüche durch Schifffahrt, Fischerei, Offshoreaktivitäten, Windenergieparks oder Meeresforschung Bereichen zugeordnet, um Konflikte zu verhindern und die Nutzung mit den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes in Einklang zu bringen. Der Raumordnungsplan benennt unter anderem Gebiete, in denen der Windenergie Vorrang vor anderen Nutzungen eingeräumt wird. Die bereits 2005 ausgewiesenen Eignungsgebiete für Windenergie wurden dabei übernommen. [bv]

- www.kurzlink.de/raumordnung-awz

Wattenmeer

Hamburger Watt wird doch noch Welterbe

■ Der schwarz-grüne Hamburger Senat hat im Februar entschieden, den 137 Quadratkilometer großen Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer mit seinen Inseln Neuwerk und Scharhörn nun doch als Unesco-Weltnaturerbe nachzumelden. Im vergangenen Jahr wurde das Wattenmeer vor Niedersachsen, Schleswig-Holstein und den Niederlanden aufgrund seiner Einzigartigkeit zum Weltnaturerbe erklärt. Hamburg hatte sich 2008 aus der gemeinsamen Anmeldung ausgeklinkt, sodass der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer wie eine Exklave inmitten des Weltnaturerbes liegt. Nun wird es noch einige Jahre dauern, bis auch die Hamburger Wattregion den Weltnaturerbestatus erhält und damit das 10.000 Quadratkilometer große Weltnaturerbe um rund 1,4 Prozent erweitern

wird. Auch Dänemark will sein Wattenmeer noch in diesem Jahr zum Nationalpark erklären und einen Weltnaturerbeantrag bei der Unesco stellen. [bv]

- WWF-Wattenmeerbüro, Hans-Ulrich Rösner, Husum, Tel. +49 (0)48 41 / 66 85 51, E-Mail: husum@wwf.de, www.wwf.de

Schwarzes Meer

Mehr EU-Einfluss?

■ Auf einer Konferenz der Versammlung der Regionen Europas (AER) im Februar in Paris haben Politiker, Regionalvertreter und Schwarzmeerexperten über Wassermanagement und nachhaltigen Tourismus in der Schwarzmeerregion diskutiert. Die Konferenz sollte auf dem Niveau der Region Lösungen für die Hauptprobleme des Gebietes finden. Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens 2007 ist das Schwarze Meer „europäisch“. Trotz einer Reihe von Initiativen wie der EU Black Sea Synergy erwarten Experten, dass der Einfluss der EU in der Region begrenzt bleibt. [bv]

- www.aer.eu/de/presse/2010/2010041601.html
- www.euractiv.com/en/regional-policy

Atlantik

Noch eine Regionalstrategie?

■ Auch für den Atlantikbogen soll es nach dem Willen der spanischen EU-Ratspräsidentschaft eine Regionalstrategie geben, berichtet der Onlinedienst EurActiv. Der Ausschuss der Regionen (AdR), der auch die momentan erstellte Donaustrategie initiiert hatte, solle sich dafür einsetzen. Ob dies aber noch im Rahmen der spanischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 geschieht, gilt als fraglich.

In Anlehnung an die grenzüberschreitende EU-Strategie für den Ostseeraum sollte die Strategie die Atlantikregion mit einem integrierten Ansatz unterstützen, indem die Aktivitäten der zahlreichen

Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen aufeinander abgestimmt und optimiert werden. Vorhandene Strukturen, Steuerungsinstrumente und Investitionsmittel sollen effizienter genutzt werden, um Umweltschutz und Artenvielfalt entlang der Atlantikküste zu gewährleisten und gleichzeitig die Wirtschaft zu stärken. [bv]

► www.kurzlink.de/atlantikstrategie-eu

Westsahara

EU fischt illegal

■ Der EU-Fischfang in den Gewässern vor der Westsahara ist laut einem Gutachten, das seit Juli 2009 dem Europäischen Parlament vorliegt, illegal. Das berichtete das Magazin Kritische Ökologie. Erst auf der Tagung des Fischereiausschusses Ende Februar sei diese Rechtsauffassung des Juristischen Dienstes des Parlaments öffent-

lich bekannt geworden. Die EU-Kommission verstößt danach gegen internationales Recht, wenn sie den Fischfang in den Meeresgewässern der von Marokko besetzten Westsahara durch europäische Fangschiffe nicht untersagt.

Die EU zahlt jedes Jahr hohe Summen an die marokkanische Regierung, um den europäischen Fischereifahrzeugen den Fischfang vor der Westsahara zu ermöglichen, heißt es in einer Petition der Sahraui, der Urbevölkerung der Westsahara. Sie seien nie zur Ausbeutung ihrer Fischressourcen befragt worden und in ihrer besetzten Heimat ständigen Repressionen und Diskriminierungen ausgesetzt. Organisationen und Einzelpersonen können die Petition des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Western Sahara Resource Watch unterschreiben und die Kommission auffordern, die Raubfischerei zu beenden. [bv]

► www.ifak-goettingen.de (Publikationen)
 ► www.fishelsewhere.eu

Artenschutz

Keine Gnade für den Blauflossenthunfisch

■ Die 15. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES hat ein Handelsverbot für den Blauflossenthunfisch abgelehnt. Nur 48 Staaten stimmten für, aber 62 gegen den Antrag der EU, die sich vehement für ein internationales Handelsverbot mit dem Blauflossenthunfisch eingesetzt hatte.

Der auch Roter Thun genannte Fisch sollte nach Willen der EU-Kommission in den Anhang I des CITES-Abkommens aufgenommen werden. Das hätte niedrige Fangmengen und dadurch eine Erholung des Bestandes ermöglicht sowie eine weitere Vermarktung auf dem europäischen Markt sichergestellt. Lediglich der internationale Handel wäre gestoppt und so der Verkauf des begehrten Fisches auf dem japanischen Markt unterbunden worden.

Zielgruppengenau werben – die Sonderpublikationen der BörseGo AG

Erstes Halbjahr 2010. Wissen auf den Punkt gebracht.

- **Börse für Einsteiger** Erscheinungswoche/KW: 15 | Anzeigenschluss: 9. April 2010 | Reichweite: 102.500 Leser
- **ETF-Special** Erscheinungswoche/KW: 20 | Anzeigenschluss: 14. Mai 2010 | Reichweite: 22.000 Leser
- **Zertifikate-Trends** Erscheinungswoche/KW: 25 | Anzeigenschluss: 18. Juni 2010 | Reichweite: 22.000 Leser

Hier finden Sie alle Sonderpublikationen 2009 zum Download: www.godmode-trader.de/service/downloads

Sie wollen wissen warum Sie in den Sonderpublikationen besonders ZIELGRUPPENGENAU und EFFEKTIV werben? Dann kontaktieren Sie unser Marketing-Team und fordern Sie die Mediadata an!

BörseGo AG | Team Marketing | Balanstraße 73 | Haus 11 | 3. OG | 81541 München
 Tel. +49.089.76 73 69 - 130 | Fax. +49.089.76 73 69 - 290 | marketing@boerse-go.de

 **BörseGo**^{AG}
www.boerse-go.ag

Dieser gilt als ökonomische Triebfeder für die Entwicklung hin zu Überkapazitäten der industriellen Fangflotten und dem Kollaps der Thunfischbestände.

Heute liegen die Thunfischfangmengen weit höher als die von Wissenschaftlern empfohlenen Grenzwerte. Die Quote für 2010 ist sogar 1,7-mal höher als der kritische Wert, bei dem eine fünfzigprozentige Chance besteht, dass sich die Bestände erholen. [bv]

- ▶ CITES: www.cites.org
- ▶ International Commission for the Conservation of the Atlantic Tuna: www.iccat.int

Walfang

Kurze Schonfrist für Buckelwale

■ Die Jagd auf Buckelwale bleibt auch weiterhin verboten – zumindest bis Juni. Ein Antrag Dänemarks, das den Fang der Buckelwale vor Grönland in begrenztem Umfang wieder erlauben möchte, fand auf einem Interimstreffen der Internationalen Walfangkommission (IWC) keine Mehrheit. Zu wenige Staaten nahmen daran teil, weshalb das notwendige Quorum für die Beschlussfähigkeit verfehlt wurde.

Auf der regulären Tagung der IWC im Juni dürfte dieses Problem nicht auftreten. Walschützer befürchten, dass Dänemark mit seinem Antrag dann Erfolg haben wird, zumal die Unterstützung einiger wichtiger Staaten wie der USA gesichert scheint. „Alle Zeichen stehen ganz klar für eine Genehmigung der Jagd auf Buckelwale“, sagte Nicolas Entrup von der Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS.

Die Europäische Union tut sich wärenddessen schwer mit der Meinungsbildung. Bisher haben die Europäer das Ziel verfolgt, einheitliche Beschlüsse zu fassen. Da Dänemark aber auf jeden Fall für den eigenen Antrag votieren wird und auch Schweden Zustimmung signalisiert hat, dürfte Einstimmigkeit dieses Mal schwierig zu erreichen sein. Die EU-Staaten könnten sich daher enthalten.

Hintergrund des dänischen Antrages ist ein angeblich wachsender Bedarf an Walfleisch der grönländischen Inuit. Die WDCS bezeichnete diese Argumentation als vorgeschoben, da die für andere Walarten bestehenden Quoten seit Jahren nicht ausgeschöpft würden. [ms]

- ▶ IWC: www.iwcoffice.org
- ▶ WDCS Deutschland: www.wdcs-de.org

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Finanzkrise

EU plant eigenen Währungsfonds

■ Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) – ähnlich dem Internationalen Währungsfonds – könnte in Zukunft die finanzielle Stabilität in der Eurozone garantieren. Für diese von dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) aufgebrachte Idee fanden sich in den vergangenen Wochen immer mehr Anhänger. In der aktuellen Situation, so Schäuble, gehe es vor allem darum, Griechenland zu unterstützen, das sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise hoch verschuldet hat und ohne Hilfe wohl auf den Staatsbankrott zu steuern würde.

Ein EWF könnte aus Schäubles Sicht eine Regelungslücke in der Konstruktion der Eurozone schließen: Es gibt zwar innerhalb der EU die Möglichkeit, in finanzielle Schwierigkeiten geratene Staaten zu unterstützen, nicht aber unter den 16 Staaten der Eurozone. Genau diese Aufgabe könnte ein EWF übernehmen und im Notfall konditionierte Kredite vergeben.

Nach anfänglicher Begeisterung für die Idee bei zahlreichen europäischen Politikern und Wirtschaftsführern dämpfte jedoch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Euphorie. Ihrer Ansicht nach ist für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds eine Änderung der Europäischen Verträge notwendig. Nachdem

die letzte Vertragsänderung erst im vergangenen Dezember nach einer jahrelangen Hängepartie zum Abschluss gekommen war, wird die Motivation in den Hauptstädten der EU, bereits jetzt einen neuen Anlauf zu unternehmen, als äußerst gering eingeschätzt. Doch auch wenn ein Vertragsänderungsverfahren in Gang gesetzt wird, dauert es voraussichtlich mehrere Jahre bis zu einem Abschluss. Zumindest für Griechenland würde der EWF dann zu spät kommen. [ms]

Umweltmanagement

EU-Staaten fördern EMAS

■ Immer mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union fördern Unternehmen, die sich einer Zertifizierung durch das Europäische Umweltmanagementsystem EMAS unterziehen wollen. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in einem Bericht über die Jahre 2004 bis 2006.

Darin unterscheidet die Kommission fünf unterschiedliche Fördermöglichkeiten: gesetzliche Regelungen, Anreize durch öffentliches Beschaffungswesen, finanzielle und technische Maßnahmen sowie die Bereitstellung von Informationen. Vor allem in den um knapp 400 Prozent gestiegenen finanziellen Mitteln sieht die Kommission eine sehr erfreuliche Entwicklung. Deutschland wird lobend erwähnt als eines der wenigen Länder, die Anreize in allen fünf Bereichen setzen. Zwölf EU-Staaten, darunter Großbritannien, Österreich und die Niederlande, zeigten dagegen kaum Interesse an EMAS.

Das European Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist ein freiwilliges System, das es Unternehmen ermöglichen soll, ihre Strukturen und Prozesse unter Umweltgesichtspunkten zu evaluieren und das eigene Management kontinuierlich zu verbessern. [ms]

- ▶ Deutsche Informationsseite zu EMAS: www.emas.de
- ▶ Studie der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/environment/emas

Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit

60 Jahre Deutscher Naturschutzring bedeuten auch sechs Jahrzehnte deutscher Naturschutzgeschichte und -politik. In dieser Zeit haben sich die Anforderungen an Naturschützer dramatisch gewandelt. Aus ehrenamtlichen Partnern eines schwachen staatlichen Naturschutzes wurden Ideengeber und Moderatoren weltweiter Nachhaltigkeitsprozesse. Und nun steht nicht weniger als ein kultureller Paradigmenwechsel bevor.

■ Die Initiative zur Gründung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) ist bezeichnenderweise von der staatlichen Naturschutzverwaltung ausgegangen. Hans Klose, Leiter der damaligen Reichsstelle für Naturschutz, die sich später über Zwischenstufen zum heutigen Bundesamt für Naturschutz entwickelte, schlug 1950 vor, zur Unterstützung des amtlichen Naturschutzes eine Dachorganisation der vielen privaten Naturschutzvereine aufzubauen.

Es waren die Jahre des raschen Wiederaufbaus der zerbombten Städte, des rasanten Wachstums der Industrie ohne Rücksicht auf Schadstoffemissionen in Luft und Gewässer, die Jahre der Fortsetzung der landwirtschaftlichen „Erzeugungsschlacht“ des Dritten Reiches mit der Entwässerung und Zerstörung fast aller Moore, Feuchtgebiete und Auwälder, der Begradigung und Ausbetonierung, mithin ökologischen Vernichtung, von rund 90 Prozent der kleineren Fließgewässer.

In den Bundesländern sollten „Naturschutzbeauftragte“ mit minimaler Sach- und Personalausstattung und fast durchweg ehrenamtlich den Naturschutz gegenüber gut organisierten Ämtern der Wasser- und Landwirtschaft, der Flurberreinigung, des Straßenbaus und der Gemeindeverwaltung vertreten.

Meilensteine in Straßburg und Rio

In dieser wahrlich fast hoffnungslosen Lage erkannten weitblickende VertreterInnen deutscher Naturschutzorganisationen den Zusammenschluss zu einem Dachverband als den prädestinierten Bündnispartner für die staatliche Naturschutzverwaltung. So wurde im Mai 1950 der Deutsche Naturschutzring gegründet.

Ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte des DNR war das Jahr 1970, das erste Europäische Naturschutzjahr, ausgerufen vom Europarat. Während der Eröff-

nungstagung in Straßburg wurde übrigens der Begriff „Umweltschutz“ geboren, da die englisch sprechenden Reporter von „protection of environment“ und nicht von „protection of nature“ sprachen. Damals begann die wissenschaftlich unhaltbare und sachlich oft schädliche Trennung in Naturschutz und Umweltschutz.

Einen zweiten Meilenstein stellte die UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro dar. Zum ersten Mal wurden Umwelt- und Entwicklungsthemen gemeinsam erörtert. Als Konsequenz gründete der DNR zusammen mit entwicklungspolitischen Organisationen das Forum Umwelt und Entwicklung und richtete eine Projektstelle ein.

Wandel der Aufgaben

Die Umweltverbände waren schon immer das „grüne Gewissen der Nation“. Mit der zunehmenden Komplexität der Probleme, aber auch der Gründung zahlreicher einschlägiger Fachbehörden und deren Besetzung mit fachlich kompetenten MitarbeiterInnen – eine langjährige Forderung der Verbände – musste sich aber das Rollenverständnis der Umweltschutzorganisationen wandeln. Mit dem Protest gegen ökologisch falsche Planungen und Entwicklungen allein war und ist es nicht mehr getan. Spätestens seit den 1980er-Jahren sind Lösungsvorschläge gefragt, die häufig auch bis zu Detailfragen gehen müssen. Hingabe und Begeisterung allein genügen nicht mehr, wo Fachwissen erforderlich ist. Auf fast allen Teilgebieten des technisch-hygienischen Umweltschutzes sind so auf nationaler Ebene große Erfolge erreicht worden.

Schon seit Jahren vergrößern sich die Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes gewaltig. Das reicht von der regionalen bis zur globalen Ebene. So ändert sich nach der Erweiterung der EU nach Ost- und Südosteuropa die Landwirtschaft der

Beitrittsländer beträchtlich – mit allen, meist ungünstigen Folgen für heute noch naturnahe Landschaften und deren Pflanzen- und Tierwelt. Das Ozonloch, die globale Klimaänderung, die Zerstörung der Wälder, der rasante Artenverlust und nicht zuletzt die allgemeine Globalisierung von Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation rufen laut nach einer globalen Umweltpolitik, die von nachhaltiger Entwicklung nicht nur redet, sondern sie so schnell wie möglich verwirklicht. Der Leitspruch „Global denken – lokal handeln“, wie ihn die Agenda 21 propagiert, musste ergänzt werden: Globales Handeln ist gefordert.

In Brüssel und New York, bei der Weltbank oder bei der FAO können aber nicht Hunderte von Nichtregierungsorganisationen vorstellig werden. Hier ist mehr denn je ein starker Dachverband notwendig, der „seine Mitglieder zur einheitlichen Förderung ihrer Belange auf nationaler,

60 Jahre DNR

60 Jahre Deutscher Naturschutzring. Symposium und Festveranstaltung vom 7. bis 9. Mai im Haus zur Wildnis, Ludwigsthal, Nationalpark Bayerischer Wald

Freitag, 7. Mai: Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit. Symposium

Samstag, 8. Mai: 60 Jahre Deutscher Naturschutzring. Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit. Festveranstaltung

Sonntag, 9. Mai: 40 Jahre Nationalpark Bayerischer Wald. Eine Erfolgsgeschichte mit Licht und Schatten. Exkursion in den tschechisch-deutschen Nationalpark Šumava und Bayerischer Wald

europäischer und internationaler Ebene gegenüber allen in Betracht kommenden Stellen vertritt“, wie es in der DNR-Satzung heißt. Deshalb ist der DNR heute Vertreter seiner 96 Mitgliedsverbände in über 30 nationalen und internationalen Gremien und Institutionen.

Die Leitbilddebatte läuft

Im Rahmen der aktuellen Leitbilddiskussion des DNR (umwelt aktuell 02.2010, S. 30), die das programmatische Selbstverständnis der Umwelt- und Naturschutzbewegung neu klären und die öffentliche Debatte voranbringen soll, kristallisierten sich drei wichtige Fragestellungen heraus:

- ▶ Was ist unser Verständnis von Natur – Mitwelt oder Umwelt?
- ▶ Was bedeutet für uns Nachhaltigkeit – Klarheit oder Beliebigkeit?
- ▶ Wie halten wir es mit dem Wachstum – Entwicklung oder Sackgasse?

Diese drei Problemfelder werden in Gesprächskreisen mit den Mitgliedsverbänden und weiteren Experten diskutiert. Sie zielen auf die Begegnung mit der kulturellen Herausforderung eines Paradigmenwechsels ab und können helfen, Umriss eines neuen Gesellschaftsmodells aufzuzeigen.

Die ersten Erkenntnisse zu den drei Problemfeldern sollen in einem Symposium anlässlich des 60-jährigen DNR-Jubiläums am 7. Mai in Ludwigsthal im Nationalpark Bayerischer Wald zusammengeführt und mit den VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen diskutiert werden. Erste Zwischenergebnisse werden auf der Festveranstaltung zum Jubiläum unter Beteiligung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen am 8. Mai vorgestellt.

Im Laufe des Jahres wird eine Dokumentation über den gesamten Prozess entstehen, aus der für die Jahreshauptversammlung 2010 ein Beschlussvorschlag herausgearbeitet werden soll. Auch die Öffentlichkeit wird informiert. Die Reaktionen sollen in die weiteren Debatten einfließen. **[Helga Inden-Heinrich]**

- ▶ DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

DNR INTERN

Präsidiumssitzung und Klausurtagung

Leitbilder, Finanzen, Gremien

■ Eine Klausurtagung des DNR-Präsidiums hat sich im Februar in Berlin mit der Leitbilddiskussion im Dachverband und mit Finanz- und Haushaltsfragen befasst.

Die von der Mitgliederversammlung eingesetzten drei Arbeitsgruppen zu den Themen Naturverständnis, Nachhaltigkeit und Wachstum haben ihre Arbeit aufgenommen (siehe vorhergehender Beitrag). Nach der Vorstellung erster Ergebnisse bei der 60-Jahr-Feier des DNR am 7. Mai in Ludwigsthal sollen die Mitgliedsverbände Gelegenheit zur gründlichen Diskussion erhalten. Die Ergänzungen werden vom Präsidium eingearbeitet und auf der diesjährigen Mitgliederversammlung im November zur Abstimmung gestellt. Der Prozess selbst soll damit nicht beendet sein, sondern auch 2011 fortgeführt werden.

Angesichts der finanziell angespannten Situation im Allgemeinen und im DNR im Besonderen wurde auf der Klausurtagung eine intensive Diskussion darüber mit allen Mitgliedsverbänden angeregt.

Bei seiner nachfolgenden regulären Sitzung sprach sich das Präsidium dafür aus, dass der DNR Verbündete für Aktionen gegen die Zerrüttung der Staatsfinanzen auch stärker außerhalb der Natur- und Umweltschutzbewegung sucht.

Anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai will sich der DNR zusammen mit den Landesverbänden seiner Mitgliedsverbände mit Forderungen für ein „nachhaltiges NRW“ zu Wort melden.

Zum Thema Börsengang der Deutschen Bahn plant der DNR eine gemeinsame Aktion mit dem VCD und weiteren Organisationen. Dabei soll allerdings die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene im Vordergrund stehen.

Intensiv und kontrovers wurde die Vertretung des DNR in der Fachkommission Umwelt der Bewerbungsgesellschaft für die Olympischen Winterspiele München 2018

diskutiert. Um weitere Gespräche führen zu können, wurde die Entscheidung auf die nächste Präsidiumssitzung Ende April verschoben.

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen wird in einem weiteren Lenkungsausschuss der Deloitte Cert Umweltgutachter GmbH mitwirken. Das Unternehmen hat sich bei den Vereinten Nationen als Prüfeinrichtung für CDM-Projekte im Rahmen des Kyoto-Protokolls beworben.

Auch im ersten Halbjahr dieses Jahres standen und stehen Spitzengespräche mit BundesministerInnen und Abgeordneten auf der Agenda. Im Mai oder Juni wird das Präsidium erneut Lobbygespräche in Brüssel führen, die von der EU-Koordination des DNR organisiert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei das Kennenlernen und die Diskussion mit VertreterInnen der neuen EU-Kommission. **[hjh]**

- ▶ DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

Wachstumsdebatte

DNR diskutiert über neue Wohlstandsmodelle

■ Vor dem Hintergrund von Bankencrash, Wirtschaftskrise und Klimawandel hat der Deutsche Naturschutzring eine Leitbilddebatte über das westliche Wohlstandsmodell und das Streben nach immer mehr wirtschaftlichem Wachstum angestoßen.

„Der Zusammenhang zwischen Wachstum, Beschäftigung und sozialer Sicherheit, der lange Zeit unserer Gesellschaft Stabilität und Sicherheit gegeben hat, besteht nicht mehr“, betonte Michael Müller, der den neuen DNR-Gesprächskreis Wachstum koordiniert. Auch die Umwelt habe unter der wachstumsorientierten Wirtschaft zu leiden. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen werde hinten angestellt, so Müller, das habe das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen deutlich gezeigt. Ziel der Debatte im DNR ▶

Nachhaltigkeit

A-Z



D wie Debatten

Wie lassen sich aktuelle politische Debatten in die Erwachsenenbildung tragen? Wie gelangt man zu einem ethisch fundierten Urteil? Das hier vorgestellte Konzept veranschaulicht mithilfe eines konkreten Beispiels die Konfliktlinien großer gesellschaftlicher Debatten und zeigt, wie sich Bürger(innen) an der Meinungsfindung beteiligen können. Tipps zur Planung und Umsetzung konkreter Diskurse runden das Bild ab.

A. Müller, S. Röhl, M. Röhl
Bilden Sie sich ein Urteil!
 Konkrete Diskurse in der
 Erwachsenenbildung

122 Seiten, 24,50 EUR,
 ISBN 978-3-86581-201-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de


 Die guten Seiten der Zukunft

soll es sein, neue Bewertungsmaßstäbe für Wachstum zu finden, die über eine rein quantitative Bewertung hinausgehen, und Alternativmodelle zu einer wachstumsorientierten Wirtschaft aufzuzeigen. Der Dachverband will damit zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte beitragen. [at]

- DNR, Gesprächskreis Wachstum, Michael Müller, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.kurzlink.de/dnr-wachstum

AUS DEN VERBÄNDEN

Umweltbewegung

Neuaustrichtung bei der Klima-Allianz

Die Klima-Allianz will ihre Arbeit bis mindestens 2013 fortsetzen, sich inhaltlich neu ausrichten und ihr Koordinationsbüro finanziell und personell ausbauen. Das hat die Mitgliederversammlung des Bündnisses aus über 100 Organisationen Anfang März in Berlin beschlossen. Das Mandat der Klima-Allianz sollte ursprünglich Ende 2009 auslaufen, doch angesichts der derzeitigen Klima- und Umweltpolitik der Bundesregierung wollen die Mitglieder der Allianz gemeinsam mehr Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Dazu beschlossen sie, stärker auf Lobbygespräche mit politischen Entscheidungsträgern zu setzen. Bisher hatte die Klima-Allianz vor allem mit öffentlichen Aktionen wie dem globalen Klimaaktionstag oder Demonstrationen gegen Kohlekraftwerke von sich reden gemacht.

Ein Arbeits- und Finanzplan für 2010 soll in den kommenden Wochen erarbeitet werden. Ein Schwerpunkt soll neben Energiepolitik und Klimafinanzhilfen künftig auch Landwirtschaft sein. [at]

- Klima-Allianz, Koordinatorin Christina Hering, Tel. +49 (0)30 / 678177572, E-Mail: hering@die-klima-allianz.de, www.die-klima-allianz.de
- www.kurzlink.de/klimaallianz-debatte

EHRENAMT

Freiwilligensurvey

Mehr Bürgerengagement im Umweltschutz

Mehr als ein Drittel der Deutschen ab 14 Jahren engagiert sich freiwillig und ehrenamtlich in Verbänden, Vereinen und Initiativen. Etwa genauso viele (37 Prozent) können sich dies zumindest vorstellen. Bei Jugendlichen ist die Bereitschaft sich zu engagieren sogar noch höher: Die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen können sich vorstellen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Das ergab der jüngste Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums. Schon zum dritten Mal hat die Behörde die Studie über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland durchgeführt.

90 Prozent aller Engagierten sind mindestens einmal im Monat tätig, über die Hälfte einmal pro Woche. Die meisten sind schon seit durchschnittlich zehn Jahren aktiv. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2004 ist das Engagement der 30- bis 49-Jährigen sowie der 70-Plus-Generation gestiegen. Frauen engagieren sich tendenziell weniger häufig ehrenamtlich als Männer, besonders in der Familienphase. Zehn Prozent der Freiwilligen engagieren sich im Bereich Sport und Bewegung, gefolgt von Schule und Kindergarten sowie Kirche (je sieben Prozent) und dem sozialen Bereich mit fünf Prozent. Im Umwelt- und Tierschutz engagieren sich knapp drei Prozent der Ehrenamtlichen und damit etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung.

Der Freiwilligensurvey ermittelt alle fünf Jahre Daten zu Umfang und Struktur des Engagements, zu den Gruppen der Engagierten und ihren Leistungen, ihrem Umfeld und ihrer Motivation. Auch die Gründe für das Ende des Engagements werden erfragt. [jg]

- Freiwilligensurvey 2009 (Kurzfassung): www.kurzlink.de/freiwillg-survey2009
- DNR, Arbeitskreis Ehrenamt, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Engagementwoche

Im September Flagge zeigen

■ Schon zur Tradition ist die Woche des bürgerschaftlichen Engagements geworden, die das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in diesem Jahr zum sechsten Mal organisiert. Vom 17. bis zum 26. September sind auch Natur- und Tierschutzverbände aufgerufen, sich mit eigenen Veranstaltungen an der Aktionswoche zu beteiligen und damit auf ihre ehrenamtliche Arbeit aufmerksam zu machen. Ab Mai können Wanderungen,

Seminare, Filmvorführungen, Arbeitseinsätze, Vorträge und Aktionen über ein Veranstaltungsregister bundesweit zugänglich gemacht werden.

Im letzten Jahr fanden während der Engagementwoche rund 1.000 Veranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik statt, allerdings nur 30 im Natur- und Umweltschutz – eine Zahl, die nun gesteigert werden soll. Der Deutsche Naturschutzring ruft seine Mitgliedsorganisationen auf, die Aktionswoche zu nutzen, um klarzumachen, dass Ehrenamtliche im Umweltbereich unverzichtbar sind. Auch zur Mitgliederwerbung und um die eigene Organisation bekannter zu machen, ist die Aktionswoche ein geeigneter Anlass. [jg]

- ▶ BBE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980120, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de, www.engagement-macht-stark.de

Ehrenamtsstunden 2008

Die meisten ehrenamtlich geleisteten Stunden im Jahr 2008 haben der Deutsche Wanderverband (5,7 Millionen Stunden, darunter zwei Millionen für den Naturschutz), der Deutsche Tierschutzbund und der NABU gemeldet. Einen starken Zuwachs erreichte Europarc.

▶ Bund Naturschutz Alb-Neckar	10.800
▶ Bund Naturschutz in Bayern	794.000
▶ Deutscher Tierschutzbund	4.124.000
▶ Deutscher Wanderverband ⁽¹⁾	2.000.000
▶ Europarc Deutschland	103.000
▶ Faunistisch-ökologische Arbeitsgemeinschaft	4.000
▶ Floristisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft	4.000
▶ Gesellschaft zur Förderung des Nationalparks Harz	5.000
▶ Komitee gegen den Vogelmord	10.060
▶ NABU	3.245.000
▶ Oro Verde	5.172
▶ Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	24.750
▶ VCD	50.000

(1) für Naturschutz

Alle DNR-Mitgliedsverbände sind aufgerufen, auch für 2009 ihre Ehrenamtsstunden zu ermitteln und der DNR-Geschäftsstelle in Bonn mitzuteilen. Dazu steht ein Fragebogen im Internet unter www.dnr.de/fragebogen als PDF-Datei zum Download bereit. [rö, mb]

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Preis der Umweltverbände

EU-Umweltkommissar geehrt

■ Der im Februar aus dem Amt geschiedene griechische EU-Umweltkommissar Stavros Dimas ist mit dem Twelve Stars Award des Europäischen Umweltbüros (EEB) für seine Verdienste um den europäischen Umweltschutz ausgezeichnet worden. Die Dachorganisation der europäischen Umweltverbände begründete die Entscheidung mit Dimas' kooperativer Haltung und seiner offenen Arbeitsweise gegenüber den Umweltverbänden sowie mit seinem hartnäckigen Einsatz für den Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas. EEB-Präsident Mikael Karlsson sagte, Dimas habe unter anderem eine führende Rolle bei der Durchsetzung der europäischen Naturschutzgesetze gespielt. Der Preis wird unregelmäßig und nur bei besonderem Anlass verliehen. [at]

- ▶ EEB, Regina Schneider, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 289-1095, E-Mail: info@eeb.org, www.eeb.org

Umweltpreis

Frauen für Naturschutz

■ Die Stiftung Fondation Yves Rocher hat ihren Preis Trophée de femmes in diesem Jahr an Sandra Altherr, Noemi Stadler-Kaulich und Claudia Günther verliehen. Für ihr Engagement erhalten sie zehn-, fünf- und dreitausend Euro. Mit dem Preis ehrt die Stiftung Frauen, die sich langfristig und beispielhaft für die Natur einsetzen. Die Münchnerin Sandra Altherr erhielt für ihren Einsatz für Gorillas in Westafrika den ersten Preis. Von Freiburg aus setzt sich die zweitplatzierte Noemi Stadler-Kaulich für die Aufforstung in Bolivien ein. Claudia Günther baute mit der Naturwerkstatt Gerswalde bei Potsdam ein soziales Umweltbildungsprojekt auf und wurde dafür mit dem dritten Platz geehrt. Der Preis wird jährlich von einer Jury aus VertreterInnen der Stiftung, des Institut de France sowie der Zeitschriften Für Sie und Natur + Kosmos vergeben. [jg]

- ▶ Fondation Yves Rocher, Sabine Fesenmayr, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 7834155, E-Mail: sabine.fesenmayr@yrnet.com

Ausschreibung

Umweltforschung verstehen

■ Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig richtet zum dritten Mal den Wettbewerb „Wissenschaft verstehen“ aus, bei dem NachwuchswissenschaftlerInnen aus dem deutschsprachigen Raum darum wetteifern, wie eine Promotionsarbeit einem breiten Publikum am besten verständlich gemacht werden kann. Der Preis soll dazu anregen, anschaulich zu schreiben und verständlich vorzutragen. Zu gewinnen sind 2.500 Euro, ein Auftritt vor großem Publikum und eine Sonderveröffentlichung in der interdisziplinären Wissenschaftszeitschrift Gaia. Einsendeschluss ist der 30. Mai. [mb]

- ▶ UFZ, Susanne Hufe, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 2351630, E-Mail: wissenschaft-verstehen@ufz.de, www.ufz.de/?de=15909

REZENSIONEN

Auf den Spuren des Wassers um die Welt

„Am Anfang aller Humanität steht das Wasser. Am Anfang aller Würde, aller Gesundheit, aller Bildung, aller Entwicklung“, schreibt Erik Orsenna über den Quell des Lebens. Das feuchte Nass ist Schauplatz zahlreicher Geschichten von Kämpfen, Gefahren und Wundern.



Es gibt sie also noch, die Sachbücher mit literarischer Qualität. Bücher, die all ihr Wissen so bunt und schillernd darlegen, dass man die Zeit über ihrer Lektüre vergisst. Bücher, die dem Alltäglichen die Aura des Besonderen verleihen.

Im konkreten Fall ist der Held der Geschichte gewöhnlich und außergewöhnlich zugleich, so alltäglich wie selten, so billig wie kostbar. Es ist das Wasser, das banale H₂O der Chemie, der Ursprung aller Dinge, der Quell des Lebens. Kein Geringerer als der französische Schriftsteller und promovierte Wirtschaftswissenschaftler Erik Orsenna hat sich auf seine Spuren begeben, hat den blauen Planeten zwei Jahre entlang seiner Flüsse, Seen und Meere bereist und das Wasser in Hunderten von Geschichten lebendig werden lassen.

Es sind Geschichten und Eindrücke aus aller Herren Länder, aus den großen Metropolen dieser Welt. Doch bevor uns der mehrfach für sein literarisches Werk preisgekrönte Orsenna mitnimmt nach Israel oder Australien, nach Kalkutta oder Paris, dringt er ein in den Mikrokosmos Wasser und bringt uns so dessen „wahrer Natur“ näher. Vom „schöpferischen Ehrgeiz“ ist hier zu lesen, aber auch von der zerstörerischen und auflösenden Kraft, die dem Wasser eigen ist und deren Ursache tief im Inneren des so einfach gebauten Moleküls zu finden ist; von „kleinen, leichtfertigen und negativen Tierchen, die man Elektronen nennt“, von einem „Paar, bei dem es kriselt“ und das der „Versuchung, sich anderswo umzusehen“ nicht immer widersteht. Wären uns die Eigenschaften des Wassers in der Schulzeit genauso bunt

geschildert worden, die Chemie hätte sich über mangelnde Popularität sicher nicht beklagen können!

Doch lassen wir die Vergangenheit ruhen, widmen wir uns lieber der Zukunft des Wassers und begeben wir uns auf eine Reise um die Welt. Sie führt uns unter anderem nach Marokko, wo Orsenna Bauern begegnet, die das immer trockener werdende Land fruchtbar machen; zu Politikern und Turbineningenieuren, die in China gewaltige Staudämme bauen, und zu Ärzten in Kalkutta, die gegen die Cholera kämpfen. Unendlich sind die Geschichten, die sich um das kostbare Nass ranken und die der Autor zu einem großen Ganzen zusammenführt, um uns das Universum des Wassers mit seiner ganzen Pracht zu erschließen. Aber das Wasser birgt auch Gefahren: Bereits heute leidet die Hälfte der Menschheit unter Wassermangel, verschmutztem Trinkwasser oder gewaltigen Überschwemmungen. Nirgendwo lässt sich das eindrücklicher illustrieren als in Bangladesch, dem Land, das sich nur wenige Meter über das Meer erhebt, in dem sich die beiden großen Ströme des indischen Subkontinents vereinen und in dem „die Wutanfälle des Wassers so häufig, so heftig und so vielfältig“ sind wie kaum anderswo.

Doch bei allen Gefahren – die sich angesichts des drohenden Klimawandels noch verschärfen werden – gibt es dennoch Hoffnung. Denn überall auf der Welt sind sie anzutreffen, die Heldinnen und Helden des Wassers, die sich für eine gute Zukunft der Menschheit engagieren. Wer sie kennenlernen möchte, dem sei die Lektüre des neuen Orsenna nachdrücklich empfohlen.

[Christoph Hirsch]

► Orsenna, E.: Die Zukunft des Wassers. Eine Reise um unsere Welt. C. H. Beck, München 2010, 319 S., 21,95 €, ISBN 978-3-406-59898-2

Gentechnik als Wirbelsturm

Unbehagen bei VerbraucherInnen, Verluste für Bauern. Koexistenz kostet Existenzen, bringt der Journalist Klaus Faißner die Lage bei der Agrogentechnik auf den Punkt.



„Keiner braucht sie, kaum einer will sie und trotzdem soll sie uns allen aufgezungen werden: die Gentechnik.“ Das Unbehagen bei den VerbraucherInnen ist in der Tat groß.

Unvermittelt stellt sich ein leichtes Magengrimmen ein, sobald man an den Verzehr gentechnisch veränderter Lebensmittel denkt. Intuitiv hat man ein ungutes Gefühl dabei, wenn der Mensch Gene transferiert, um „Mischwesen, wie sie in der Natur nie vorkommen könnten“ zu schaffen.

Nun hat sich der Umweltsystemwissenschaftler und Journalist Klaus Faißner des brisanten Themas angenommen. Er präsentiert Zahlen und Fakten, nennt die Handlanger von Monsanto & Co. beim Namen und entlarvt die grüne Gentechnik als das, was sie ist: eine Risikotechnologie, die bislang kaum eines ihrer vollmundigen Versprechen eingelöst hat und bei der es um nichts anderes geht als um die Kontrolle der weltweiten Nahrungsversorgung.

Nach und nach widerlegt das Buch die über die Jahre genährten Mythen der Gentechlobby, etwa die von den höheren Erträgen oder vom geringeren Pestizidverbrauch. Auch das friedliche Nebeneinander manipulierter und natürlicher Feldfrüchte ist nichts als eine Mär. Die Koexistenz „kostet Existenzen“ wie es der bayrische Bauer Josef Feilmeier auf den Punkt bringt. Dass die Branche nicht zimperlich ist, wenn es darum geht, ihre Interessen durchzusetzen oder Kritiker mundtot zu machen, verdeutlicht Faißner an der Geschichte um den hessischen Milchbauern Gottfried Glöckner. Dieser bezahlte sein Vertrauen in die neue Technologie mit dem Verlust von Haus, Hof und Freiheit.

Um die Einführung von genmanipuliertem Saatgut zu verhindern, braucht es Widerstand und umfassende Information der Bevölkerung, ist sich Faißner sicher – mit seinem Buch hat er dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. **[Christoph Hirsch]**

- Faißner, K.: Wirbelsturm und Flächenbrand. Das Ende der Gentechnik. Klaus Faißner, Wien 2010, 156 S., 14,- €, ISBN 978-3-200-01749-8

Werbung für einen gesellschaftlichen Neustart



■ Die Welt steckt nicht erst seit gestern tief in der Krise. Doch der Klimawandel ändert alles. Das nehmen der Politikwissenschaftler Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer zum

Anlass, für einen kompletten gesellschaftlichen Neustart zu werben. Zuvor verdeutlichen sie noch einmal facettenreich, präzise und trotzdem gut verständlich, wie existenzbedrohend der ökologische und soziale Schlamassel ist, in dem wir stecken. Die Autoren plädieren wortreich für den Ausstieg aus der „Leitkultur der Verschwendung“ und einer Abkehr von „der Zivilreligion des Wachstums“.

Abwenden lässt sich der drohende Systemzusammenbruch ihrer Meinung nach nur durch eine „große Transformation“, eine Art globale „Kulturrevolution des Alltags“. Den Autoren ist bewusst, dass dieser Transformationsprozess in seiner Tiefe und Breite kein Spaziergang wird und vor allem kein reines Technikprojekt sein darf; es gelte vielmehr überholte, kulturell tief verankerte Wahrnehmungsroutinen und Handlungsmuster zu verändern. Aber der Anfang dafür sei längst gemacht.

Leggewie und Welzer sehen in allen gesellschaftlichen Schichten „Agenten des Wandels“, die heute schon im Kleinen anders leben als der Mainstream und über

den eingefahrenen Status quo hinausdenken. Darauf lässt sich aufbauen, meinen sie und träumen von einer außerparlamentarischen Bewegung neuen Typs: der „APO 2.0“, einer hoch motivierten, aktiven Zivilgesellschaft, die den nötigen Wandel trägt und vorantreibt.

Das Buch liefert nicht nur eine engagierte Systemkritik, sondern traut den LeserInnen auch zu, die beschriebenen unhaltbaren Zustände zu verändern. Allein das ist im Meer der betroffenen Hilflosigkeit schon wohltuend! Auch wenn der Weg zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft an vielen Stellen etwas holzschnittartig und vage daherkommt, regt die Lektüre die Fantasie an. **[Anke Oxenfarth]**

- Leggewie, C.; Welzer, H.: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. S. Fischer, Frankfurt/M. 2009, 278 S., 19,95 €, ISBN 978-3-10-043311-4

Ende der Märchenstunde



■ Schonungslos nimmt Kathrin Hartmann die „neue Ökobewegung“ und die viel gepriesene unternehmerische Verantwortung unter die Lupe. Das Buch „Ende der Märchenstunde“ zielt

auf eine radikale Kritik an der nach wie vor kapitalistisch geprägten Konsumwelt und ihrer ichbezogenen Kommunikation von grünen Produkten im Web 2.0 sowie an der inzwischen immer marktorientierteren Kindererziehung ab. Und trifft!

Die Genusselite der Gesundheits- und Umweltbewussten, der sogenannten Lohas, glaube, man könne durch geschicktes Individualverhalten die Zukunft umweltpolitisch positiv beeinflussen. Gleichet aber der „Unterschied zwischen Nutella und Nusspli einer Weltanschauung“, kritisiert spitzzüngig die Autorin, dann frage man nicht mehr, in welcher Gesellschaft man leben will, sondern höchstens noch, in

welchem hippen Stadtviertel. Doch nicht nur mit bissiger Wortwahl, auch mit harten ökologischen Fakten und sozialen und wirtschaftlichen Daten zeigt die studierte Philosophin und Kunsthistorikerin die Fallen eines Öko-Lifestyles, der nur noch auf Produktwahl orientiert „karmakonsument“. Sobald eine Verhaltensänderung wehtue, dürften alle selbst entscheiden, ob der Umweltschutz wirklich so wichtig sei. Da glichen die Einzelpersonen in ihrem Dilemma zwischen Wissen und Handeln den Konzernen, die auch lieber nur auf freiwilliger Basis Sozial- und Umweltstandards einhielten – wenn überhaupt. Kritisch hinterfragt Hartmann Aktionen von Unternehmen, die zwar irgendetwas Ökologisches tun wie für den Regenwald spenden oder Bäume pflanzen, selbst aber mit ihrem Kerngeschäft jede Menge Probleme verursachen. Das Adjektiv klimaneutral klinge super, sei aber eine auf Rechenricks basierende Lüge. „Soziales Engagement und Umweltschutz sind für Unternehmen nur dann interessant, wenn sie ökonomisierbar sind.“

Was aber empfiehlt die Autorin, die sich nach eigenen Angaben immer wieder darüber ärgert, dass Lohas nur das Gute betonen und das Schlechte verschweigen, statt des „gutmenschlichen“ Konsums? Es gelte, wieder solidarisch und politisch zu sein, um zurück zu einer wirklichen und wirksamen Gemeinschaft zu finden, denn Veränderungen könne man nicht erkaufen, sondern nur erkämpfen. Das Unbehagen angesichts der Folgen unserer Lebensgewohnheiten müsse in klare Forderungen münden, in Konflikte und dringend notwendige Debatten statt in eingekauftes gutes Gewissen. „Wir sollten uns also lieber wieder an Bäume ketten, anstatt von Autokonzernen welche pflanzen zu lassen“, schließt die Autorin ihr lesenswertes Buch.

Kathrin Hartmann bloggt auch im Internet zum Thema. **[Juliane Grüning]**

- Hartmann, K.: Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt. Karl Blessing, München 2009, 384 S., 16,95 €, ISBN 978-3-89667-413-5, www.ende-der-maerchenstunde.de

INTERNET

Schätze schützen

■ Der Bund Naturschutz will die Buchenwälder im fränkischen Steigerwald besser schützen und setzt sich dafür ein, dass

dieser den Status eines Nationalparks erhält. Die Internetseite „Ja zum Nationalpark Steigerwald“ soll über Vor(ur)teile aufklären, Unterschriften sammeln helfen und zu Aktionen anregen. [jg]

► www.ja-zum-nationalpark-steigerwald.de

Werbespots für die Umwelt

■ Das Projekt „jugend denkt um.welt“ will das Umweltbewusstsein stärken und zum aktiven, nachhaltigen Handeln gegen den Klimawandel motivieren. Etwa 120 Jugendliche aus ganz Europa entwickeln und produzieren gemeinsam Werbespots für den Umweltschutz. Das europäische Projekt sieht sich als wichtiges Mosaiksteinchen, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen. Die Internetseite informiert nicht nur ausführlich über das Projekt, sondern auch über die Idee, die dahintersteckt. Voraussichtlich 2011 sollen die Umweltspots im Fernsehen und im Kino zu sehen sein. [zt]

► www.jugend-denkt-umwelt.de

Anti-Atom-Menschenkette

■ Eine 120 Kilometer lange Menschenkette gegen Atomkraftwerke soll es am Samstag, dem 24. April geben. Unter dem Motto „KettenreAktion: Atomkraft abschalten!“ soll zwischen den besonders umstrittenen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel und durch Hamburg ein Zeichen gesetzt werden. Auf diese Weise wollen Zehntausende aus dem gesamten Bundesgebiet für das Ende der Atomenergie und eine ökologische Energiewende demonstrieren. Zahlreiche Umweltorganisationen rufen zur Beteiligung auf. [jg]

► www.anti-atom-kette.de

Tipps zum Motzen und Bessermachen

■ Die BUNDjugend hat eine neue Aktionswebseite für Jugendliche zwischen elf und 15 Jahren gestartet. Die durchaus auch für Erwachsene geeignete Seite enthält vielfältige Aktionsideen, die unter dem Motto „entdecken, motzen, besser machen“ zum aktiven Natur-, Umwelt- oder Klimaschutz anregen. Energiesparhilfen, Informationen für den ökologischen Gartenbau und gute Beispiele für den Umweltschutz stehen neben kreativen „Motztipps“ für eine bessere Medienwirksamkeit.

LehrerInnen und BetreuerInnen finden unter der Rubrik Betreuer-Info hilfreiche Tipps und Methoden zur Projektarbeit mit jungen Menschen sowie auch die neuesten Studien zum Umweltbewusstsein von Jugendlichen in Deutschland. [jg]

► www.zukunftsscouts.de

Artenführer

■ Die internationale Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS hat einen Artenführer über die 85 weltweit bekannten Wal- und Delfinarten veröffentlicht. Die Seite enthält Fakten über Biologie und Verhalten, Verbreitungsgebiet, Gefahren und Gefährdungstatus jeweils auf Deutsch, Spanisch und Englisch. WDCS bittet um Mithilfe beim Schließen von Wissenslücken und der Vervollständigung des Artenführers. [bv]

► www.wdcs.org/species

Die neue EU-Kommission

■ Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat eine Onlinebroschüre über die neue Europäische Kommission herausgegeben. Nach kurzer Erläuterung von Struktur, Aufgaben und Arbeitsweise der Kommission werden die 27 Mitglieder in Steckbriefen vorgestellt. Eine tabellarische Übersicht mit den Zuständigkeiten der KommissarInnen und ein Adressenteil vervollständigen das Heft. [bv]

► www.eu-koordination.de (Publikationen – Sonderhefte – Sonderheft I/2010)

NEU ERSCHEINEN

► Abicht, L.: **Offene Zukunft. Menschliche Potenziale für eine neue Welt.** Reinhold Krämer, Hamburg 2010, 27,80 €, ISBN 978-3-89622-102-5

- Bauman, Z.: **Leben als Konsum.** Hamburger Edition, Hamburg 2009, 204 S., 15,- €, ISBN 978-3-86854-211-0
- Berger, H.: **Der lange Schatten des Prometheus. Über unseren Umgang mit Energie.** oekom, München 2009, 214 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-129-5
- Boff, L.: **Die Erde ist uns anvertraut. Eine ökologische Spiritualität.** Butzon & Bercker, Kevelaer 2010, 264 S., 19,90 €, ISBN 978-3-7666-1355-4
- Brunn, F. u. a.: **Weltreise. Von weitgereisten Waren und Widersprüchen im Einkaufskorb.** SeitenHieb, Reiskirchen 2009, 184 S., 5,- €, ISBN 978-3-86747-027-8
- Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): **Naturschutz und gesellschaftliche Modernisierung.** Tagungsdokumentation. BfN, Bonn 2009, 330 S. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/bfn-moderne
- Capra, F.; Henderson, H. u. a.: **Klima-Crash und Wirtschaftskrise? Wie weiter mit dem Wachstum?** RLS, Berlin 2009, 32 S., kostenlos. Bezug: E-Mail: info@rosalux.de, Download: www.kurzlink.de/klimacrash.pdf
- Dratwa, F. A. u. a. (Hrsg.): **Energiewirtschaft in Europa. Im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik, Wettbewerb und Versorgungssicherheit.** Springer, Berlin 2009, 89,95 €, ISBN 978-3-642-02339-2
- Flemmer, A.: **Apotheke Regenwald.** Naturaviva, Weil 2009, 16,90 €, ISBN 978-3-935407-15-1
- Friesecke, F.: **Stadtumbau im Konsens!? Zur Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums unter Schrumpfbedingungen.** RFWU, Bonn 2009, 390 S., 23,- €, ISSN 1864-1113. www.stadtumbau-im-konsens.de
- Fritz, T.: **Landnahme im Treibhaus. Land und**

- Wald auf den Kohlenstoffmärkten.** FDCL, Berlin 2009, 36 S., 5,- €, ISBN 978-3-923020-48-5. Download: www.fdcl-berlin.de/publikationen
- ▶ Gehrt, M.: **Der grüne Betrug. Wie echter Klimaschutz zwischen Tagespolitik und Lobbyismus auf der Strecke bleibt.** Redline, München 2009, 19,90 €, ISBN 978-3-86881-049-3
 - ▶ Gensichen, H.-P.: **Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger.** Publik-Forum, Oberursel 2009, 94 S., 12,90 €, ISBN 978-3-88095-192-1
 - ▶ Hochschule München (Hrsg.): **Gemeinwesen gestalten. Lernen für eine nachhaltige Entwicklung.** AG SPAK, Neu-Ulm 2009, 192 S., 22,- €, ISBN 978-3-930830-17-6
 - ▶ Holzinger, H.: **Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Zukunftsdossier.** Lebensministerium, Wien 2010, 80 S., kostenlos. www.wachstumimwandel.at/2010/01
 - ▶ Hoppe, A.; Roussety, J.: **Allein unter Gurken Mein abenteuerlicher Versuch, mich regional zu ernähren.** Pendo, München 2009, 272 S., 16,95 €, ISBN 978-3-86612-234-5
 - ▶ Mostafavi, M.; Doherty, G. (Hrsg.): **Ecological Urbanism.** Lars Müller, Baden 2010, 480 S., 39,90 €, ISBN 978-3-03778-189-0
 - ▶ Nahrada, F. (Hrsg.): **Unsichtbare Intelligenz. Kritik, Vision und Umsetzung – Bausteine einer neuen Theoriekultur.** Mandelbaum, Wien 2009, 230 S., 17,80 €, ISBN 978-3-85476-312-3. www.kurzlink.de/unsichtbar
 - ▶ Naturfreundejugend (Hrsg.): **Reiseproviant. Essen über den Tellerrand hinaus. Das Kochbuch für Gruppen.** 128 S., 8,- €, ISBN 978-3-921381-51-9. www.reiseproviant.info (Bezug: Kontakt)
 - ▶ Nitsch, H.; Osterburg, B.; Roggendorf, W.: **Landwirtschaftliche Flächennutzung im Wandel – Folgen für Natur und Landschaft. Eine Analyse agrarstatistischer Daten.** NABU, Berlin 2009, 46 S., 2,- €. Download (PDF, 7 MB): www.kurzlink.de/gruenlandstudie.pdf
 - ▶ Papacek, T. F.: **Die neue Landnahme. Amazonien im Visier des Agrobusiness.** FDCL, Berlin 2009, 36 S., 4,50 €, ISBN 978-3-923020-47-8. www.kurzlink.de/papacek
 - ▶ Peters, W.; Schultze, C.: **Bioenergie und Naturschutz. Synergien fördern, Risiken vermeiden.** BfN, Bonn 2010, 32 S., kostenlos. Download: www.kurzlink.de/bioenergie.pdf
 - ▶ Rajan, K. S.: **Biokapitalismus. Werte im postgenomischen Zeitalter.** Suhrkamp, Berlin 2009, 303 S., 24,80 €, ISBN 978-3-518-42049-2
 - ▶ Rathgeber, T.: **Klimawandel verletzt Menschenrechte. Über die Voraussetzungen einer gerechten Klimapolitik.** Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2009, 40 S., kostenlos, ISBN 9783-86928-011-0. Bezug: E-Mail: info@boell.de
 - ▶ Rubik, F. u. a.: **Innovative Approaches in European Sustainable Consumption Policies.** IÖW, Berlin 2009, 137 S., 20,- €, ISBN 978-3-932092-95-4. Kostenloser Download: www.ioew.de
 - ▶ Sarasin, P.: **Darwin und Foucault. Genealogie und Geschichte im Zeitalter der Biologie.** Suhrkamp, Berlin 2009, 455 S., 24,80 €, ISBN 978-3-518-58522-1
 - ▶ Sauer, T.; Ötsch, S.; Wahl, P. (Hrsg.): **Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus.** VSA, Hamburg 2009, 208 S., 14,80 €, ISBN 978-3-89965-338-0
 - ▶ Schlemm, A.: **Die neuen Grenzen des Wachstums. Ist Photovoltaik umwelt- und klimaverträglich?** Streifzüge, Wien 2009, 60 S., kostenlos. Download (PDF, 2,5 MB): www.kurzlink.de/schlemm.pdf
 - ▶ SenseLab e. V. (Hrsg.): **Fair, bio, selbstbestimmt. Das Handbuch zur Gründung einer Food-Coop.** BoD, Norderstedt 2009, 136 S., 8,90 €, ISBN 978-3-8391-2238-9. www.food-coop-einstieg.de
 - ▶ Stengel, M.: **Eurotopia-Verzeichnis. Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa.** Einfach Gut Leben, Beetzendorf 2009, 540 S., 19,50 €, ISBN 978-3-9812968-0-8. Bezug: www.eurotopia.de
 - ▶ Stigson, B. u. a.: **Sustainability „Made in Germany“. We Know You Can Do It. Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik.** WBCSD, Genf 2009, 108 S., kostenlos. Bezug/Download: www.kurzlink.de/peer-review-2009

Impressum

umwelt aktuell April 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoë Thio [zt], Annkathrin Tempel [at]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der taz bei.



TERMINE

APRIL

16.–18.04. Staßfurt/
Sachsen-Anhalt (D)

**5. Bundestreffen der
Regionalbewegung.**

Tagung

- ▶ Bundesverband

der Regionalbewegung, Feuchtwangen,
Tel. +49 (0)9852 / 1381, Fax 615291, E-Mail: info@
regionalbewegung.de, www.tag-der-regionen.de

16.–17.04., Dannenberg/Wendland (D)

Fachtagung zum Salzstock Gorleben

▶ BI Lüchow-Dannenberg, Tel. +49 (0)5841/
4684, Fax 3197, E-Mail: fachtagung@bi-luechow-
dannenberg.de, www.bi-luechow-dannenberg.de

16.–17.04., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Willkommen Wolf. Fachtagung

▶ Beate & Hubert Weinzierl Stiftung, NABU,
Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel.
+49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail:
umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.schloss-wiesenfelden.de

19.–22.04., Cochabamba (BOL)

**Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel
und die Rechte der Natur**

- ▶ www.cmpcc.org/af

21.04., Berlin (D)

**Zukunftsfähiges Deutschland – zukunftsfähige
Schule?** Konferenz

▶ HBS, Stephan Ertner, Berlin, Tel. +49 (0)30 /
28534410, E-Mail: ertner@boell.de, www.boell.de

22.–25.04., Berlin (D)

20. Reisepavillon. Fachkongress

▶ Reisepavillon, Stattreisen Hannover, Tel. +49
(0)511 / 16-94167, Fax -40391, E-Mail: info@
reisepavillon-online.de, www.reisepavillon-online.de

22.–23.04., Münster (D)

**Lebensgrundlage Boden. Die Ressource Boden im
Kontext globaler Umweltrisiken.** Seminar

▶ Franz-Hitze-Haus, Ulrike Heitmann, Tel. +49
(0)251 / 9818-0, Fax -480, www.franz-hitze-haus.de

22.–23.04., Ludwigshafen (D)

8. Deutscher Nahverkehrstag

▶ Land Rheinland-Pfalz, DB AG u. a., Tel. +49
(0)6131 / 16-0, Fax -2100, E-Mail: info@der-takt.de,
www.deutschnahverkehrstag.de

23.–24.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Wert und Inwertsetzung der biologischen Vielfalt

▶ Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck,
Tel. +49 (0)8158 / 2510, Fax 251137, E-Mail:
schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de,
www.ev-akademie-tutzing.de/programm

23.–25.04., Burg Lohra/Thüringen (D)

Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft. Tagung

▶ Junge AbL, Hanna Besier, Tel. +49 (0)176 /
63200802, Fax +49 (0)2381 / 492221, E-Mail:
hanna.bes@gmx.de, www.abl-ev.de/junge-abl.html

23.–24.04., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Wie viel Pflege braucht die Natur? Workshop

▶ Beate & Hubert Weinzierl Stiftung, DBU,
Tel. +49 (0)9966-1270, Fax 9020059, E-Mail:
umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.schloss-wiesenfelden.de

26.04., München (D)

**Ökologische Dämmstoffe – eine echte
Alternative?** Fachforum

▶ Bauzentrum München, Tel. +49 (0)89 / 505085,
Fax 4636625, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de,
www.muenchen.de/bauzentrum

27.04.–28.04., Freiburg/Br. (D)

Masterplan Wanderfische Rhein. Workshop

▶ IKS, Koblenz, Tel. +49 (0)261 / 94252-0, Fax -52,
E-Mail: sekretariat@iks.de, www.iks.org

MAI

03.–04.05., Münster (D)

Fundraising für Umwelt und Entwicklung

▶ Franz-Hitze-Haus, Ulrike Heitmann, Tel. +49
(0)251 / 9818-0, Fax -480, www.franz-hitze-haus.de

07.–09.05., Ludwigsthal/Bayerischer Wald (D)

60 Jahre Deutscher Naturschutzring. Symposium
und Festveranstaltung (siehe S. 28)

▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 /
3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

13.05., Mainz (D)

**9. Rheinland-pfälzisch-hessisches
Mobilfunksymposium**

▶ BUND, Michael Ullrich, Tel. +49 (0)6131 / 62706-0,
Fax -66, E-Mail: mobilfunksymposium@bund-rlp.de,
www.bund-rlp.de

17.–18.05., Potsdam (D)

Wildniskonferenz 2010

▶ Stiftung Naturlandschaften Brandenburg,
Tel. +49 (0)331 / 74093-22, Fax -23, E-Mail:
info@wildniskonferenz.de, www.wildniskonferenz.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks



sez
Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Baden-Württemberg

Messe Stuttgart
Mitten im Markt

**FAIR
HANDELN**

Internationale Messe für
global verantwortungsvolles
und nachhaltiges Handeln

15. – 18. April 2010
Messe Stuttgart | www.fair-handeln.com

Öffnungszeiten: Donnerstag: 14 – 22 Uhr • Freitag bis Sonntag: 10 – 18 Uhr

Natur- und Kulturinterpretation

Bessere Bildung in Nationalparks

Viele Gäste wollen bei einem Besuch eines Nationalparks vor allem die Schönheit der Naturlandschaft erleben. Wie man dabei das Thema nachhaltige Entwicklung vermitteln kann, soll das Projekt ParcInterp zeigen. Es nutzt das aus den USA stammende Konzept der Interpretation, um die Qualität der Bildungsangebote zu verbessern.

□ Die deutschen Großschutzgebiete sind ideale Lernorte, um Nachhaltigkeitsthemen praxisnah zu vermitteln. Beispielsweise lässt sich auf einer Kanutour im Biosphärenreservat Spreewald nicht nur die internationale Bedeutung dieses Feuchtgebietes für den Naturschutz aufzeigen, auch Zusammenhänge zum Klimaschutz sowie die kulturhistorische und wirtschaftliche Bedeutung für seine Bewohner können hautnah erlebt werden. Doch ob diese komplizierten Wechselbeziehungen den Besuchern wirklich verständlich gemacht werden können, hängt maßgeblich von der Ausbildung und den pädagogischen Kompetenzen der Ranger ab.

Wie kann man angesichts der Vielfalt unterschiedlicher Schutzgebiete ein allgemeingültiges Bildungskonzept finden, das den Ansprüchen einer modernen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gerecht wird? Die Besucher sollen nach einer Führung nicht nur Wissen über nachhaltige Entwicklung erworben haben, sondern die Erkenntnisse möglichst auch zu Hause im Alltag anwenden.

Fachleute bezeichnen dies als Gestaltungskompetenz. Sie unterscheiden dabei zehn Teilkompetenzen. Zu diesen gehört zum Beispiel, auch andere motivieren zu können aktiv zu werden, vorausschauend denken und handeln zu können sowie Empathie und Solidarität für Benachteiligte zu zeigen.

Weltweit erfolgreich: Naturinterpretation

In vielen Ländern der Welt wird das Konzept der Naturinterpretation erfolgreich eingesetzt. Seinen Ursprung hat es in den USA, wo es weit verbreitet ist und in den Nationalparks, aber auch in Museen, Zoos oder Botanischen Gärten Anwendung findet. Die Ranger durchlaufen dort eine um-

fassende Ausbildung zur Anwendung von Interpretation in der Besucherbetreuung. Sie lernen dabei, dass Besucher Sachverhalte besser begreifen und verinnerlichen, wenn man einen direkten Bezug zwischen einem konkreten Objekt oder Phänomen vor Ort und der Lebenswelt des Besuchers herstellt. Um beispielsweise dem Besucher den Wert einer Kopfweide verständlich zu machen, findet die Interpretation direkt an dem Baum statt. Hier kann der Interpret von der Heilwirkung des in der Weidenrinde enthaltenen Salicins erzählen und mithilfe einer Schachtel Aspirin, die denselben Wirkstoff enthält, einen Bezug zum Alltag der Besucher herstellen.

Kurse für MitarbeiterInnen in deutschen Großschutzgebieten

In Deutschland ist das Bildungs- und Kommunikationskonzept der Interpretation noch relativ neu. Seit einigen Jahren bietet das Bildungswerk Interpretation unter der Leitung von Thorsten Ludwig Kurse für die MitarbeiterInnen von Schutzgebieten an. Die Teilnehmer lernen, wie sie bei einer Führung durch Metaphern oder Erlebnisberichte sogenannte Trittsteine in die Alltagswelt der Besucher hinein bauen können. Dazu müssen sie die Natur in ihrem Schutzgebiet sehr gut kennen und einen „roten Faden“ für die Gestaltung von Führungen oder Hinweistafeln entwickeln. Nach dem erfolgreichen Abschluss einer theoretischen und praktischen Prüfung werden sie mit dem Europarc-Zertifikat Natur- und Kulturinterpretation ausgezeichnet.

Breites Bündnis für mehr Qualität

Um dauerhaft eine hohe Qualität der Bildungsarbeit in Großschutzgebieten zu gewährleisten, haben sich mehrere erfah-

rene Partner zusammengeschlossen und das Projekt ParcInterp ins Leben gerufen. Daran beteiligt sind das Bildungswerk Interpretation, der ANU-Bundesverband, der Bundesverband Naturwacht sowie Europarc Deutschland. Das Vorhaben wird von Heike Molitor, Professorin an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde, wissenschaftlich begleitet und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Die Projektpartner wollen herausfinden, wie das Konzept der Interpretation zur Qualitätsentwicklung von BNE in Großschutzgebieten beitragen kann und welche Voraussetzung für seine breite Anwendung geschaffen werden müssen.

Kernelemente des Projekts

Unter Anleitung des Bildungswerks Interpretation werden zunächst bis zum November drei Zertifizierungskurse mit Mitarbeitern aus verschiedenen Schutzgebieten durchgeführt. Die Kurse finden im Nationalpark Eifel, im Biosphärenreservat Mittlere Elbe und im Naturpark Drömling bei Wolfsburg statt. Die Inhalte der Kurse werden gemeinsam mit den Teilnehmenden festgelegt und die Qualitätsstandards für eine BNE-orientierte Interpretation gemeinsam erarbeitet. Aus diesen Standards werden wiederum Kriterien abgeleitet, die künftig allen Rangern in Großschutzgebieten helfen sollen, wirkungsvolle Bildungsangebote zu erarbeiten, die den Ansprüchen von BNE gerecht werden.

Nach Ablauf des Projekts gegen Ende des Jahres sollen die BNE-Qualitätsstandards für die Natur- und Kulturinterpretation erarbeitet und modellhaft in Pilotregionen erprobt sein. Alle Ergebnisse werden in einem Materialordner zusammengefasst und über die Projektpartner der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. [Sebastian Zoepf, Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ ParcInterp, E-Mail: info@parcinterp.de, www.parcinterp.de
- ▷ Sebastian Zoepf, Burg (Spreewald), Tel. +49 (0)35603 / 150503, E-Mail: zoepf@spreescouts.de
- ▷ Bildungswerk interpretation, Werleshausen bei Kassel, www.interp.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern baut Arbeit mit Freiberuflichen aus

Über 40 Personen aus ganz Bayern sind bereits Mitglied in der ANU-Fachgruppe Freiberufliche. Im Mittelpunkt des letzten Treffens im Februar standen interaktive Methoden zum Kennenlernen. In diesem Jahr will sich die Gruppe vor allem mit der ökonomischen Seite der Nachhaltigkeit befassen. Dazu gehören nicht nur die inhaltliche Arbeit zur UN-Dekade und zur Kampagne „WertvollerLeben“, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen freiberuflicher Umweltbildungsarbeit, wie realistische und nachhaltige Honorare, Altersvorsorge und Mindestvergütungen.

ANU Bayern, Caroline Fischer, E-Mail: caroline.fischer@anu.de, www.umweltbildung-bayern.de

ANU Hamburg entwickelt Materialien zum Thema Wasser

Als Ergebnis des Projekts „Waterworld without borders – non formal ESD from region to region“ hat die ANU Hamburg mit ihrer mazedonischen Partnerorganisation Biosfera acht Workshopkonzepte zum Lernfeld Wasser entwickelt. Die englischsprachigen Materialien stehen zum Download zur Verfügung. Die Themen reichen vom Alltagsgut Wasser über Klimawandel und Kunst bis zu Wasser-Spielen.

www.anu-hamburg.de/5648.html

ANU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt europäisches Schulprojekt

Anfang Oktober wird in Stralsund der internationale Schülerkongress „Energieeffizienz in Schulen“ stattfinden. Der Veranstalter Umweltbüro Nord e. V. wird dabei von der ANU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Die Veranstaltung ist zugleich der Abschluss des Europäischen Projekts Energy Education Governance Schools.

www.umweltschulen.de/egs/finalevent.html
www.egs-project.eu

Bundesweite Naturerlebniswoche

Bereits zum vierten Mal veranstaltet die Umweltakademie Baden-Württemberg gemeinsam mit den Umweltakademien der anderen Bundesländer die NaturErlebnisWoche. Die bundesweite Aktion findet in diesem Jahr vom 2. bis 9. Mai statt. Sie soll möglichst viele Menschen dazu bewegen, einfach einmal wieder hinauszugehen und sich mit den heimischen Landschaften, den Lebensgrundlagen sowie der faszinierenden Tier- und Pflanzenwelt zu beschäftigen. Eine Übersicht über die vielen interessante Veranstaltungen für Einzelpersonen, Familien, Vereine und Multiplikatoren aus allen Bildungsbereichen findet sich im Internet.

www.naturerlebniswoche.info

Ehemalige NS-„Ordensburg“ wird Nationalpark-Infozentrum

Mitten im Nationalpark Eifel, oberhalb des Urftsees, liegt die frühere NS-„Ordensburg“ Vogelsang. In dem großen Gebäudekomplex sollen eine Dokumentation zur Zeit des Nationalsozialismus und eine regionale Präsentation „SchauFenster Eifel-Ardennen“ entstehen. Ein anderer Teil soll zu einem Informationszentrum für den Nationalpark ausgebaut werden. Dafür stellen das nordrhein-westfälische Umweltministerium zwei Millionen Euro und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) weitere 850.000 Euro zur Verfügung. Nach der Fertigstellung soll die 2.000 Quadratmeter große Ausstellung rund 100.000 Gäste pro Jahr anlocken. Zentrale Themen werden Wildnis und Vielfalt im Nationalpark Eifel sowie der Blick auf andere Kontinente und Nationalparke sein.

www.dbu.de/123artikel29901_335.html

NaturGut Ophoven sammelt Brillen für Afrika

Das NaturGut Ophoven in Leverkusen sammelt bereits seit Jahren Brillen, die nicht mehr gebraucht werden. Diese gehen als Spende an die Organisation Lunettes sans frontieres (Brillen ohne Grenzen), die sie gemeinsam mit dem Katholischen

Blindenwerk nach Afrika schickt. Dort kostet solch eine Sehhilfe mitunter den Gegenwert von mehreren Monatslöhnen, abgesehen von den Kosten der Reise zum nächsten Optiker, der mitunter 1.000 Kilometer entfernt ist.

www.naturgut-ophoven.de

SCHWERPUNKT: BNE DIGITAL

Welches Internet wollen wir?

Das Internet entwickelt sich immer mehr zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Zwar hat sich die Bundesregierung schon mehrfach damit befasst, doch die Meinungen beispielsweise über die Sperrung des Zugangs zu Internetseiten mit Kinderpornografie oder die Zulassung des Straßenbilderdienstes Street View des Internetriesen Google gehen weit auseinander. Nun soll eine Enquetekommission des Bundestages bis zum Sommer 2012 untersuchen, welche Auswirkungen der Wandel zur „digitalen Gesellschaft“ auf die unterschiedlichen Bereiche wie Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Forschung mit sich bringt. Auch Medienkompetenz, Grundrechte und Urheberrecht sind wichtige Themen. Die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wird von dem CDU-Abgeordneten Axel Fischer geleitet. Die Piratenpartei bezeichnete das Allparteiengremium als „Schwatzrunde“.

www.kurzlink.de/internet-enquete

Weltweiter Nachhaltigkeitstag online

Am 3. Dezember soll der erste World Sustainable Development Teach-In Day unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan (CDU), stattfinden. Zur Teilnahme aufgerufen sind Schulen, Universitäten, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Sie können ihre internationalen, regionalen oder lokalen Projekte zum Thema nachhaltige Entwicklung vorstellen, Vorlesungen von führenden Nachhaltigkeitsexperten im Internet

besuchen, Videos zu den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit herunterladen und sich in ein 24-stündiges Diskussionsforum einbringen. Organisiert wird die Veranstaltung von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg.

▷ www.world-sustainability-day.net

Nachhaltigkeit + Web = Sustain 2.0

□ Welche Möglichkeiten bieten die neuen Web-2.0-Anwendungen wie Blogs, Communitys oder Öko-Wikis eigentlich für eine partizipative und offene Bildungsarbeit? Wie setzen die modernen „Sustainability Entrepreneurs“ wie beispielsweise die Internetplattform Utopia.de diese Techniken ein? Und wie können wir diese interaktiven Möglichkeiten im Sinne eines „social computing“ für unseren nachhaltigen Alltag nutzen? Solche Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe Sustain 2.0, die das Forum Umweltbildung im Auftrag des Österreichischen Lebensministeriums letztes Jahr durchgeführt hat. Die lesenswerte Dokumentation stellt die vielfältigen Verknüpfungen des Web 2.0 mit den Themenbereichen Demokratie, Bildung und Konsum vor und ist jetzt als Download abrufbar.

▷ www.umweltbildung.at/cgi-bin/cms/af.pl?contentid=12119

Tipps für eine gute Webseite

□ Wie kann man seine Umweltkommunikation über das Internet erfolgreich gestalten? Welche Kriterien gibt es für gute Kommunikation? Woran kann man erkennen, dass die Zielgruppe erreicht wurden? Diese und andere Fragen wurden in der Studie „Internetanwendungen im Natur- und Umweltschutz“ untersucht, die sich auf der Website der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) findet. Sie enthält auch eine einfache Checkliste für Neueinsteiger, die eine eigene Webseite betreiben wollen.

▷ www.dbu.de/622.html

Dritte globale Online-Klimakonferenz Klima 2010

□ Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg lädt erneut zum weltweiten wissenschaftlichen Austausch über das Internet ein. Die Onlinekonferenz Klima 2010 findet vom 1. bis 7. November statt. Nach erfolgreichen Vorgängerkonferenzen mit über einer Million Besuchern und mehr als 100 Beiträgen steht in diesem Jahr „Der Klimawandel und das nachhaltige Management von Wasserressourcen“ im Mittelpunkt der Konferenz. Einer der vier Themenbereiche befasst sich auch mit Initiativen im Bereich der Bildungs- und Bewusstseinsbildung.

▷ www.klima2010.net

BNE IN DEUTSCHLAND

Das 1000. Dekadeprojekt kommt aus NRW

□ Am 17. März hat die Deutsche Unesco-Kommission auf der Bildungsmesse didacta in Köln das Karl-Schiller-Berufskolleg Dortmund als 1000. UN-Dekade-Projekt seit Beginn 2005 ausgezeichnet. In dieser Bildungseinrichtung lernen angehende Einzelhandelskaufleute Klimaschutz und Fairen Handel konkret im Berufsalltag kennen. Sie diskutieren beispielsweise, warum Bioprodukte teurer sind, wie man mit umweltbewussten Konsumenten umgeht oder wie man hohe Energiekosten bei der Lagerung vermeiden kann.

Insgesamt wurden 86 Projekte ausgezeichnet, darunter auch die ANU-Mitglieder NaturGut Ophoven, Natur- und Umweltschutzakademie Nordrhein-Westfalen, Regionales Umweltzentrum Schortens und Umweltwerkstatt Wetterau. Die Deutsche Unesco-Kommission und der ANU-Bundesverband präsentierten während der Messe Lehrmaterialien, Praxisbeispiele und Ansprechpartner zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. Im Mittelpunkt stand dabei das Jahresthema Geld und Nachhaltigkeit.

▷ www.didacta.de/didacta-die-Bildungsmesse_UNESCO-Tag-2010.php

Nachhaltige Kitas erhalten Auszeichnung

□ Die Gestaltung eigener Projekte zu den Nachhaltigkeitsthemen Ernährung, Wasser oder Klimaschutz ist ein wesentliches Element des Modellprojekts „Kita21 – Die Zukunftsgestalter“. Es wird jährlich von der Umweltstiftung S.O.F. Save Our Future in Hamburg durchgeführt. Als Kooperationspartner wirken die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ und das Institut für integrative Studien der Universität Lüneburg mit. Im letzten Jahr beteiligten sich rund 50 Kindertageseinrichtungen, 35 von ihnen werden am 15. April durch den Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dietrich Wersich, ausgezeichnet.

▷ www.kita21.de

Deutsche Hochschulen wollen mehr für Nachhaltigkeit tun

□ Die deutschen Hochschulen sind aufgerufen, Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einem konstitutiven Element in allen Bereichen ihrer Tätigkeit zu entwickeln. Hochschulen stehen als Kern des Wissenschaftssystems mit ihren drei Aufgabenfeldern Forschung, Lehre und Dienstleistung in der Verantwortung, zur zukunftsorientierten Entwicklung der Gesellschaft beizutragen. Darauf haben sich die Deutsche Unesco-Kommission und die Hochschulrektorenkonferenz in einer gemeinsamen vierseitigen Erklärung verständigt. Am 15. April sollen auf einer Konferenz an der Universität Bremen Beispiele guter Praxis und vorbildliche Projekte präsentiert werden.

▷ www.hrk.de/109_5454.php

Nachhaltigkeit ist Veränderung

□ Wie begegnen die Umweltzentren den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung? Ist die Kritik an den globalisierten Märkten so groß, dass sie sich einer kommerziellen Weiterentwicklung verweigern? In einem sehr lesenswerten Buch hat die Beratungsagentur Stratum 13 Interviews mit den Verantwortlichen

von Bildungseinrichtungen zusammengestellt. Sie bieten einen Blick hinter die Kulissen und zeigen, wie vielfältig, ideenreich und innovativ Umweltbildung sein kann. Ein Kapitel über die neuen Märkte für Nachhaltigkeit und die sogenannten Lohas als Zielgruppe rundet das Buch ab.

- ▷ Häusler, R.; Kerns, C.; Parlow, K.: Nachhaltigkeit ist Veränderung. Akteure der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung im Interview zu Entwicklung, Veränderung und Strategie. Erich Schmidt, Berlin 2009, 176 S., 32,80 €, ISBN 978-3-503-12071-0

Naturschutz und BNE

□ Die Aktion Fischotterschutz hat mit Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in den Jahren 2007 bis 2009 mehrere interdisziplinäre Veranstaltungen zum Thema „Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ durchgeführt. Die Dokumentation ist in Form von drei Büchern in der Reihe „Naturschutz und Biologische Vielfalt“ erschienen. Sie bieten ein vielseitiges Themenspektrum: „Lebenslanges Lernen“ (Band 50), „Globales Lernen“ (Band 68) und „Außerschulische Lernorte“ (Band 74) zeigen viele gelungene Beispiele einer Verknüpfung der Bildungsarbeit mit dem BNE-Konzept.

- ▷ www.buchweltshop.de/bfn (Suchbereich: Naturschutz und Biologische Vielfalt)

Umweltbildung im Ländle

□ Der BUND Baden-Württemberg betreut nicht nur über 130 Kindergruppen, er hat auch viele Familien- und Jugendgruppen, Schülerfirmen und Agenda-Aktive. Was die so alles machen, zeigt der „Leitfaden Umweltbildung: Anregen, bewegen, Orientierung geben“. Die 40 erprobten Projektvorschläge reichen von Energie- und Naturdetektiven über Waldolympiade und Fahrradkarawane bis zu Straßenaktionen und Wettbewerben. Dazu kommen Tipps und Theorie zur Umweltbildung.

- ▷ Kostenloser Download (PDF, 1,6 MB): www.bund-bawue.de (Umweltbildung – Broschüren)

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein.

11.–14.04./25.–27.10., Altenkirchen/Bonn
Planspiele zu Nachhaltigkeit und Globalisierung. Nachhaltigkeit für Jugendliche erlebbar gestalten
 ▷ www.lja.de

13.04., Hückeswagen bei Remscheid (D)
Treffen des AK Umweltpädagogik Rheinland
 ▷ www.querwaldein.de/ak.htm

13.–15.04., München
Freiwilligenkoordination. Qualifizierungsworkshop
 ▷ www.naturerlebniszentrum.org

15.–17.04., Zeulenroda/Thüringen (D)
Arena für Nachhaltigkeit
 ▷ www.nachhaltigkeitsarena.de

16.04., Nürnberg (D)
Mit Projekten und Prozessbegleitung zur gesunden Schulverpflegung
 ▷ oekologische-akademie@gmx.de

16.04., Duisburg (D)
Grundlagen der Waldpädagogik
 ▷ www.naturaktiv-ev.de

16.04., Pöchlarn/Niederösterreich (A)
Klima und Verkehr. Mobilitätserziehung an Schulen
 ▷ <http://veranstaltungen.klimaaktiv.at>

17.04., Dresden (D)
Naturpädagogik mit jüngeren Kindern. Fortbildung
 ▷ www.rucksackschule-dresden.de

19.–23.04., Râmnicu Vâlcea (RO)
2. Europäische Lehrerfortbildung Act4Rivers
 ▷ www.umweltschulen.de/net/fyr_2.html

21.04., Berlin (D)
Zukunftsfähiges Deutschland – zukunftsfähige Schule? Konferenz
 ▷ www.boell.de/calendar

22.04., Wedel bei Hamburg (D)
Natur als Abenteuer. GPS-unterstützte Bildungsangebote. Fachtagung
 ▷ www.otterzentrum.de

22.04., Recklinghausen (D)
Runder Tisch Umweltbildung NRW
 ▷ www.nua.nrw.de

22.–23.04., Laufen (Salzach)/Oberbayern (D)
Naturerfahrungsspiele und -experimente im Frühling für Kindertageseinrichtungen
 ▷ www.anl.bayern.de

22.–25.04., Rott (Westerwald) (D)
Grundlagen der Naturerlebnispädagogik
 ▷ www.crenatur.de

28.–29.04., Ebsdorfergrund/Hessen (D)
Lebensgrundlage Boden und seine Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung
 ▷ www.llh-hessen.de

28.–30.04., Güstrow/Mecklenburg (D)
Der Paradigmenwechsel von der Wissensvermittlung zum Kompetenzerwerb in der BNE
 ▷ www.lung.mv-regierung.de/dateien/landeslehrst_17.pdf

29.04., Trappenkamp/Holstein (D)
Wege entstehen dadurch, dass man sie geht. Methoden-Workshop zur Vermittlung von BNE
 ▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

05.05., Erfurt (D)
13. Thüringer Runder Tisch BNE
 ▷ www.dekade-thueringen.de

05.–08.05., Braga bei Porto (P)
2. Internationaler Schulkongress: Natural Resources, Sustainability and Humanity
 ▷ www.cie-portugal.com

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
 Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
 Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
 ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
 Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
 Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de